



SCHWEIZER GEMEINDE
COMUNE SVIZZERO
VISCHNANCA SVIZRA
COMMUNE SUISSE

Zeitschrift für Gemeinden und Gemeindepersonal | Revue pour Communes et leur personnel
Rivista per Comuni e i loro impiegati | Revista per Vischnancas e ses personal

FAHRENDE, FREIWILLIGE, ENERGIE,
MILIZ: UNSERE THEMEN IM JUNI
EN JUIN: TRANSITION ÉNERGÉTIQUE,
BÉNÉVOLAT ET LES GENS DU VOYAGE
NOMADI, VOLONTARI, ENERGIA E
MILIZIA: I NOSTRI TEMI IN GIUGNO



Schnelle Lösungen für den Strassenunterhalt

Mapefill R

Mapegrout SV

Mape-Asphalt Repair 0/8



MAPEI[®] zu Ihren Diensten...

MAPEI ist weltweiter Hersteller von chemischen Produkten für das Baugewerbe. MAPEI SUISSE SA beschäftigt rund 90 Mitarbeitende und bietet Ihnen:

- Professionelle und individualisierte Kundenberatung
- Begleitung durch unsere über 40 kompetenten technischen Verkaufsberater vor Ort
- Ein Sortiment von hochwertigen Produkten aus 15 Produktlinien, wie z.B. Produkte für die Beton- und Strasseninstandsetzung, Systeme für die Gestaltung von öffentlichen Plätzen und Verkehrswege, Fassadenfarben und dekorative Anstrichsysteme sowie Sportbeläge und Beschichtungen.



\mapeiswitzerland



Kontakt

www.mapei.ch
MAPEI[®]
TECHNOLOGY YOU CAN BUILD ON™



5 Editorial

Ein grosses Dankeschön.
Un grand merci.
Un grande grazie.

8 ACS

Uffici postali: successo per i comuni.

10 ACS

Accès au service postal universel:
succès pour les communes.

12 Transition énergétique

Grâce à l'engagement des privés et des autorités, la petite commune vaudoise de Clarmont fait un tonnerre en matière d'autonomie énergétique.

16 Bénévolat

Dans douze cantons, des communes soutiennent l'engagement de seniors dans les écoles. L'exemple de Kriens.

19 SGV

Poststellen: Erfolg für die Gemeinden.

26 Energiewende in Liechtenstein

Wie schafft Liechtenstein trotz enormer Arbeitsplatzdichte die Energiewende mit Bravour? Erklärungen dazu gibt es ab Seite 26.

34 Fahrende

Plätze für Schweizer und für ausländische Fahrende, Spontanhalte beim Bauern: Der SGV hat im Januar eine Tagung zum Thema organisiert. Ab Seite 34 zeigen wir erneut Beispiele, wie es klappen kann.

40 Freiwillige

Senioren, Junge, Kulturfans: Ohne den Einsatz von Freiwilligen wäre das Gemeindeleben ärmer. Die Beispiele dazu auf den Seiten 40 bis 53.

56 Kommunikation

Gemeinden versuchen auf vielfältige Weise, die Kommunikation mit der Bevölkerung zu verbessern. Beispiele aus der Ostschweiz und aus Luzern.

60 Partizipation

Der Jugendrat Wohlen (AG) ist ein gelungenes Beispiel für politische Bildung. Auch der «Demokratiepreis» würdigt Partizipation.

14

Transition énergétique

François Calame, chef de projet à la coopérative EEE et syndic de Bougy-Villars, prône le groupement des consommateurs pour augmenter l'autoconsommation des énergies renouvelables.



20

Energiewende

Solarstrom hat im Schweizer Mittel gut drei Prozent Anteil, in Spiez (BE) hingegen sind es 8,2. Ein Schlüssel zum Erfolg sind Genossenschaften und engagierte Gemeindebehörden, wie Ruedi Steuri, Präsident von Spiezsolar, erklärt.



54

Der Gemeindeammann

Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten müssen Führungspersonen, Kommunikatoren und Seelenröster in einem sein. Kommunikation spielt eine immer wichtigere Rolle, wie Hansueli Bühler aus Stein (AG) nach 24 Amtsjahren weiss.



Titelbild/Couverture

Fahrende in Brügg: Gemeindepräsident Marc Meichtry im Gespräch mit Dolores und Yves Demestre/A Brügg, le syndic Marc Meichtry rend visite à Dolores et Yves Demestre.

Bild/photo: Barbara Spycher

Mehr Raum schaffen mit Conducta-Raumsystemen



Praktisches Schulprovisorium in Frauenfeld

Ob standardisiert oder individuell gestaltet, ein- oder mehrgeschossig, Miete oder Kauf – die Conducta-Raumsysteme bieten verschiedene Gestaltungsmöglichkeiten und höchste Flexibilität, um allen Wünschen und spezifischen Anforderungen optimal zu entsprechen.

Heutzutage stellen die Fertiggebäude in Modulbauweise attraktive Lösungen dar. So auch beispielsweise das imposante Schulprovisorium in Frauenfeld, das aus knapp 180 Containern auf drei Etagen gebaut wurde. Für dieses Projekt wurden zusätzlich einzelne Containerelemente individuell nach Kundenwunsch erstellt. Das Schulgebäude besteht aus unterschiedlichen Räumen wie Klassenzimmer, Sanitäranlagen, einer Bibliothek sowie einem Raum für den Mittagstisch. Die 270 Dreh- und Kippfenster sorgen für die entsprechende Helligkeit drinnen. Zwei Stahltreppen zwischen den Etagen bilden kurze Verbindungswege. Heizung im Winter, Klimaanlage im Sommer – damit ein Wohlgefühl in den Lernmodulen herrscht.

In Wyningen im Kanton Bern ist ein Schulpavillon von Conducta für das Schuljahr 2018/19 vorgesehen, um den steigenden Platzbedarf aufgrund stei-

gender Schülerzahlen schnell und effizient zu decken. Ein wichtiger Punkt dieses Projektes liegt darin, dass die mobilen Raumeinheiten dank einem neu entwickelten und eingesetzten Modul die neuste Innovation der Wärmedämmung darstellen. Das standardisierte System weist sehr gute und hohe Wärmedämmwerte auf und kann ohne grosse Mühe erweitert werden. Dadurch wird das neu errichtete Schulhaus die vorgegebenen Energievorschriften ohne Weiteres erfüllen. Das energiesparende Wärmepumpen-Heizsystem, die schnelle Lieferung und die

Konzentriertes Lernen in angenehmen Räumen

minimale Montagezeit runden das Angebot ab. Die flexible Handhabung ist ein wesentlicher Vorteil gegenüber Festbauten. Demzufolge kann das aus mobilen Containern konstruierte Schulgebäude auf Wunsch versetzt, weiterverkauft oder vermietet werden.

Insbesondere für kurze Gebrauchsdauer eignen sich die standardisierten Raumsysteme als Mietlösung. Bei mittel- und langfristiger Nutzung bietet sich eine Kauf- oder dauerhafte Mietlösung an. Je nach Wunsch können gekaufte oder langfristig gemietete Raumsysteme individuell gestaltet und mit Zusatzfunktionen ausgestattet werden. Die massgeschneiderten Lösungen können mit Einrichtungsgegenständen möbliert und jederzeit erweitert oder an beliebige Orte versetzt werden. Der Vorteil langjähriger Erfahrung zeigt sich insbesondere in einem einwandfreien Service. Dank der schweizweiten Präsenz sind eine minimale Montagezeit und eine schnelle Lieferung garantiert.

Mit diesen Möglichkeiten entstehen Lösungen, die den Ansprüchen der Kunden am besten entsprechen. Die Conducta-Raumsystemlösungen bieten somit eine ideale und kostengünstige Alternative zum Festbau.

Kontakt:

Conducta AG
Tel. 052 234 51 51
www.conducta.ch





Ein grosses Dankeschön

Der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) hat in den vergangenen Jahren seine Position als starker institutioneller Vertreter der Gemeinden auf Bundesebene weiter ausgebaut. Der Verband hat seine Aussenwirkung deutlich gesteigert – sei es bei regelmässigen Treffen mit Bundesräten, Parlamentariern sowie Vertretern von Bundesämtern oder in Form von Medienauftritten. Er wird zusehends stärker einbezogen in Arbeitsgruppen der Bundesverwaltung.

Dass der SGV heute in diesem Masse sichtbar und anerkannt ist und dass er vermehrt angehört wird, hat er nicht zuletzt Reto Lindegger zu verdanken. Er hat den Verband während seiner rund vierjährigen Tätigkeit als Direktor mit grossem Engagement geführt und neu positioniert. Ende Juni wird Reto Lindegger den SGV verlassen und eine neue berufliche Herausforderung annehmen. Reto Lindegger hat sehr viel für den Verband geleistet. Seine fundierten Fachkenntnisse und sein diplomatisches, aber bestimmtes Auftreten haben dem SGV Türen geöffnet und Zusammenarbeiten ermöglicht. Als Chef hat er die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle involviert und sie bei ihren Stärken abgeholt. Auf der von ihm geschaffenen soliden Basis wird der SGV auch künftig erfolgreich die Anliegen von Städten und Gemeinden vertreten können.

Im Namen des gesamten Vorstands und des Teams der Geschäftsstelle danke ich Reto Lindegger für die stets angenehme, sehr gute und professionelle Zusammenarbeit und seinen grossen Einsatz im Interesse der Gemeinden. Wir wünschen ihm für seinen weiteren beruflichen Weg und privat alles Gute.

Gleichzeitig heissen wir den neuen Direktor, Christoph Niederberger, herzlich willkommen. Der Vorstand und das Team der Geschäftsstelle freuen sich auf die Zusammenarbeit und wünschen ihm schon jetzt einen guten Start.

Un grand merci

Ces dernières années, l'Association des Communes Suisses (ACS) a continué à conforter sa position de représentant institutionnel fort des communes au niveau fédéral. Elle a nettement augmenté son action externe lors de rencontres régulières avec des conseillers fédéraux, des parlementaires et des représentants des offices fédéraux, mais aussi en étant présente dans les médias. Elle est de plus en plus fortement impliquée dans des groupes de travail de l'Administration fédérale.

Si l'ACS est aujourd'hui à ce point visible et reconnue ainsi que de plus en plus écoutée, c'est notamment à Reto Lindegger qu'elle le doit. C'est lui qui a dirigé et repositionné l'association avec un grand engagement pendant ses quatre années au poste de directeur. Fin juin, Reto Lindegger quittera l'ACS pour relever un nouveau défi professionnel. Reto Lindegger a beaucoup fait pour l'association. Ses connaissances techniques fouillées et son abord diplomatique mais assuré ont ouvert les portes à l'ACS et permis de nouer des collaborations. Dans son rôle de chef, il a impliqué les collaboratrices et les collaborateurs du secrétariat et a développé leurs atouts. Sur la base solide qu'il a créée, l'ACS va pouvoir continuer à défendre avec succès les intérêts des villes et des communes.

Au nom de l'ensemble du Comité et de l'équipe du secrétariat, je remercie Reto Lindegger pour son excellente collaboration, aussi professionnelle qu'agréable, et pour son grand dévouement à la cause des communes. Tous nos vœux l'accompagnent pour la poursuite de sa carrière professionnelle et l'épanouissement de sa vie privée.

Dans le même temps, nous accueillons avec plaisir notre nouveau directeur, Christoph Niederberger. Le Comité et l'équipe du secrétariat se réjouissent de pouvoir collaborer avec lui et lui souhaitent d'ores et déjà une bonne installation dans ses nouvelles fonctions.



Reto Lindegger
Direktor/directeur/direttore

Un grande grazie

Negli ultimi anni l'Associazione dei Comuni Svizzeri (ACS) ha ulteriormente rafforzato la sua posizione di rappresentante istituzionale dei comuni a livello nazionale. L'Associazione ha accresciuto sensibilmente la sua visibilità, sia attraverso incontri regolari con consiglieri federali, parlamentari e rappresentanti di uffici federali, sia tramite la presenza sui media. L'ACS viene sempre più spesso coinvolta in gruppi di lavoro dell'Amministrazione federale.

Se oggi l'ACS gode di una tale visibilità e di un tale riconoscimento e se il suo parere conta sempre di più, essa deve ringraziare anche Reto Lindegger. Nei quasi quattro anni in cui ha rivestito la carica di direttore egli ha condotto e ripositionato l'Associazione con grande dedizione. A fine giugno Reto Lindegger lascerà l'ACS per affrontare una nuova sfida professionale. Reto Lindegger ha fatto molto per l'Associazione. Le sue approfondite conoscenze specialistiche e il suo

atteggiamento diplomatico ma deciso hanno aperto all'ACS numerose porte e consentito importanti collaborazioni. Nella sua veste di capo ha coinvolto le collaboratrici e i collaboratori della sede operativa valorizzandone i punti di forza. Poggiando sulla solida base da lui creata, anche in futuro l'ACS potrà difendere con successo gli interessi delle città e dei comuni.

A nome dell'intero Comitato e del team della sede operativa ringrazio Reto Lindegger per la collaborazione sempre piacevole, proficua e professionale e per il suo grande impegno a favore dei comuni. Gli auguriamo tutto il meglio per il suo futuro professionale e privato.

Allo stesso tempo diamo un cordiale benvenuto al nuovo direttore, Christoph Niederberger. Il Comitato e il team dell'ACS sono lieti di collaborare con lui e gli augurano sin d'ora un buon inizio.

Hannes Germann
Präsident/président/presidente

An der Generalversammlung des Schweizerischen Gemeindeverbands (SGV) vom 24. Mai 2018 in Brugg wurden die Nationalrätinnen Priska Seiler Graf und Roberta Pantani Tettamanti sowie Stéphane Coppey, Präsident des Verbands Walliser Gemeinden, neu in den SGV-Vorstand gewählt (siehe rechte Seite). Die Delegierten hiessen die weiteren statutarischen Geschäfte – Jahresbericht 2017, Jahresrechnung 2017, Entlastung des Vorstands sowie die Festsetzung des Mitgliederbeitrags 2019 (unverändert) – ebenfalls gut. Nach dem statutarischen Teil stand das Thema «Lebendige Ortskerne erhalten» im Fokus.

Ausführlicher Bericht:
www.tinyurl.com/GV-SGV-2018



Le 24 mai 2018, lors de l'Assemblée générale de l'Association des Communes Suisses (ACS) à Brugg, les conseillères nationales Priska Seiler Graf et Roberta Pantani Tettamanti ainsi que Stéphane Coppey, président de la Fédération des Communes Valaisannes, ont été élus au Comité de l'ACS (voir page à droite). Les délégués ont également approuvé les autres objets statutaires (rapport annuel 2017, comptes annuels 2017, décharge au Comité et fixation des cotisations 2019 (inchangées). La partie statutaire a été suivie d'un débat sur le thème: «Maintenir vivants les centres de localités».



Article détaillé:
www.tinyurl.com/AG-ACS-18

All'Assemblea generale dell'Associazione dei Comuni Svizzeri (ACS) del 24 maggio 2018 a Brugg i delegati hanno eletto nel Comitato tre nuovi membri: le consigliere nazionali Priska Seiler Graf e Roberta Pantani Tettamanti nonché Stéphane Coppey, presidente dell'Associazione dei comuni vallesani (vedi pagina destra). I delegati hanno pure approvato le altre questioni statutarie, ossia il rapporto annuale 2017, il conto annuale 2017, lo scarico al Comitato e la determinazione delle quote sociali 2019 (immutate). Dopo la parte statutaria, si è dato spazio al tema «Mantenere vitali i nuclei storici».



Articolo dettagliato:
www.tinyurl.com/AG-ACS-2018

Bilder:
Martina Rieben



Drei neue Vorstandsmitglieder | Trois nouveaux membres du Comité | Tre nuovi membri del Comitato



V.l.: Priska Seiler Graf (Nationalrätin/Stadträtin der Stadt Kloten), Roberta Pantani Tettamanti (Nationalrätin/Vizegemeindepräsidentin von Chiasso) und Stéphane Coppey (Stadtpräsident von Monthey/Präsident des Verbands Walliser Gemeinden) wurden an der Generalversammlung in Brugg in den Vorstand des SGV gewählt.

Bilder: zvg

De g. à d.: Lors de l'Assemblée générale à Brugg, Priska Seiler Graf (conseillère nationale/membre du conseil municipal de la Ville de Kloten), Roberta Pantani Tettamanti (conseillère nationale/vice-présidente de la Commune de Chiasso) ainsi que Stéphane Coppey (président de la Ville de Monthey/président de la Fédération des Communes Valaisannes) ont été élus au Comité de l'ACS.

Photos: mäd

All'Assemblea generale a Brugg i delegati hanno eletto nel Comitato tre nuovi membri (da sinistra a destra): Priska Seiler Graf (consigliera nazionale/municipale della città di Kloten), Roberta Pantani Tettamanti (consigliera nazionale/vicesindaco di Chiasso) nonché Stéphane Coppey (sindaco di Monthey e presidente dell'Associazione dei comuni vallesani).

Fotos: mad

Biodiversità nei comuni

L'e-paper
può essere
scaricato
in formato PDF.

Una guida con 12 esempi pratici

 Schweizerischer Gemeindeverband
Association des Communes Suisses
Associazione dei Comuni Svizzeri
Associaziun da las Vischnancas Svizras

PUSCH

Biodiversité
dans les communes

Biodiversität
in Gemeinden

12
exemples pratiques

Ein Leitfaden mit 12 Praxisbeispielen

Informazioni pratiche in materia di pianificazione e comunicazione. Elenco di link per maggiori approfondimenti: www.chcomuni.ch, <https://tinyurl.com/ycl3dha3>.

Uffici postali: successo per i comuni

In futuro la raggiungibilità del servizio universale postale e delle prestazioni di pagamento dovrà essere garantita in modo più differenziato.

Per tutto il 2017 l'Associazione dei Comuni Svizzeri (ACS) si è impegnata con successo affinché nel futuro assetto della rete di uffici postali siano tenuti adeguatamente in considerazione gli interessi del livello comunale. Nell'ambito di due audizioni davanti alle commissioni parlamentari ha rivendicato un coinvolgimento alla pari dei comuni e chiesto che nella determinazione dei criteri di raggiungibilità venga dato maggior peso alle circostanze regionali. Ha sostenuto – con successo – la sua posizione nei confronti del Dipartimento federale dell'ambiente, dei trasporti, dell'energia e delle comunicazioni, degli organi di gestione strategica e operativa della Posta, nonché del gruppo di lavoro istituito dalla consigliera federale Doris Leuthard. In futuro la raggiungibilità del servizio universale postale e delle prestazioni di pagamento dovrà essere garantita in modo più differenziato rispetto a oggi.

L'ACS approva le raccomandazioni sulla raggiungibilità della rete di uffici postali presentate dal gruppo di lavoro nel suo rapporto del 16 maggio. Grazie ai nuovi criteri a livello cantonale la situazione

dovrebbe migliorare nettamente rispetto a oggi. I nuovi criteri di raggiungibilità considerano in modo più adeguato le diverse esigenze e possibilità della popolazione e dell'economia nelle zone rurali e urbane, tenendo maggiormente conto della densità di popolazione e delle strutture insediative ed economiche. Ciò significa che la Posta dovrà assicurare la raggiungibilità in ogni cantone, e non più, come è il caso attualmente, solo in base a valori medi su scala nazionale. In questo modo la Posta dovrà continuare a mantenere una fitta rete di punti di accesso ai servizi postali. Inoltre, il proposto dialogo di pianificazione regolare tra la Posta e i cantoni, con relativo coinvolgimento dei comuni, consentirà una migliore armonizzazione delle prestazioni del servizio universale.

La consigliera federale Doris Leuthard ha prospettato che l'oggetto verrà ancora iscritto all'ordine del giorno della sessione estiva. L'ACS ne prende atto con soddisfazione e si aspetta dal Consiglio federale che queste raccomandazioni vengano attuate al più presto. *ham*

Abbandonata la proposta dell'età minima di 30 anni per le rendite AI

A metà maggio la Commissione della sicurezza sociale e della sanità del Consiglio nazionale (CSSS-N) ha trattato il progetto «Ulteriore sviluppo dell'AI» e in particolare la tematica «nessuna rendita sotto i 30 anni». Con 16 voti contro 9 la Commissione ha respinto l'idea di far concretizzare in questa forma all'Amministrazione la proposta «nessuna rendita sotto i 30 anni». Un'importante istanza dell'ACS è stata così soddisfatta.

In precedenza l'ACS, in collaborazione con l'Unione delle città svizzere, si era rivolta con una lettera ai membri della CSSS-N. Nella stessa le due associazioni dei comuni avevano fatto presente che la soppressione delle rendite per le persone al di sotto dei 30 anni avrebbe comportato un trasferimento degli oneri all'aiuto sociale dei cantoni e dei comuni. Per l'AI questa soluzione significherebbe un risparmio annuo nettamente superiore ai 200 milioni di franchi, ma buona parte di questi costi andrebbe a carico dei cantoni e dei comuni. Per le due associazioni dei comuni un tale trasferimento di costi ben superiore ai 100 milioni è inaccettabile.

red

Fondazione ACS per il rafforzamento dei comuni

L'obiettivo della Fondazione per la promozione dell'Associazione dei Comuni Svizzeri è quello di rafforzare e promuovere i comuni svizzeri e di renderne noti l'importanza, i compiti e gli obiettivi.

La Fondazione sostiene progetti volti a rafforzare sia l'Associazione dei Comuni Svizzeri (ACS) quale rappresentante istituzionale dei comuni svizzeri, sia i comuni quale istituzione e importante pilastro del sistema federale della Svizzera. Per il finanziamento dei progetti sono disponibili complessivamente 50000 franchi all'anno. Per poter ricevere il sostegno finanziario della Fondazione è

necessario essere membri dell'ACS. Ogni anno la Fondazione sostiene un massimo di tre istituzioni (comune o associazione comunale) finanziandone i progetti.

I progetti devono essere inviati all'ACS entro il 30 settembre di ogni anno in forma elettronica all'indirizzo verband@chgemeinden.ch e in forma cartacea all'indirizzo postale:

Fondazione dell'Associazione dei Comuni Svizzeri
Laupenstrasse 35
Casella postale
3001 Berna

Regime di promozione:

www.tinyurl.com/fondazione-regime

Modulo di domanda:

www.tinyurl.com/fondazione-domanda

Succès pour les communes

L'accessibilité au service postal universel et aux services des paiements doit être assurée à l'avenir de façon plus différenciée qu'aujourd'hui.

Durant toute l'année 2017, l'Association des Communes Suisses (ACS) s'est employée avec succès pour que les intérêts de l'échelon communal soient dûment pris en compte dans le cadre de l'aménagement futur du réseau des offices de poste. Lors de deux consultations de commissions parlementaires, elle a réclamé que les communes soient impliquées sur un pied d'égalité et que les réalités régionales reçoivent une plus forte pondération sur le plan des critères d'accessibilité. Elle a réussi à faire valoir son point de vue vis-à-vis du Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication, de la direction stratégique et opérationnelle de La Poste et enfin du groupe de travail constitué par la conseillère fédérale Doris Leuthard. L'accessibilité au service postal universel et aux services des paiements doit être assurée à l'avenir de façon plus différenciée qu'aujourd'hui.

L'ACS se félicite des recommandations présentées le 16 mai dans le rapport du groupe de travail sur l'accessibilité au réseau des offices de poste. Les nou-

veaux critères proposés au niveau cantonal vont permettre d'apporter une amélioration notable par rapport à la situation actuelle. Ces nouveaux critères d'accessibilité tiennent mieux compte des besoins et des possibilités différentes de la population et de l'économie dans les espaces ruraux et urbains en prenant en considération la densité de la population, les zones bâties et les structures économiques. Ainsi, la Poste ne sera plus obligée, comme c'est le cas aujourd'hui, de garantir l'accessibilité en moyenne nationale, mais dans chaque canton. La Poste sera donc dans l'obligation de continuer à entretenir un réseau dense de points d'accès. En outre, le nouveau dialogue de planification régulier proposé entre La Poste et les cantons, qui impliquera les communes, permettra de mieux harmoniser les prestations du service universel.

La conseillère fédérale Doris Leuthard a laissé entendre que cet objet pourrait encore être inscrit à l'ordre du jour de la session d'été. L'ACS s'en félicite et attend du Conseil fédéral qu'il mette en œuvre ces recommandations sans tarder. *ham*

Rente AI: abandon de l'idée d'un âge minimal de 30 ans

La Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil national (CSSS-N) a traité à la mi-mai le «développement continu de l'AI» et, dans ce contexte, en particulier le sujet «pas de rentes avant 30 ans». Par 16 voix contre 9, elle a refusé de faire concrétiser par l'administration sous cette forme le projet «pas de rentes avant 30 ans». Un objectif important de l'ACS est ainsi atteint.

Au préalable, l'ACS s'était jointe à l'Union suisse des villes pour adresser une lettre aux membres de la CSSS-N, dans laquelle les deux associations communales signalaient que la suppression des rentes aux personnes de moins de 30 ans entraînerait des déplacements massifs de l'aide sociale des cantons et des communes. L'AI économiserait chaque année pour nettement plus de 200 millions de francs de coûts, mais ce serait les cantons et les communes qui devraient en assumer la part du lion. Les deux associations communales sont d'avis que de tels déplacements de coûts massifs pour des montants dépassant largement les 100 millions ne sont pas tolérables. *réd.*

Fondation ACS pour renforcer les communes

La Fondation pour la promotion de l'Association des Communes Suisses a pour objectif de renforcer, respectivement de promouvoir les communes en Suisse et de faire connaître leur importance, leurs tâches et objectifs.

Sont soutenus des projets qui renforcent l'Association des Communes Suisses (ACS) comme représentante institutionnelle des communes en Suisse, ainsi que les communes comme institutions et piliers importants du système fédéral de la Suisse. Au total, 50 000 francs sont à disposition par an pour le financement de projets. L'appartenance à l'ACS est présumée. Au maximum trois institu-

tions (commune ou association de communes) sont soutenues par des subventionnements de projets.

Transmettre par voie électronique et sur papier

Les projets sont à transmettre par voie électronique et sur papier à l'ACS jusqu'au 30 septembre à verband@ch-gemeinden.ch et par courrier postal à:

Fondation de l'Association des Communes Suisses
Laupenstrasse 35
Case postale
3001 Berne

Concept d'encouragement:

www.tinyurl.com/fondation-encouragement

Formulaire de demande:

www.tinyurl.com/fondation-demande

800 000 raisons de tenir ses adresses à jour

En Suisse, 800 000 personnes déménagent chaque année. Or, toutes ne communiquent pas immédiatement leur nouvelle adresse à la commune. Il vaut donc la peine pour les administrations communales d'actualiser régulièrement leurs fichiers d'adresses. Pour cela, un simple clic suffit grâce au service en ligne «Traitement d'adresses en ligne» de la Poste.



Les adresses changent aussi rapidement que la vie elle-même: le service en ligne «Traitement d'adresses en ligne» de la Poste facilite la mise à jour des adresses des communes.

La Suisse est en mouvement. Les individus se trouvent et se séparent. Les uns s'installent, les autres partent. De nouvelles rues et des quartiers entiers voient le jour. Tous ces changements impliquent également des mutations d'adresse. En mettant régulièrement à jour leurs données d'adresse, les communes économi-

sent les dépenses inutiles liées aux retours: les envois arrivent d'emblée à destination. Toutefois, l'actualisation des adresses par le biais de clarifications individuelles ne vaut souvent pas la peine pour les communes en raison de contraintes de temps. Avec le service en ligne «Traitement d'adresses en ligne» de la Poste, elles effectuent cette mise à jour de manière nettement plus rapide et donc plus avantageuse.

Analyse gratuite des données d'adresse et mise à jour simple

Avec «Traitement d'adresses en ligne», la vérification des adresses existantes est gratuite. Le service en ligne analyse rapidement jusqu'à 300 000 adresses téléchargées, puis indique le nombre d'entre elles incorrectes et à actualiser. Analyse à l'appui, les utilisateurs reçoivent une offre électronique pour la mise à jour des adresses incorrectes. S'ils l'acceptent, ils transmettent leur ordre d'actualisation à la Poste d'un simple clic. Peu de temps après, ils reçoivent le fichier contenant les adresses corrigées.

Les communes n'ont plus à se soucier du traitement des adresses, puisqu'il leur suffit de déposer leurs données d'adresse dans le service en ligne «Traitement d'adresses en ligne» et de nous confier leur mise à jour continue. Les adresses sont ainsi contrôlées chaque nuit. Si des modifications sont effectuées, les utilisateurs en prennent connaissance lors de leur prochaine connexion. D'un simple clic, ils peuvent tout simplement récupérer les données mises à jour.

A peine cherchée, déjà trouvée

Même la vérification d'une adresse isolée est possible avec «Traitement d'adresses en ligne»: il suffit de compléter les champs avec les données d'adresse connues. Si des informations plus actuelles sur l'adresse sont disponibles, elles peuvent être demandées de façon payante.

Le «Traitement d'adresses en ligne» n'est qu'une des nombreuses prestations de la Poste en matière d'adresses. Tous les services sont disponibles sur une seule et même plateforme:

www.poste.ch/gestion-adresses

La Suisse évolue très vite

Chaque année en Suisse, 30 millions de lettres commerciales sont retournées à l'expéditeur en tant qu'envoi non distribuable. L'existence d'adresses incorrectes ou obsolètes s'explique par les très nombreux changements ayant lieu chaque jour en Suisse (base 2016):

- Environ 800 000 personnes déménagent chaque année
- Environ 120 000 émigrants
- Environ 42 000 mariages et 17 000 divorces
- Près de 68 000 décès
- Environ 35 000 modifications du répertoire des rues

Des adresses actuelles en sept étapes

1. Accéder à www.poste.ch/gestion-adresses et cliquer sur «Traitement d'adresses en ligne»
2. Se connecter au centre clientèle de la Poste
3. Télécharger un fichier d'adresses à mettre à jour
4. Lancer la vérification gratuite des adresses
5. Afficher les résultats de la vérification des adresses avec l'offre de mise à jour
6. Si souhaité, demander à obtenir les adresses mises à jour (payant)
7. Télécharger le fichier avec les adresses mises à jour sur son ordinateur



Clarmont, à deux doigts de l'autonomie énergétique

La petite commune vaudoise de Clarmont n'a pas les moyens de créer un fonds pour les énergies renouvelables comme d'autres le font. Cela ne l'empêche pas d'être parmi les communes les plus vertes.

Le village de Clarmont, dans le district de Morges, est l'un des plus petits du canton de Vaud. Accroché à l'une des premières marches d'escaliers qui montent du lac au pied du Jura à 532 mètres d'altitude, l'agriculture et la viticulture marquent le paysage et l'architecture du village par les fermes, hangars et stations de stabulation aux grands toits visibles de loin lorsque l'on descend vers le Léman. Ils sont d'autant plus visibles que certains d'entre eux brillent au moindre rayon de soleil, grâce à leur couverture en panneaux photovoltaïques.

A peu de chose de près, Clarmont aurait pu devenir l'une des premières communes autonomes en électricité. Ce qui n'est pas arrivé hier pourrait l'être demain, tant que les toits de Clarmont restent à disposition d'installations en énergie propre et renouvelable. Luc Maurer, syndic de la commune, a tou-

jours le regard tourné vers l'avenir. Depuis la grande salle du bâtiment de l'administration communale, il a une vue dégagée sur une partie de son village. Les constructions les plus récentes, dont certaines encore en chantier, montrent clairement l'orientation écologique des Clarmontais.

Le début: une initiative privée qui couvre 35% des besoins totaux

Les toitures en tuiles orange se resserrent comme les pétales d'une fleur autour du cœur du village, puis aux bordures la couleur change, sombre en apparence mais verte dans l'esprit. «Tout est parti d'une initiative privée, celle de la volonté d'un agriculteur du village, Christian Viande, membre de la coopérative Eco Energie Etoy (EEE). Puis son voisin Gérard Berguer, agriculteur, qui dispose également d'un grand toit, s'est montré lui aussi intéressé et il a franchi

le pas, convaincu par l'utilisation des toits pour y installer des centrales d'électricité solaire», retrace Luc Maurer. En 2014, 1043 m² de panneaux solaires sont installés sur les toits de la ferme de Christian Viande par Eco Energie Etoy. Avec une production de 180 000 kilowattheures par année, cette seule et unique centrale couvrait dès son installation 35% des besoins de la commune en électricité.

Un mouvement écologique en dehors des contraintes légales

Luc Maurer affirme que «la Municipalité est extrêmement ouverte aux nouvelles énergies et aux énergies renouvelables, cependant la commune n'a ni la grandeur ni les moyens de créer un fonds pour les énergies renouvelables dans un cadre comme celui de l'Agenda 21. On serait vraiment content de le faire, mais nous ne le pouvons pas.»



Les grands toits des nombreuses fermes à Clarmont se prêtent bien à l'installation de panneaux photovoltaïques. Photo: mäd.

Néanmoins, pour accompagner le changement, dès que l'occasion s'est présentée, lorsqu'il a fallu changer la chaudière de l'administration communale, les autorités communales ont non seulement respecté le cadre de la loi sur l'énergie du canton de Vaud, entrée en vigueur au 1^{er} juillet 2014, mais, souligne Luc Maurer, «à notre grande surprise, c'est le Conseil général lui-même qui a incité à recouvrir le toit du bâtiment de panneaux solaires autant que possible. La commune ne possède que ce bâtiment, en tant qu'organe politique, nous ne pouvons pas en faire plus en matière d'exemplarité de manière proactive.»

Il est évident qu'à Clarmont, la volonté commune de l'exécutif et du législatif de penser les investissements dans le domaine des énergies propres et renouvelables à long terme, sans faire d'économies de bouts de chandelle accélère le mouvement au sein de la population en dehors de toute contrainte légale.

Le travail de mémoire de la municipale

La municipale Anouck Tschudi, qui est en charge des dicastères de la police des constructions, l'aménagement du territoire & urbanisme ainsi que de l'énergie et du développement durable, a eu une action forte sur sa commune. En 2014, elle publie son mémoire réalisé dans le cadre de la formation en écologie et sciences de l'environnement ECOFOC, intitulé: «La

commune de Clarmont pourrait-elle devenir autonome en énergie? Pistes de réflexions et ébauches de solutions». Il ressort de son travail que ses concitoyens sont très favorables aux nouvelles énergies avec une nette préférence pour le solaire. Quelques réticences se manifestent à propos du changement esthétique que les panneaux photovoltaïques imposent sur les toits du village, sans aller jusqu'à s'y opposer totalement. Cette plongée de la part de la municipale au cœur de la problématique écologique et économique de la consommation d'énergie actuelle et à venir est d'autant plus fructueuse pour Clarmont que le village est petit. Il compte 189 habitants et s'étend sur 102 hectares. Luc Maurer observe que «dans les petits villages, lorsqu'une seule personne change de manière de consommer ou décide de produire de l'énergie, tout le monde en parle ensemble, cela accélère le changement de mentalité.»

Cependant, Anouck Tschudi est allée encore plus loin, proposant des pistes à suivre par les autorités communales sans investissement financier de la part de la commune qui ne peut pas se le permettre. Par exemple, le règlement de police de construction concernant les toitures pourrait être aménagé pour non seulement faciliter l'installation de panneaux thermiques ou solaires, mais également être incitatif. En effet, l'obligation d'utiliser des tuiles plates qui coûtent chères pourrait être remplacée par la possibilité d'installer des tuiles mécaniques moins coûteuses à l'achat, ce qui favoriserait l'investissement dans les installations d'énergies renouvelables.

Le projet de l'autonomie en électricité

L'étude de production d'électricité d'un projet de panneaux solaires sur deux grands toits agricoles dont celui de la ferme de Luc et Marc Vidoudez, à l'entrée du village côté lac avait montré que la consommation de Clarmont aurait pu être totalement couverte par la production locale des diverses installations privées (le calcul se fait en moyenne annuelle, la consommation instantanée des nuits ou des jours sans soleil par exemple n'aurait pas été entièrement couverte par la production locale). Il est évident que Clarmont a la possibilité de devenir autonome en électricité mais le plan n'a pas abouti. Luc Vidoudez ne cache pas sa déception: «Le projet concernait notre bâtiment et incluait le toit du hangar agricole de la société coopérative du Battoir, soit 2000 m² de panneaux solaires au total. Il a été initié en 2014. Les premiers investisseurs se sont défaussés. La société Soleol d'Ésta-

vayer-le-Lac, spécialisée dans les grandes installations, l'a repris, mais la Romande Energie a mis du temps à conclure le dossier et nous avons fini par abandonner.»

De nouvelles perspectives avec la nouvelle loi fédérale sur l'énergie

L'installation prévue chez les Vidoudez à Clarmont, supérieure à 100 kWh, impliquait des travaux à effectuer par le gestionnaire du réseau, à savoir la Romande Energie. Jean-Louis Guillet, fondateur et CEO de Soleol, précise que généralement la Romande Energie assume financièrement les travaux. En revanche, dans des zones où la densité démographique est faible et les projets immobiliers de peu d'envergure, le propriétaire de l'installation photovoltaïque doit en supporter le coût. C'est souvent le cas dans les zones agricoles, comme Clarmont. Dans ce cas particulier, la Romande Energie a donc lancé une étude avant de prendre une décision, ce qui a effectivement ralenti le dossier des Vidoudez.

De façon concomitante, l'évolution de la législation sur le système de rétribution à prix coûtant du courant injecté a remis en question la rentabilité du projet. Jean-Claude Guillet reconnaît «que l'engouement pour les grandes installations photovoltaïques a été brusquement contrarié par la politique fédérale qui a bloqué le fonds des subventions».

Néanmoins, il ajoute que la nouvelle loi sur l'énergie entrée en vigueur au 1^{er} janvier 2018 ouvre de nouvelles perspectives pour les grandes installations. En effet la rétribution unique (RU) dépend de la puissance et peut atteindre 50% du coût de l'installation, diminuant ainsi le temps nécessaire à l'amortissement.

Enfin, avec cette nouvelle loi, l'installation prévue initialement sur les toits agricoles des Vidoudez pourrait aujourd'hui être revue favorablement pour toutes les parties concernées.

Anne Devaux



La municipale Anouck Tschudi a eu une action forte sur sa commune. Photo: mäd

L'autoconsommation: de l'individuel au collectif

La redistribution d'électricité produite auprès de groupements de consommateurs pour augmenter l'autoconsommation: François Calame, chef de projet de la coopérative EEE et syndic de Bougy-Villars donne des pistes.

La coopérative Eco Energie Etoy (EEE), dans le canton de Vaud, spécialisée dans le secteur de l'énergie photovoltaïque s'est adaptée à chaque changement de législation remettant en cause les choix de production des énergies non fossiles. Cependant, la loi n'est pas toujours un frein mais dans tous les cas, les modifications d'orientation exigent de la pédagogie auprès des communes et du grand public. François Calame, chef de projet à la coopérative EEE, également syndic de la toute petite commune de Bougy-Villars (VD) apporte un éclairage pragmatique et politique au sujet du développement durable et de l'énergie solaire.

Une législation versatile

En 2012, le changement de législation, notamment fiscal, oblige la coopérative EEE à abandonner son activité d'origine de production de biocarburant. Elle prend alors un virage radical et se tourne vers la production d'électricité photovoltaïque. Implantée dans le milieu agricole, EEE parie sur les énormes surfaces de toitures disponibles de ses membres pour réussir sa réorientation de production d'énergie solaire.

En 2016, la baisse drastique de la rétribution à prix coûtant (RPC) subventionnée par la Confédération oblige la coopérative à mettre en attente ses projets de grandes installations photovoltaïques pour produire de l'énergie et la revendre. Depuis l'entrée en vigueur au 1^{er} janvier 2018 de la nouvelle loi sur l'énergie (LEne), le nouveau virage consiste alors à chercher la meilleure rentabilité en profitant de la rétribution unique versée pour des installations visant prioritairement l'autoconsommation (entre 2 et 30 kWc) et depuis 2018 jusqu'à 100 kWc), précise François Calame. Aujourd'hui, la piste des groupements de consommateurs est préconisée de façon à rentabiliser l'autoconsommation en injectant le moins possible de l'électricité dans le réseau.

François Calame, quelles sont les conditions pour qu'une seule installation photovoltaïque alimente la



consommation de plusieurs consommateurs indépendants les uns des autres?

François Calame: Il faut un bâti bien exposé, mais pas forcément gros consommateur d'énergie comme par exemple une école qui consomme essentiellement de l'éclairage. En revanche, il faut, dans la mesure du possible, des bâtiments existants abritant des activités différentes dans son voisinage immédiat. Une entreprise va consommer aux heures d'ouverture et cinq jours par semaine. Des habitations de particuliers tirent sur le réseau tôt le matin, le soir et le week-end. Quand ces conditions sont réunies, l'autoconsommation est augmentée et il y a moins de courant refoulé sur le réseau. Le rendement et la rentabilité sont meilleures. Tout tient dans la simultanéité de la production et de la consommation.

Peut-on relier des consommateurs à une installation sans contrainte administrative?

Calame: Non, mais la seule condition administrative à respecter est de ne pas

traverser le domaine public qui reste à l'avantage des distributeurs d'énergie. Mais il n'y a aucun problème technique à relier un groupe de consommateurs qui sont à proximité d'une installation unique. L'installation peut appartenir à une société privée, un particulier, une coopérative ou à la commune.

Pourquoi l'autoconsommation est-elle plus rentable que la vente d'électricité?

Calame: Lorsque l'énergie produite par votre installation solaire est refoulée sur le réseau, vous recevez une rétribution unique inférieure au coût de votre production. Mais, lorsque vous achetez de l'électricité au réseau, qui est peut-être la vôtre sans que vous le sachiez, vous payez automatiquement, en plus des unités de kWh, le prix du transport de l'électricité et de différentes taxes. Il n'y a donc moins d'intérêt économique réel à refouler du courant qu'à rester en consommation locale. Pour qu'une installation individuelle soit vraiment rentable, il faut pouvoir consommer tout ce qu'elle produit au moment où elle le produit. Donc en termes d'investisse-

Une installation photovoltaïque réalisée par la coopérative EEE sur le toit d'une ferme à Ropraz (VD).

Photo: màd



François Calame, chef de projet à la coopérative EEE et syndic de Bougy-Villars.

Photo: màd



ment et de rentabilité, la distribution à plusieurs consommateurs est plus rentable.

Quels sont les moyens d'action des communes pour inciter et favoriser les centrales photovoltaïques?

Calame: Les communes peuvent investir elles-mêmes dans des installations d'énergie propre et durable. Ce faisant, elles se montrent exemplaires. Elles peuvent revendre l'électricité ainsi produite aux consommateurs aux personnes privées qui se trouvent dans le périmètre réglementaire autorisé par la loi. Les communes peuvent également mettre à disposition, avec ou sans loyer, les toits des bâtiments communaux avec un contrat de 30 ans à des acteurs privés qui achèteront et gèreront l'installation. Une grosse installation pour dix consommateurs est plus efficace que dix petites installations individuelles. Cela permet également de ne pas morceler le paysage des toitures avec des panneaux solaires un peu partout.

Quelles sont les principales difficultés que rencontrent les communes?

Calame: Le manque d'informations techniques et réglementaires. Intégrer tous les aspects des nouveautés techniques et législatives dans la vision communale est chronophage surtout pour les petites communes qui n'ont pas les moyens d'employer du personnel technique. Le mieux est de se rapprocher des institutions qui soutiennent les initiatives des communes dans ce domaine et peuvent leur apporter des réponses adaptées et concrètes. Les grandes villes subissent des pressions politiques en faveur du développement durable qui les obligent à agir. Dans les communes rurales, les moyens ne sont pas toujours là, mais elles ont l'avantage de pouvoir multiplier plus facilement les bons gestes: investir en fonction de leurs besoins et de leurs possibilités d'un côté et réaliser des économies d'énergie de l'autre.

Anne Devaux

Pour toutes les informations: Office fédéral de l'énergie (OFEN); Mesures d'encouragement; www.bfe.admin.ch www.pronovo.ch; Programmes d'encouragement

Publicité



FUSO - une marque du groupe Daimler

UN POUR TOUT.

FUSO CANTER AVEC CAMION-BENNE DE SCATTOLINI.

Robustesse, prix d'achat modeste et faible consommation de carburant sont les caractéristiques de cette camionnette polyvalente de 3,5 tonnes. Désormais disponible avec camion-benne pour les modèles avec cabine simple standard ou simple confort. Grâce au vaste réseau de partenaires, vous trouverez à coup sûr un partenaire FUSO près de chez vous.

www.fuso-trucks.ch



Dès **CHF 31 900.-***

Egalement disponible avec un leasing à 2,9%. Disponible immédiatement, dans la limite des stocks disponibles.

*FUSO Canter 3S13 avec camion-benne de Scattolini. Prix de vente net au comptant: à partir de CHF 31900.-, hors TVA. En ce moment, disponible également avec un leasing à 2,9%. Garantie d'usine de 5 ans ou jusqu'à 150 000 km (selon premier seuil atteint). La garantie est valable sur le véhicule sans la superstructure et à partir de la première mise en circulation (conclusion du contrat de vente à partir du 1^{er} mai 2018). Une offre de Mercedes-Benz Financial Services Schweiz AG. Assurance casco complète obligatoire. L'octroi d'un crédit est interdit s'il est susceptible d'entraîner le surendettement du preneur de leasing. Offre valable dans la limite des stocks disponibles.



En exclusivité chez votre partenaire Mercedes-Benz Camions.

Pour les écoliers, les papis en classe, c'est la classe

La Commune de Kriens (LU) a octroyé à «ses seniors en classe» un prix de reconnaissance pour la qualité de leur travail en faveur de la jeunesse. Le projet existe dans douze cantons.



Les contacts entre les élèves et le senior Beat Zeder sont cordiaux et respectueux.

Photo: Astrid Bossert Meier

Six garçons et trois filles se précipitent dans l'atelier de l'école Grossfeld 1 à Kriens. «Bonjour, Monsieur Zeder», lancent-ils déjà depuis la porte au senior de 71 ans, avant même de saluer leur maîtresse de travaux manuels Rita Gut. Beat Zeder participe au projet «seniors en classe». En ce moment, il apporte son soutien en travaux manuels à une classe de cinquième primaire, tous les 15 jours, le mardi après-midi. Pour cet ancien ouvrier, c'est un endroit idéal pour s'engager en faveur des jeunes.

Depuis 2005, des retraitées et des retraités donnent régulièrement un coup de main dans les classes de l'école primaire de Kriens. Actuellement, 22 mamies et papis enrichissent le quotidien des écoliers grâce à leurs connaissances et leur expérience de vie. Ils viennent en général tous les 15 jours dans la même classe pendant deux à quatre heures de cours, en mathématiques, allemand, dans la discipline «nature, homme, société», en gymnastique ou justement en travaux manuels, comme Beat Zeder. Tous profitent de cette initiative. Pour les seniors, cet engagement est une activité qui crée

du sens. Pour les enseignants, c'est une manière d'alléger leur charge et, pour les enfants, un enrichissement. L'automne dernier, les seniors de Kriens ont été particulièrement honorés. La commune leur a octroyé un prix de reconnaissance doté de 3000 francs pour la qualité de leur

travail en faveur de la jeunesse. Le projet est financé pour une moitié par le Service de l'école primaire et pour l'autre moitié par Pro Senectute.

Des projets comme celui de Kriens existent dans douze cantons: Argovie, Bâle, Berne, Grisons, Lucerne, Nidwald, Obwald, Schaffhouse, Soleure, Thurgovie, Zoug et Zurich. L'idée est partout la même, mais les projets ont en partie des dénominations différentes. Le financement de l'offre est également réglé de manière différente. Dans le canton de Zurich (environ 830 bénévoles), Pro Senectute a conclu un contrat de prestations avec 90 communes scolaires. Dans le canton de Berne (environ 600 bénévoles), le projet est soutenu par la Direction de la santé publique et de la prévoyance sociale ainsi que par la Direction de l'instruction publique. Les écoles s'acquittent d'une participation. Dans le canton d'Argovie (environ 500 bénévoles), les écoles versent un forfait de 500 francs à Pro Senectute pour la phase de mise sur pied qui dure environ un an. Elles participent ensuite à raison d'une somme de 100 francs par senior et par an.

Astrid Bossert Meier

Traduction: Marie-Jeanne Krill

Appel au concours pour le prix de Démocratie 2018 – projets participatifs communaux recherchés

Avec le prix de Démocratie 2018 «Ateliers pour la démocratie», la Nouvelle Société Helvétique (NSH) souhaite récompenser des projets participatifs visant une meilleure compréhension des formes de participation d'une démocratie ainsi que la formation politique. Les meilleurs projets seront récompensés par des prix d'un montant total de CHF 10000.-. L'appel au concours se fait en étroite collaboration avec l'Association des Communes Suisses (ACS), qui avec son projet «in comune» entend favoriser la participation dans les communes.

Si des projets déjà implantés dans votre commune existent et correspondent à notre appel, nous vous demandons de faire suivre l'appel au concours aux responsables (professionnels dans le domaine social, l'éducation, l'intégration; directeurs d'école et professeurs) ainsi qu'aux organisations bénévoles et associations de votre commune (jury@nhg.ch).

Les dossiers de candidature doivent être adressés à la NSH par courriel en version PDF (en un seul document) jusqu'au 31 août 2018 (jury@nhg.ch).

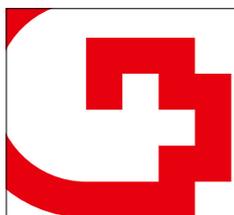
Car je fais confiance à un partenaire solide

Previs Prévoyance compte parmi les dix plus grandes institutions collectives et communes. Une longue tradition dans le domaine du service public, des solutions de prévoyance flexibles et une qualité de service au plus haut niveau: voilà ce pour quoi nous nous engageons depuis 60 ans.

Deux partenaires forts: l'Association des Communes Suisses (ACS) et la Previs.

www.previs.ch

previs 
Quand prévoyance
rime avec transparence



chcommunes.ch

01.06. AU 31.07.2018
À L'ACHAT D'UNE BATTERIE
À PARTIR DE ULIB700
+
1 RASION
=
ÉCONOMISEZ JUSQU'À CHF 500.-

**JUSQU'À 5 H DE TONTE
SOIT (5000M³)**

IMPORTATEUR GÉNÉRAL SUISSE
ASSORTIMENT ET REVENDEUR: TAMAG.CH

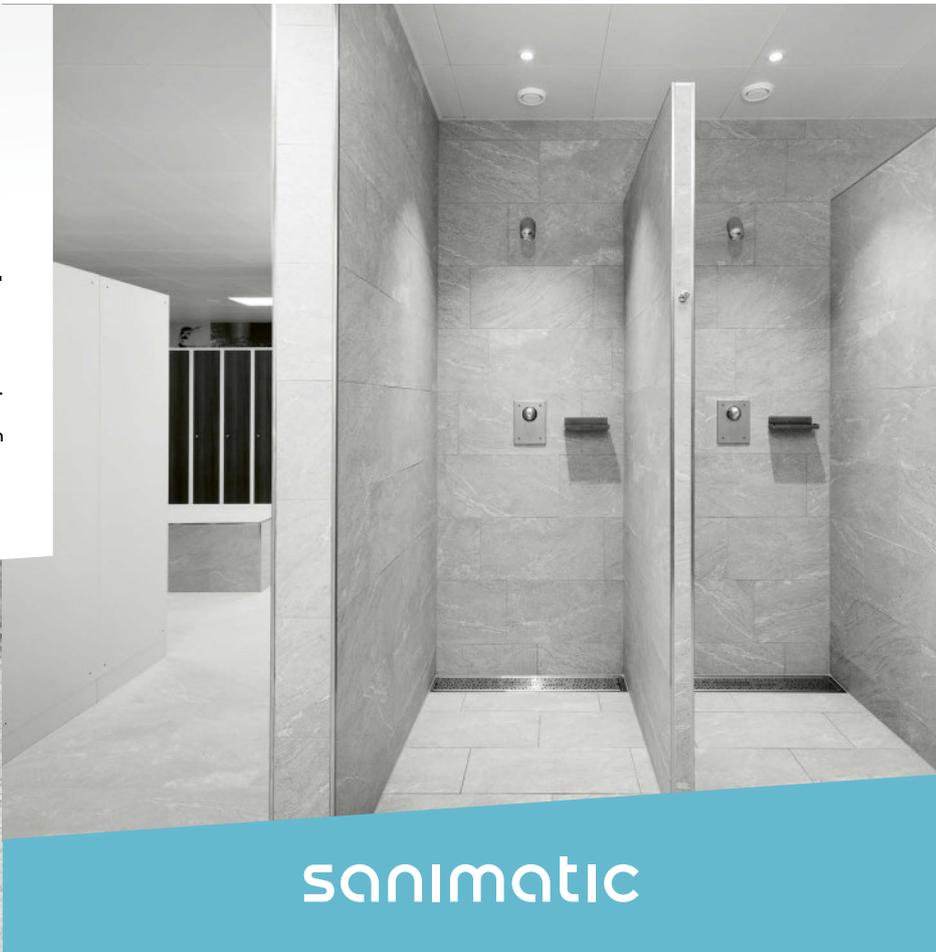


LANGLEBIG. CLEVER. ÜBERZEUGEND.

Sanimatic Smartspray

Das A und O in öffentlichen Duschanlagen? Hygiene, Komfort und Benutzerfreundlichkeit. Mit der Duschbrause Sanimatic Smartspray setzen wir die Messlatte hoch: mit stufenlosem Strahlwinkel. Der einstellbaren Durchflussmenge von 4 bis 12 l/min. Und dem vandalensicheren Design aus Massiv-Edelstahl.

sanimatic.ch



sanimatic

holzbauplus®

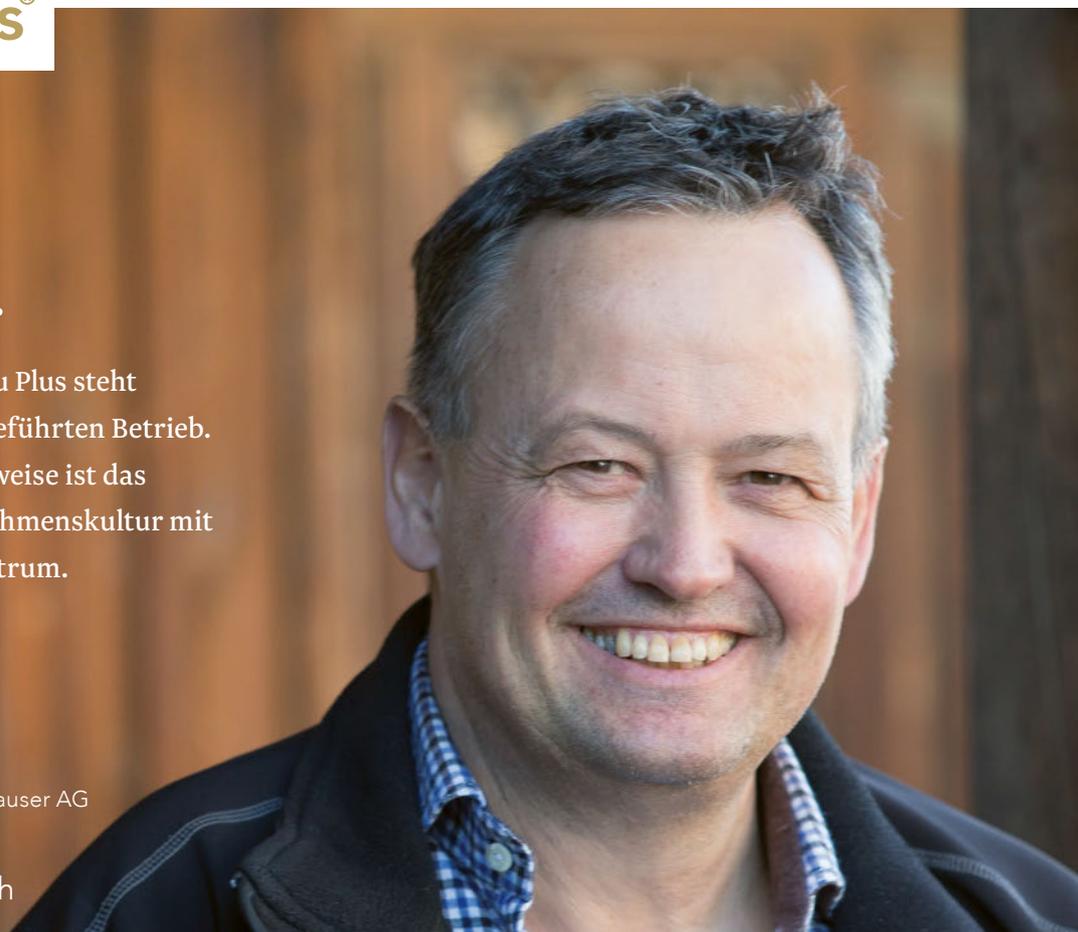
Der Garant im Holzbau.

Das Gütesiegel Holzbauplus steht für einen vorbildlich geführten Betrieb. Hochwertige Holzbaupweise ist das Resultat einer Unternehmenskultur mit dem Menschen im Zentrum.

Dafür steh ich ein.

Thomas Bornhauser, Bornhauser AG
Holzbau, Weinfelden

www.holzbauplus.ch



Poststellen: Erfolg für die Gemeinden

Die Erreichbarkeit der postalischen Grundversorgung und der Zahlungsdienstleistungen soll in Zukunft differenzierter sichergestellt werden als heute.

Das ganze Jahr 2017 über hat der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) mit Erfolg dafür gearbeitet, dass die Interessen der kommunalen Ebene bei der künftigen Ausrichtung des Poststellennetzes gebührend berücksichtigt werden. Er forderte in zwei Anhörungen der parlamentarischen Kommissionen, dass die Gemeinden auf Augenhöhe einbezogen werden und die regionalen Gegebenheiten bei den Erreichbarkeitskriterien stärkeres Gewicht erhalten. Seinen Standpunkt konnte er gegenüber dem Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation, der strategischen und der operativen Führung der Post und zuletzt in der von Bundesrätin Doris Leuthard eingesetzten Arbeitsgruppe einbringen – mit Erfolg. Die Erreichbarkeit der postalischen Grundversorgung und der Zahlungsdienstleistungen soll in Zukunft differenzierter sichergestellt werden als heute.

Der SGV begrüsst die am 16. Mai im Bericht der Arbeitsgruppe vorgestellten Empfehlungen zur Erreichbarkeit des Poststellennetzes. Mit den vorgeschlag-

nen neuen Kriterien auf Kantonsebene kann eine wesentliche Verbesserung gegenüber heute erzielt werden. Die neuen Erreichbarkeitskriterien tragen den unterschiedlichen Bedürfnissen und Möglichkeiten der Bevölkerung und der Wirtschaft in den ländlichen und städtischen Räumen besser Rechnung, indem sie auf die Bevölkerungsdichte, Siedlungs- und Wirtschaftsstrukturen Rücksicht nehmen. Damit muss die Post im Vergleich zu heute die Erreichbarkeit nicht mehr in einem landesweiten Durchschnitt, sondern in jedem Kanton gewährleisten. Die Post wird damit verpflichtet, weiterhin ein dichtes Netz an Zugangspunkten aufrechtzuerhalten. Zudem ermöglicht der neu vorgeschlagene regelmässige Planungsdialo g zwischen Post und Kantonen unter Einbezug der Gemeinden eine bessere Abstimmung der Grundversorgungsleistungen.

Bundesrätin Doris Leuthard hat in Aussicht gestellt, das Geschäft noch in der Sommersession zu traktandieren. Der SGV begrüsst dies sehr und erwartet vom Bundesrat, dass die Empfehlungen unverzüglich umgesetzt werden. *ham*

Mindestalter 30 für IV-Rente wird nicht weiterverfolgt

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N) hat Mitte Mai die «Weiterentwicklung der IV» und dabei insbesondere die Thematik «Keine Rente unter 30» behandelt. Mit 16 zu 9 Stimmen lehnte es die Kommission ab, den Vorschlag «Keine Rente unter 30» in dieser Form von der Verwaltung konkretisieren zu lassen. Damit ist ein wichtiges Anliegen des SGV erfüllt worden.

Der SGV hatte sich im Vorfeld zusammen mit dem Schweizerischen Städteverband mit einem Brief an die Mitglieder der SGK-N gewendet. Darin wiesen die beiden Kommunalverbände darauf hin, dass es zu massiven Verschiebungen in die Sozialhilfe der Kantone und Gemeinden käme, wenn die Renten für Personen unter 30 Jahren aufgehoben würden. Die IV würde jährlich Kosten von deutlich über 200 Millionen Franken sparen, Kantone und Gemeinden müssten jedoch den Löwenanteil davon übernehmen. Solch massive Kostenverlagerungen im Umfang von deutlich über 100 Millionen sind aus Sicht der beiden Kommunalverbände nicht tolerierbar. *red*

SGV-Stiftung zur Stärkung der Gemeinden

Die Stiftung zur Förderung des Schweizerischen Gemeindeverbands verfolgt das Ziel, die Gemeinden in der Schweiz zu stärken bzw. zu fördern und deren Bedeutung, Aufgaben und Ziele bekannt zu machen.

Unterstützt werden Projekte, die den SGV als institutionellen Vertreter der Gemeinden in der Schweiz sowie die Gemeinden als Institutionen und wichtige Grundpfeiler des föderalen Systems der Schweiz stärken. Für die Finanzierung von Projekten stehen Mittel von insgesamt 50 000 Franken pro Jahr zur Verfügung. Die Mitgliedschaft beim SGV wird vorausgesetzt. Es werden pro Jahr

höchstens drei Institutionen (Gemeinden oder Gemeindeverbände) mit Projektbeiträgen unterstützt.

Elektronisch und per Post einreichen

Die Projekte sind dem SGV jeweils bis zum 30. September in elektronischer Form und in Papierform einzureichen an verband@chgemeinden.ch sowie per Post an:

Stiftung des Schweizerischen Gemeindeverbandes
Laupenstrasse 35
Postfach
3001 Bern

Förderkonzept:

www.tinyurl.com/stiftung-konzept

Gesuchsformular:

www.tinyurl.com/stiftung-formular



Die Sonnenkönige von Spiez bringen es auf 8,3 Prozent

Die BKW Energie AG hat für die Gemeinde Spiez mit ihren knapp 12 500 Einwohnerinnen und Einwohnern einen Solarstromanteil von 8,3 Prozent berechnet, der nationale Durchschnitt beträgt gut drei Prozent. Das Erfolgsrezept: eine aktive Genossenschaft und eine engagierte Gemeinde.

«Ruedi, ich sage dir, eines Tages wird es noch richtig rocken mit der Solarenergie!». Über zehn Jahre ist es her, dass sich Ruedi Steuri, Präsident der Genossenschaft SpiezSolar, von dieser enthusiastischen Zukunftsvision eines Schweizer Physikprofessors und Solarzellenforschers anstecken liess. Das war in Australien. Steuri, ein Physiotherapeut mit Forschungstätigkeit auf dem Gebiet der Sportmedizin, wohnte damals ein paar Jahre lang mit seiner Familie in Canberra. Gerockt hatte es in seiner Heimatstadt Spiez (BE) schon früher, für Schweizer Verhältnisse sogar ziemlich früh: 1999 wurde die Genossenschaft SpiezSolar unter anderem von Lehrern

und Architekten ins Leben gerufen, «Visionäre waren das», sagt der heute 54-jährige Steuri im Rückblick.

Crowdfunding für das Solardach der Spiezer Bibliothek

Die Visionäre legten 1999 den Grundstein mit einer 7,6 kWp-Fotovoltaik-Anlage auf dem Spiezer Schulhaus Längenstein. Dann wurde es etwas ruhiger um die Genossenschaft, seit 2012 aber sind diverse Projekte dazugekommen, so die 32-kWp-Anlage auf der Garage Schwitter AG und die 74-kWp-Anlage auf dem Dach der Bibliothek in Spiez. Vor allem das Bibliotheksprojekt erfüllt die Spiezer mit Stolz: Die Anlage wurde über Crowd-

funding mit kleinen und grossen Darlehen aus der Spiezer Bevölkerung finanziert, von den Genossenschaftlern montiert und 2014 in Betrieb genommen. Das Projekt wurde beim Zürcher Klimapreis mit einer Anerkennungsurkunde geehrt.

Wichtiger noch als die Anerkennung von aussen ist laut Steuri aber, was lokal in der Gemeinde und in der Region gewachsen ist: Denn die 188 Genossenschaftler haben nicht nur selbst Anlagen gebaut; Mitglieder der Genossenschaftsverwaltung haben seit 2012 mit über 100 unentgeltlichen Erstberatungen Private und Gewerbetreibende für die Energiewende sensibilisiert.

Wenn die Sonne aufgeht über Spiez, liefert sie Wärme und Strom. Bild: Martina Rieben



SVP-Gemeinderäte als Türöffner

So richtig in Schwung gerät die Spiezer Energiewende laut dem Präsidenten jetzt aber auch dank dem sichtbaren Engagement der Gemeinde. Zwar war von Beginn weg ein Sitz in der Genossenschaftsverwaltung für einen Gemeindevertreter reserviert, und manchmal war dieser auch besetzt. Jetzt aber nimmt mit Baudirektor Ruedi Thomann ein Gemeinderat die Sache ernst. Zusammen mit der Gemeindepräsidentin, Jolanda Brunner, wurden die Türen für eine gemeinsame regelmässige Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde Spiez und der Genossenschaft SpiezSolar geöffnet. Vor ein paar Wochen war eine Delegation der Genossenschaftsverwaltung bei den Gemeindebehörden eingeladen, an der Generalversammlung im Mai war die Gemeindeverwaltung in corpore dabei. «Dieses Engagement, diese explizite Wertschätzung vonseiten der Gemeinde, ist absolut zentral», freut sich Steuri. Zumal es bei den Spiezer Gemeindevertretern schwierig werde, sie als «Träumer von den Linken und den Grünen abzutun»: Sowohl Ruedi Thomann als auch Jolanda Brunner sind Mitglied der SVP.

Inzwischen wird das Dach des Werkhofs mit Fotovoltaik (PV) ausgerüstet, und ein weiteres Dach auf dem Schulhaus Längenstein produziert bald einen Teil des Stromverbrauchs.

Aktion 99 mit dem Gewerbe

Dass sich SVP-Vertreter bei SpiezSolar engagierten, wirke auch als Türöffner zum Gewerbe, sagt Steuri. Das kann der im letzten Herbst gestarteten Aktion 99,



Der Präsident von SpiezSolar, Ruedi Steuri (links) freut sich über das Engagement: SVP-Gemeinderat Ruedi Thomann sitzt in der Genossenschaftsverwaltung. Bild: Martina Rieben

mit dem Ziel, gemeinsam mit den lokalen Spezialisten der Elektro- und Heizungsunternehmungen den Bau von 99 Fotovoltaik- oder Warmwasser-Kollektoranlagen auszulösen, nur gut tun. 20 Firmen aus Spiez und Umgebung haben sich bereit erklärt, als Partner bei der Aktion mitzumachen. Drei Varianten stehen bei der Aktion 99 zur Auswahl, die den Kunden zu fixen Preisen angeboten werden: eine Fotovoltaik-Aufdachanlage, fertig installiert für unter 10 000 Franken, eine Fotovoltaik-Indachanlage, fertig installiert für unter 14 000 Franken, und eine Warmwasser-Kollektoranlage, fertig installiert für unter 14 000 Franken. Beide PV-Anlagen mit einem Grundpaket von 24 Panels à 270 W = 6,48 kWp ergeben einen Jahresertrag von ca. 6500 kWh, also Strom für 1,5 Haushalte ohne Warmwasser und Heizung. Die Warmwasser-Kollektoranlage umfasst drei Kollektoren à 2,5 m², 15 m Solarleitung, Solarboiler 500 Liter; täglich ergeben sich fast 200 Liter Warmwasser für vier Personen, der Deckungsgrad für ein Einfamilienhaus erreicht bis zu 70%.

Auf dem Weg zur magischen Zehn

In den letzten drei Jahren wurden in Spiez über 90 Anlagen dazu gebaut, was zu einer Verzehnfachung der Leistung aller in Spiez installierten Anlagen führte. Und vor kurzem hat die BKW Energie AG den Solarstromanteil in der Gemeinde Spiez auf 8,2 Prozent berechnet. Steuri erfüllt die Zahl mit Stolz: «Wir haben sie selber immer auf rund sieben Prozent

Genossenschaften für die Energiewende

Ein weiteres Spiezer Produkt ist die Energiewende-Genossenschaft (EWG): Sie wurde 2014 vom ehemaligen Präsidenten von SpiezSolar, dem Elektroingenieur Syril Eberhart, initiiert. Das Grundkonzept der EWG ist die Selbstbaugruppe. Ein Experte realisiert mit Selbstbauern auf Anleitung eine Anlage oder stellt auf Wunsch Installateure zur Verfügung. Die EWG ist als Genossenschaft organisiert, nicht gewinnorientiert, erfüllt aber alle Anforderungen einer Installationsfirma punkto Knowhow, Arbeits- und Sicherheitsstandards. Aus der Spiezer EWG ist die EWG Schweiz hervorgegangen. Eine Energiegenossenschaft pro Gemeinde: Das ist das erklärte Ziel der Luzerner Albert Koechlin Stiftung (AKS). In ihrem Fokus stehen Genossenschaften, die erneuerbare Energie aus Wasserkraft, Sonne, Biomasse, Biogas, Wind oder Abfall gewinnen oder zur Speicherung beitragen. Die AKS leistet Starthilfe mit Beratungen und einem Beitrag an die Gründungskosten, und sie trägt 20 Prozent oder

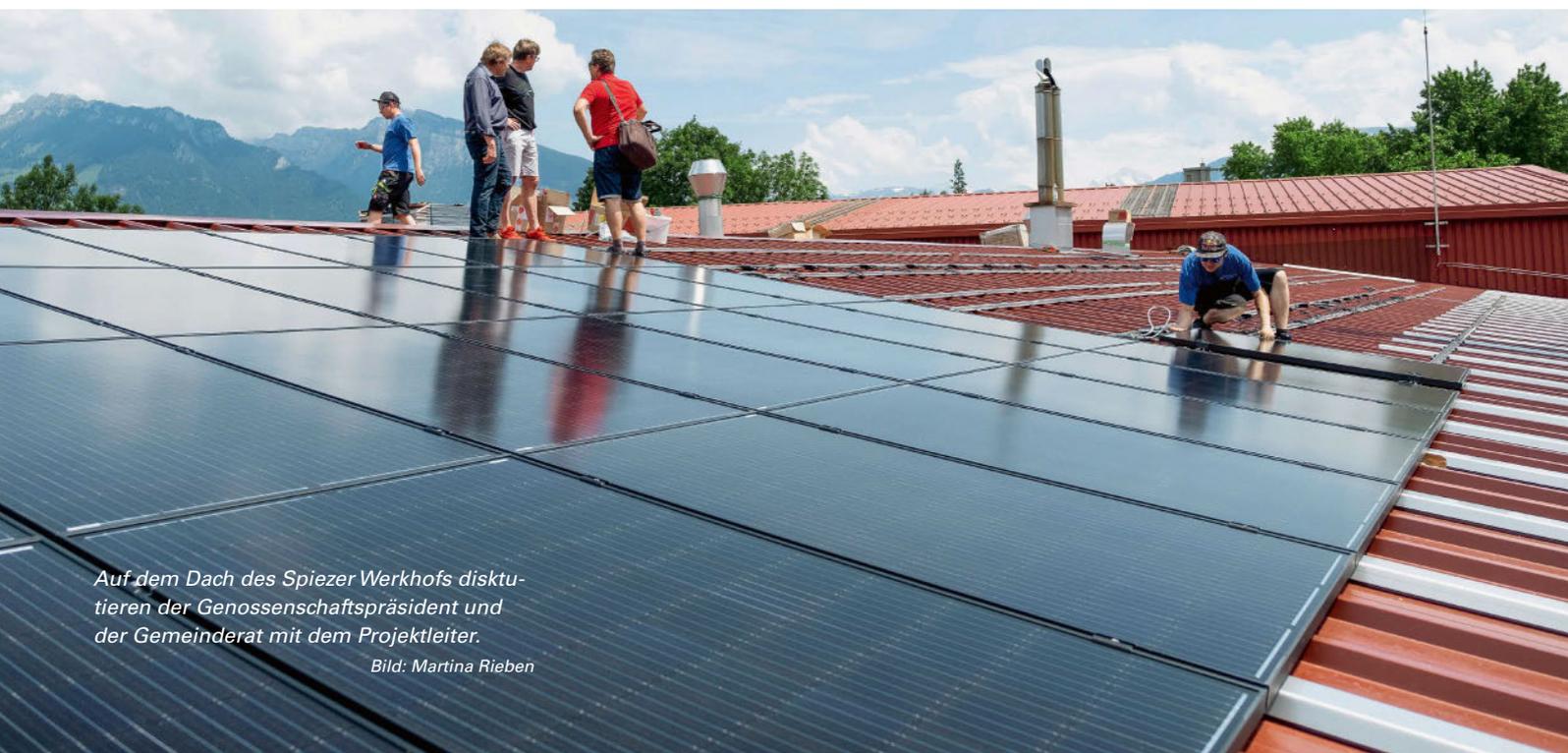
maximal 30 000 Franken der ersten Anlage. In der Innerschweiz existieren laut AKS ein Dutzend Energiegenossenschaften; die Dichte sei fast 50 Prozent höher als in der übrigen Schweiz. Landesweit gibt es im Mittel eine Genossenschaft auf 80 000 Einwohnerinnen und Einwohner.

In der Schweiz gibt es zudem zahlreiche Solargenossenschaften. Eine der ältesten ist die Solargenossenschaft Frauenfeld (TG), die sich seit 1991 für die Förderung und Verbreitung erneuerbarer Energien, insbesondere für die Solarstromerzeugung, einsetzt. Oder dann wird Sonnenenergie im Verein gefördert, wie etwa im Verein Oberriedsonne in Zweisimmen (BE). Dort liefern die Dächer der Simmentalarena über dem Feuerwehrlokal und der Markthalle 182 kWp und können mit ihrem siebenfachen Energieüberschuss auch die angeschlossenen Schulhäuser, Turnhallen und den Gemeindesaal versorgen.

dla/sda

geschätzt, nun sind es sogar mehr.» Mit zwei weiteren grossen Anlagen, die projektiert würden, sollte die magische Zehn-Prozent-Marke zu schaffen sein in Spiez. Steuri sagt: «Im nationalen Durch-

schnitt liegt der Solarstromanteil bei gut drei Prozent.» Dabei könnte die Schweiz nach Ansicht des SpiezSolar-Präsidenten gut auch Anteile von 20 bis 25 Prozent erreichen. «Es bräuchte in jedem Dorf,



Auf dem Dach des Spiezer Werkhofs diskutieren der Genossenschaftspräsident und der Gemeinderat mit dem Projektleiter.

Bild: Martina Rieben

jeder Stadt, eine Genossenschaft und dazu die Gemeindebehörden, die mitziehen.» Auch in Spiez ist noch viel Potenzial vorhanden: 300 Solardächer sind installiert, 7000 Dächer sind noch frei. Vielleicht erfasst der «gute Groove», den Steuri jetzt spürt, 2019 am 20-jährigen Jubiläumsanlass von SpiezSolar unter dem Patronat der Gemeinde Spiez auch die Architekten und Gebäudeplaner, welche die Genossenschaft ganz direkt ansprechen möchten. «Wir selber sehen unsere Aufgabe künftig vor allem darin, eine Plattform für Solarenergie zu sein.»

Denise Lachat



Das Dach des Werkhofs wird mit rund 190 m² Photovoltaikzellen mit einer Leistung von 33,5 kWp. Der Präsident von SpiezSolar packt mit an.

Bild: Martina Rieben



Finanziert von der Bevölkerung: die Photovoltaikanlage auf der Bibliothek. Bild: zvg

SpiezSolar

- erstellt und betreibt eigene Fotovoltaikanlagen
- produziert und verkauft Ökostrom
- ist nicht gewinnorientiert
- organisiert Informationsanlässe
- informiert die Bevölkerung über Möglichkeiten zum Energiesparen und berät sie bei der Planung und Bau einer eigenen PV-Anlage (Gratis-Erstberatung vor Ort)
- bringt Dachbesitzer und Investoren zusammen
- ist von Lieferanten und Produzenten unabhängig

Anzeige

cosmofunding
by Vontobel

Finden statt suchen

**Verkürzung des Ausschreibungsprozesses?
Reduktion Ihrer Kosten?**

Mit nur wenigen Klicks zu optimalen Finanzierungslösungen. Auf der Online-Plattform cosmofunding by Vontobel finden Sie ganz einfach Investoren für Ihr Gemeindeprojekt.

Mehr Informationen und spannende Hintergrundberichte finden Sie auf cosmofunding.com

cosmofunding.com

Aus der Gülle-Teilet gibt es für Nachbarn Dünger und Wärme

In der Landwirtschaft fallen täglich Mist und Gülle an – häufig ist es zu viel für einen Austrag auf dem eigenen Land. In Lignerolle (VD) wird dieser Rohstoff in einem Netzwerk gesammelt und daraus Biogas produziert.



Fürs Auge unsichtbar, kommt die Gülle über unterirdische Kanäle zur Biogasanlage.

Bild: Agrogaz Lignerolle

Lignerolle im Kanton Waadt ist ein kleines Dörfchen, in welchem die Landwirtschaft noch immer 49 Prozent des Gemeindebodens beansprucht. Am Fuss des Juras ist es vor allem Ackerbau, oben auf den Höhen sind es Viehzucht und Milchwirtschaft. Kühe, die viel Gülle und Mist produzieren.

Hofdünger im Überfluss

Gülle und Mist als Dünger auszubringen, ist aber nicht immer möglich. Dafür gibt es gesetzliche Grundlagen: Die Gülle darf nicht ausgetragen werden, wenn es zu heiss ist, wenn Schnee liegt oder wenn der Boden gefroren ist. Trotzdem fallen täglich Mist und Gülle an. Wohin also mit dem Hofdünger, welcher in

langen Wintermonaten anfällt? Die Verwertung in einer Biogasanlage bietet sich als gute Lösung an. Gemeinsam mit seinem Sohn Fabien führt Frédéric Petermann ein Unternehmen, welches verschiedene Dienstleistungen im Landwirtschaftsbereich anbietet. Eine davon ist, dass er sich um den Mist und die Gülle anderer Bauernhöfe in der Umgebung kümmert.

Das Agrounternehmen Petermann père et fils stand vor einer dringend nötigen, grossen Investition: dem Ausbau der Lagerkapazität für Mist und Gülle. Aber Frédéric Petermann wollte mehr: Neben seiner bereits bestehenden Photovoltaikanlage wollte er weitere erneuerbare Energie produzieren. Er beschloss des-

halb, auf seinem Hof eine Biogasanlage zu erstellen.

Nachbarschaftliches Gülle Netzwerk

Für diese Biogasanlage kommen die Gülle und der Mist direkt von den Nachbarbetrieben. Das bringt Vorteile für beide Parteien: Der Biogasproduzent erhält die nötigen Rohstoffe, und die umliegenden Bauern brauchen Mist und Gülle nicht bei sich zu lagern. Die Gülle gelangt über unterirdische Leitungen direkt in die Biogasanlage. Damit kann Frédéric Petermann die Dienstleistung zu einem günstigeren Preis anbieten. Die Zulieferer erhalten ein Produkt zurück, das sich als Dünger einsetzen lässt: Gärgut, das am Ende des Verfahrens aus

der Biogasanlage kommt. Dieses ist im Vergleich zur Gülle für die Pflanzen besser verträglich, und die Geruchsemissionen sind wesentlich geringer. Die direkte Zusammenarbeit mit den Nachbarn ist für den Betrieb sehr wichtig. Frédéric Petermann ist sich dessen auch bewusst. Ein solches Netzwerk muss man pflegen. Damit das Ganze funktioniert, braucht es Strukturen, die sich im Dorf über Jahre entwickelt haben.

Feiern und aushandeln: die Mist-Toilet

Einmal im Jahr lädt Petermann zu einem Apéro auf seinem Hof ein. Dann werden die Mengen an Gülle und Mist und an benötigtem Dünger fürs nächste Jahr ausgehandelt. Es wird viel gelacht und getrunken. Und weil es immer mehr Dünger zu verteilen gibt, sind auch die Nachbarn da, die selber keine Kühe haben. Es ist auch ein Dankeschön an alle Beteiligten und eine Anerkennung dafür, dass man Teil eines Netzwerks ist, ohne das der Einzelne nicht agieren könnte.

Auf diese Partner zählt Petermann für die nächsten 20 Jahre.

Entgegenkommen der Gemeinde

In Lignerolle war die Eigeninitiative gross. Eine aktive Unterstützung durch die Gemeinde war nicht notwendig. Trotzdem tat es gut, zu wissen, dass die Gemeinde hinter dem Projekt steht und ihre positive Haltung gegenüber dem Kanton und den Einwohnern signalisiert, meint Frédéric Petermann. Die positive Einstellung dem Projekt gegenüber zeigt sich auch an der Unterstützung bei Planungshürden, wie Zufahrtswegen oder Umzonungen.

Bei grösseren Anlagen könnte sich Frédéric Petermann auch vorstellen, dass die Gemeinde hilft, entsprechende Partner aus dem lokalen Gewerbe zusammenzuführen. Denn ein neutraler Vermittler zwischen den lokalen Akteuren fördert die Zusammenarbeit und ermöglicht Projekte, die ein Betrieb alleine nicht umsetzen könnte. Diesen

Austausch aktiv zu fördern und bestehende soziale Strukturen im Dorf zu unterstützen, könnte von der Gemeinde als wichtige Investition in einen lokalen Wirtschaftsfaktor angesehen werden.

*Katharina Lindenmann
Biomasse Suisse*



Vater und Sohn Petermann beim Bau ihrer Anlage im Jahr 2013. Bild: Agrogaz Lignerolle

Biomasse Suisse

Petermann père et fils sind Mitglied von Biomasse Suisse. Biomasse Suisse fördert die stoffliche und energetische Nutzung von Biomasse in der Schweiz. Der Verband setzt sich für ökonomisch und ökologisch sinnvolle Lösungen ein. Er bündelt und vertritt die Interessen der Akteure der Branche.

So können Gemeinden künftige Betreiber von Biogasanlagen direkt fördern:

- Biogaspotenzial erheben (zum Beispiel im Rahmen des Energiestadtprozesses)
- Antragsteller unterstützen mit Informationen, Vermittlung an Fachpersonen und interessierte Partner
- Planungsgrundlagen optimieren (Baureglement, Zonenplan, Richtplan, Inventare, Entwicklungskonzepte)
- Grüngutsammlung organisieren und kommunizieren
- kommunale Netzwerke und Initiativen fördern
- Unterstützung der Anlage kommunizieren (zum Beispiel, indem die Gemeinde Anteilscheine zeichnet)

Zusätzliche Unterstützung im Biogasbereich:

- ein Fernwärmenetz mit Einbezug der Biogasanlage als Wärmequelle nutzen
- gemeindeeigene Liegenschaften mit Biogas beheizen
- getroffene Massnahmen kommunizieren

Anzeige

Kommunaltour 2018

Sehen, fahren und staunen mit Verpflegung auf Platz:

- 4. Juli 3053 Diemerswil**
- 5. Juli 1580 Avenches**
- 6. Juli 1110 Morges**
- 10. Juli 8500 Frauenfeld**
- 11. Juli 8049 Zürich**
- 12. Juli 6014 Luzern**



Genauere Infos unter www.ott.ch/news

Industriestrasse 49
3052 Zollikofen
031 910 30 10

ein Geschäftsbereich der Ott Landmaschinen AG





Das sind die Bausteine zum Energiewunder Liechtenstein

Liechtenstein ist ein starker Wirtschaftsstandort, rund die Hälfte der Erwerbstätigen pendeln aus dem nahen Ausland zu. Entsprechend hoch ist der Energiebedarf. Trotzdem ist das Land Vorbild auf dem Weg zur Energiewende.

Die Energiestadt-Geschichte Liechtensteins beginnt 2003 mit der Aufnahme der Gemeinde Triesen in den Trägerverein Energiestadt und deren erster Zertifizierung als Energiestadt im Jahr 2004. Zehn Jahre später sind alle elf Gemeinden des Landes mit dem Label ausgezeichnet, und das Fürstentum darf sich als «Energiland» bezeichnen. Vier Gemeinden haben in den letzten vier Jahren bereits die 70%-Marke in der Bewertung überschritten. Die Energiestrategie 2020 des Landes Liechtenstein hat sich

das ehrgeizige Ziel gesetzt, dass alle Gemeinden das Label Energiestadt Gold erreichen.

Pro Kopf ein Arbeitsplatz

Mit welchen Massnahmen haben Liechtensteiner Gemeinden die bisherigen Erfolge erzielt, und wo geht es in Zukunft hin? Vorweg einige Fakten. Liechtenstein liegt am Rhein, eingebettet zwischen den Kantonen St. Gallen im Westen und Graubünden im Süden sowie dem Österreicher Bundesland Vorarlberg im

Osten. 37 810 Einwohner (2016) verteilen sich auf 160 km² Fläche, wobei nur 17 km² als Siedlungsfläche gelten. Land ist also knapp. Schaan, die grösste Gemeinde, hat rund 6000 Einwohner. Die kleinste Gemeinde heisst Planken und ist mit ihren 450 Einwohnern auch die kleinste Energiestadt überhaupt. Nicht jeder weiss, dass Liechtenstein ein starker Wirtschaftsstandort mit rund 37 000 Arbeitsplätzen ist, wovon über die Hälfte der Erwerbstätigen aus dem nahen Ausland zupendeln. Zum Vergleich: In der



Die Energiebrücke Schaan-Buchs ermöglicht den Anschluss von Industriebetrieben in den Liechtensteiner Gemeinden Schaan und Gamprin-Bendern an die Fernwärme der Kehrichtverbrennungsanlage im st.-gallischen Buchs.

Bild: zvg.

dem zu einer wichtigen Verbindung für den Fuss- und Radverkehr zwischen den Ländern geworden. Insbesondere Pendler wissen es täglich zu schätzen, dass Buchs mit Schaan über diesen Weg nahezu frei vom Autoverkehr verbunden ist.

Energiekataster der Gemeinden mit Verbrauchsdaten pro Gebäude

Neben dem Anschluss an die Fernwärme der Kehrichtverbrennungsanlage Buchs wurden in Liechtenstein in den vergangenen Jahren mehrere Holzwärmeverbünde und die Holzheizwerke Triesenberg-Malbun (2012) sowie Balzers (2014) in Betrieb genommen, die öffentliche Gebäude, Gewerbe, Industrie und Private mit umweltfreundlicher Wärme versorgen. Im Rahmen ihrer Energieplanung haben einige Gemeinden auf ihrem Gebiet Studien zur Wärmeversorgung in Auftrag gegeben oder sich an Studien von potenziellen Investoren finanziell beteiligt. Grundlage für die Energieplanung sind die Energiekataster der Gemeinden, in denen alle zwei Jahre Energieverbrauchsdaten pro Gebäude erfasst werden. Ergebnisse sind beispielsweise der 2013 umgesetzte Wärmeverbund im Industriegebiet von Ruggell, wo die Bäckerei Wohlwend AG Abwärme an Nachbargebäude verkauft, oder der 2017 in Betrieb genommene Wärmeverbund des neuen Gewerbegebietes Ober Au in Gamprin-Bendern. Dort werden Holzabfälle der Zimmerei Franz Hasler AG thermisch verwertet.

Schweiz kommen auf zehn Einwohner nur sechs Arbeitsplätze. Dadurch ergibt sich, dass der Energieverbrauch des Landes Liechtenstein bezogen auf seine Einwohnerzahl grösser ist als der der Schweiz und dass diese Zahl bei überproportional wachsender Wirtschaft weiter steigt.

Kleine Gemeinden mutmassen oft, die grösseren Gemeinden hätten es einfacher, «Energienstadt-Punkte zu sammeln». Fragt man bei den grossen Gemeinden nach, so ist die Meinung genau umgekehrt. Fakt ist, dass sich die Gemeinden Liechtensteins strukturell stark voneinander unterscheiden und dementsprechend jede Gemeinde ihre individuellen Herausforderungen im Energienstadt-Prozess zu bewältigen hat. Schaan, Eschen-Nendeln und Gamprin-Bendern haben eine starke Industrie, deren Anteil am Stromverbrauch auf dem Gemeindegebiet jeweils über 80 % beträgt. Beim Wärmeverbrauch sind es rund 70 %. Der grosse Hebel für Energieeffizienzmassnahmen und zur Erhöhung

des Anteils erneuerbarer Energie liegt dort folglich im Sektor Gewerbe, Industrie und Dienstleistungen.

Eine Brücke für Fernwärme, Fussgänger und Velofahrer

Einen grossen Beitrag zur erneuerbaren Wärmeversorgung hat 2009 das Leuchtturmprojekt Energiebrücke Schaan-Buchs mit dem Anschluss an die Fernwärmeder Kehrichtverbrennungsanlage Buchs geleistet. Nach der Energiestatistik 2016 können rund 18% des gesamten Wärmeverbrauchs des Landes der KVA-Fernwärme zugeordnet werden. Damit wurden fossile Brennstoffe substituiert und Treibhausgasemissionen erheblich reduziert. Mehrere Industriebetriebe in Schaan und Gamprin-Bendern werden mit Ferndampf beliefert. Die Gemeinden haben die Rahmenbedingungen für dieses Projekt geschaffen. Neuerdings wird auch Wärme aus der Kondensatrückleitung im Gewerbe- und Industriegebiet Gamprin-Bendern genutzt. Die Energiebrücke ist ausser-

Gemeinden schreiben Bau- und Mobilitätsstandards für Investoren vor

Das Gewerbegebiet Ober Au in Gamprin-Bendern ist darüber hinaus auch besonders, weil sich die Gemeinde hier rechtzeitig in der Planungsphase mit den Investoren auf höhere Baustandards als gesetzlich vorgeschrieben geeinigt hat und die angesiedelten Unternehmen zur Umsetzung von Mobilitätskonzepten verpflichtet wurden. Wie wirkungsvoll die Massnahmen sind, wird sich nach einem Jahr Betriebszeit Anfang 2019 im ebenfalls vorgeschriebenen Controllingprozess zeigen.

Bezüglich Mobilität ist die Nachbargemeinde Eschen-Nendeln sogar noch einen Schritt weiter gegangen. In ihrer Bauordnung fordert sie für grössere Bauten Mobilitätskonzepte. Mobilität ist eines der dringlichsten Themen dort, denn zu den Stosszeiten bilden sich auf der Hauptachse lange Staus vor der Rheinbrücke. Im Gegensatz zu Eschen-Nendeln hat die kleinste Energienstadt, Planken, kaum Staus zu befürchten. Dennoch ist auch dort die Mo-

VORARBEITER

FAGSI Mietcontainer für
Baustelleneinrichtungen.

Schnell.
Flexibel.
Effizient.
www.fagsi.ch



Aktuell informiert mit dem Newsletter

Abonnieren unter: tinyurl.com/SGV-Newsletter



Denn ich vertraue einem soliden Partner

Die Previs Vorsorge gehört zu den zehn grössten Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen. Eine langjährige Tradition im Service Public, flexible Vorsorgelösungen und Servicequalität auf höchstem Niveau – dafür engagieren wir uns seit 60 Jahren.

Zwei starke Partner: Schweizerischer Gemeindeverband SGV und die Previs.

www.previs.ch



FOLLOW
US ON TWITTER

@CH_Gemeinden



Die Photovoltaikanlage im Gewerbegebiet Gamprin mit einer Leistung von 354 kWp.

Bild: zvg

bilität ein wichtiges Thema. 2015 hat sie ein Carsharing-Projekt gestartet und ein Elektromobil beschafft, das neben der Gemeindeverwaltung der Bevölkerung über die Buchungsplattform Sharoo zur Verfügung steht.

Förderprogramme für Energieeffizienz

Mit Förderprogrammen unterstützen die Gemeinden Liechtensteins Investitionen in Massnahmen zur Reduktion des Energieverbrauchs und zur Nutzung erneuerbarer Energien. Förderbeiträge von geschätzt 100 Franken pro Einwohner und Jahr werden zusätzlich zu den auf dem Energieeffizienzgesetz basierenden Landesbeiträgen ausbezahlt. Neben kontinuierlich sinkendem Wärmeverbrauch für die Beheizung von Gebäuden hat die Förderung unter anderem dazu beigetragen, dass heute viele Photovoltaikanlagen in Betrieb sind. Pro Einwohner ergibt sich ein Wert von rund 0,6 kWp, was Weltspitze ist. In der Schweiz liegt diese Quote bei 0,2 kWp pro Einwohner. Alle Gemeinden des Landes haben sich dazu verpflichtet, die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft zu verfolgen, und haben dementsprechend Absenkpfade für Primärenergiebedarf und Treibhausgasemissionen aufgestellt. Zwischen 2011 und 2016 sank der nach dem 2000-Watt-Bilanzierungsmodell ermittelte Primärenergieverbrauch aller Gemeinden von rund 8300 auf 7800 Watt pro Einwohner. Die Treibhausgasemissionen wurden im gleichen Zeitraum von 8,8 auf 7,4 Tonnen CO₂-Äquivalente pro Einwohner reduziert. Ob der prognostizierte Verlauf tatsächlich realisiert wird, wird die Zukunft zeigen. Die ersten Schritte sind getan.

Behörden setzen auf Biogas und Holz

Gemeinden haben eine grosse Vorbildrolle für die Bevölkerung. Dazu zählt die Umsetzung hoher Gebäudestandards für Bau und Bewirtschaftung öffentlicher Gebäude. Nahezu alle Gemeinden Liechtensteins beziehen für ihre selbst genutzten Liegenschaften 100% Ökostrom. Bei der Wärmeversorgung setzen sie ebenfalls auf erneuerbare Energie, zum Beispiel auf Wärmeverbände mit Holz. Erwähnenswert ist, dass Balzers und Ruggell für ihre Erdgasheizungen 100% Biogas beziehen, das in der Abwasserreinigungsanlage Gamprin-Bendern erzeugt wird. In Schellenberg liegt der Biogasanteil bei 60%. Die Energiebuchhaltung mit EnerCoach wird verwendet, um Massnahmen zu planen und umzusetzen und den Nachweis der Wirkung zu erbringen. In den vergangenen sechs Jahren konnten die Treibhausgasemissionen aller gemeindeeigenen Liegenschaften um 25% reduziert werden. Die Zusammenarbeit der Gemeinden untereinander und mit den Nachbargemeinden im Rheintal wird grossgeschrieben. Es gibt zweimal jährlich Erfahrungsaustauschtreffen, an denen sich die Energiestadt-Verantwortlichen der Region über aktuelle Themen und geplante Massnahmen austauschen. Die Liechtensteiner Gemeinden sind auf dem richtigen Weg, und Planken und Ruggell sind beide in ihrer Strategie auf «Gold-Kurs».

Almut Sanchen
Energiestadt-Beraterin



Das Gewerbegebiet Ober Au in Gamprin-Bendern deckt aktuell 86 Prozent des Wärmebedarfs durch Wärmeerzeugung mit Holzabfällen aus der Zimmerei. Die Verteilung erfolgt über ein Wärmenetz. Ergänzt werden die Massnahmen durch ein Mobilitätskonzept mit Controlling und Photovoltaikanlagen mit 354 kWp Gesamtleistung.

Bild: zvg



*Windkraftanlagen bedürfen einer
eigentlichen Richtplanfestsetzung, das hat
das Bundesgericht in seinem Urteil zum
Windkraftprojekt «Schwyberg» klargemacht.
Im Bild eine Windturbine im Entlebuch.*

Bild: Felix Brönnimann



Wie viel Wende bringt die Energiewende vor Gericht?

Wird die Energiestrategie 2050 die Gewichte zwischen Schutz- und Nutzungsinteressen in der Praxis tatsächlich verschieben? Eine Analyse früherer einschlägiger Bundesgerichtsurteile geht dieser Frage nach.

Zusammen mit den erforderlichen Anpassungen in der Energieverordnung (EnV) ist das Energiegesetz (EnG) am 1. Januar 2018 in Kraft getreten. Mit den Artikeln 12 bis 14 EnG ist ein deutlicher Akzent zugunsten der Energieproduktion bzw. zulasten des Landschaftsschutzes verbunden. Während Standorte innerhalb eines sogenannten Biotopschutz-Inventars des Bundes (Auen-, Trockenwiesen- und Amphibienlaichgebiete von nationaler Bedeutung) oder eines Wasser- und Zugvogelreservates ausgeschlossen sind, wird der Bau von Energieproduktionsanlagen innerhalb des Inventars von Landschaften und Naturdenkmälern von nationaler Bedeutung (BLN) erleichtert. Das Interesse der Gewinnung von Wasser- oder Windkraft hat neu ab einem bestimmten Schwellenwert (Art. 8 und 9 EnV) nationale Bedeutung und wird auf die gleiche Stufe

wie das BLN-Objekt gestellt. Das hat zur Folge, dass eine Interessenabwägung mit dem Schutzgut ermöglicht wird. Die Umweltverbände und die Eidgenössische Kommission für Natur- und Heimatschutz (ENHK) befürchten unter dem neuen Regime massive Landschaftseingriffe. Das Bundesgericht konnte sich wegen der erst seit einem halben Jahr geltenden Bestimmungen noch nicht mit der Auslegung der neuen Bestimmungen auseinandersetzen. Ein Blick auf ältere exemplarische Entscheide des Bundesgerichts im Bereich Energieproduktion und Natur- und Landschaftsschutz zeigt aber, dass die juristischen Fallstellen nicht allein mit der energiegesetzlichen Neuordnung aus der Welt geschafft werden.

Im wohl umstrittensten Fall im letzten Jahr musste sich das Bundesgericht mit der geplanten Erhöhung des Stauspie-

gels des Grimselsees auseinandersetzen (BGE 143 II 241, Urteil vom 5. April 2017). Hier ging es um die rechtliche Frage, ob der Bundesrat bei der erstmaligen Festsetzung des Perimeters der «Moorlandschaft» die Erweiterungspläne der Kraftwerksbetreiber berücksichtigen durfte. Grundsätzlich verbietet Art. 78 Abs. 5 BV eine Interessenabwägung; das Bundesgericht ging hier einen pragmatischen Weg, gewährte dem Bundesrat in dieser speziellen Konstellation einen grossen Ermessensspielraum und liess in beschränktem Mass auch eine Interessenabwägung zu.

Für andere Energiegrossojekte lässt sich aus der rechtlichen Argumentation des Bundesgerichts wegen der Besonderheit des Sachverhalts wenig herleiten. Auch das neue Energiegesetz hat keine relativierenden Auswirkungen auf den absoluten Schutz der Moore von



Blick auf die beiden Stauseen des Grimselkraftwerks, das von den Kraftwerken Oberhasli AG (KWO) betrieben wird.

Bild: KWO

nationaler Bedeutung. Eine in diese Richtung zielende Standesinitiative des Kantons Bern wurde am 6. März 2018 vom Ständerat abgewiesen (Standesinitiative Nr. 16.316).

Windenergieanlagen

Ende 2016 hat das Bundesgericht die raumplanungsrechtlichen Vorgaben für die konkrete Planung von Windenergieanlagen verdeutlicht. Der Entscheid zeigt zudem exemplarisch Mängel bei Massnahmen zum Vogel- und Fledermausschutz und in der Interessenabwägung mit dem Landschaftsschutz auf. Die wichtigsten Erkenntnisse aus dem Urteil zur Windkraftparkzone am Schwyberg in den Gemeinden Plaffeien und Plasselb (FR) vom 26. Oktober 2016 (1C_346/2016) sind: Windkraftanlagen bedürfen einer eigentlichen Richtplanfestsetzung im Sinne von Art. 5 Abs. 2 Bst. a Raumplanungsverordnung (RPV). Es genügt also nicht, lediglich allgemeine Standort- und Ausschlusskriterien festzulegen. Es muss nachvollziehbar sein, wie sich die Richtplanfestsetzung zu diesen Kriterien verhält. Der Standort der Anlage muss somit einer stufengerechten umfassenden Interessenabwägung unterzogen werden; es müssen also bereits auf Richtplanstufe die Gegeninteressen miteinbezogen werden. Auch die Auseinandersetzung mit Alternativstandorten gehört dazu. Im vorliegenden Fall wurden die erforderliche räumliche Abstimmung in der Richtplanung ungenügend

vorgenommen und die Ergebnisse der Abwägungen (insbesondere für die Standortwahl) unzureichend begründet. Das Bundesgericht äusserte sich anschliessend auch eingehend zu den Massnahmen, welche die Vogel- und Fledermausmortalität durch die Rotoren reduzieren bzw. verhindern sollten, sowie zum Landschaftsschutz. Es ruft in Erinnerung, dass auch im konkreten Nutzungsplanverfahren verschiedene rechtliche Hürden bestehen bleiben. Im konkreten Fall hätten die Windräder einen Ersteingriff in ein kulturellandschaftlich besonders wertvolles Gebiet bedeutet, und die naturschutzrechtlichen Ersatzmassnahmen waren weder rechtlich abgesichert noch wirkungsvoll. Schliesslich haben es die vorinstanzlichen Behörden versäumt, sich mit der Fledermausproblematik ernsthaft auseinanderzusetzen. Es gilt im Hinblick auf künftige Verfahren festzuhalten, dass das Bundesgericht keine abschliessende Interessenabwägung vorgenommen, sondern auf die verschiedenen Mängel aufmerksam gemacht hat. Dabei hätte auch die neue Energiegesetzgebung nichts geholfen. Sie bringt aber das verstärkte Gewicht der Verwirklichung in die Interessenabwägung ein. Als Quintessenz gilt, dass eine sorgfältige Interessenermittlung, -abwägung und -optimierung bereits auf Richtplanstufe die wichtigste Weichenstellung für die Bewilligungsfähigkeit derartiger Projekte ist.

Kleinwasserkraftanlagen

Die Auseinandersetzung zwischen Nutz- und Schutzinteressen wurde in der Vergangenheit oft an Kleinwasserkraftanlagen ausgetragen. Diese haben bereits unter altem Recht vermehrt bundesgerichtliche Unterstützung erhalten. Während das Bundesgericht im Entscheid BGE 140 II 262, Urteil vom 2. April 2014 (Obergomis; Gonerliwasser) eine solche Anlage noch wegen des zu grossen landschaftlichen Eingriffs abgelehnt hat, sah es im Urteil 1C_357/2015 vom 1. Februar 2017 (Blatten [VS]) keinen Anlass mehr, von einer schweren Beeinträchtigung des BLN-Objekts bzw. Unesco-Objekts auszugehen. Mit Blick auf die Energiegesetzgebung ist festzuhalten, dass die geplante Anlage am Gonerliwasser mehr als 20 GWh/a produziert hätte und damit von nationalem Interesse gewesen wäre. Da auf der anderen Seite lediglich eine Landschaft von kantonaler Bedeutung als Schutzgegenstand im Spiel war, wäre die Anlage unter neuem Recht wahrscheinlich bewilligt worden. Im Gegensatz dazu hätte das unter den Schwellenwert fallende Kraftwerk in Blatten (VS) (5 GWh/a) keine nationale Bedeutung gehabt.

Fazit

Die jüngste Bundesgerichtspraxis lässt nicht den Schluss zu, dass sich die Produktion erneuerbarer Energie unter neuem Recht vermehrt gegen Schutzinteressen durchsetzen wird. Die veranker-

ten (sehr tiefen) Schwellenwerte werden zwar die abschliessende Interessenabwägung beeinflussen. Doch geht es stets um vielschichtige Einzelfälle, die sich nicht nur auf den Interessengegensatz Landschaftsschutz und Energieproduktion reduzieren lassen. Die rechtlichen Stolpersteine für die Realisierung beschränken sich, wie gesehen, eben nicht nur auf das Gewicht der auf dem Spiel stehenden Interessen. Die Behörden und Promotoren solcher Anlagen sind deshalb angehalten, unter Berücksichtigung der Schutzinteressen eine sorgfältige Standortevaluation vorzunehmen und die Verfahren «handwerklich» richtig durchzuführen. Auch politische Kehrtwendungen sind denkbar. So regt sich bereits jetzt, einige Monate nach Inkraft-

treten des Energiegesetzes, Widerstand (Motion Nr. 18.338) gegen die tiefen Schwellenwerte gemäss der revidierten Energieverordnung (Art. 8, Wasserkraft, und Art. 9, Windkraft).

Massgebend für die Zahl und die Schärfe der Auseinandersetzung wird auch sein, welche ökonomischen Anreize (KEV, Lenkungsabgaben) gesetzt werden. Ob und wie die Energiestrategie 2050 die Gewichte zwischen Schutz- und Nutzungsinteressen in der Praxis tatsächlich verschieben kann, bleibt deshalb offen.

*Reto Schmid, lic. iur., Rechtsanwalt,
Geschäftsführer der Vereinigung für
Umweltrecht (VUR)*

Gerichtsurteile zum Umweltrecht

Die Vereinigung für Umweltrecht (VUR) wurde 1986 gegründet und versteht sich als gesamtschweizerische Informationsplattform in Fragen des Umweltrechts. Sie ist bestrebt, Fachleuten aus der öffentlichen Verwaltung, aus der Advokatur, der Wissenschaft und der Privatwirtschaft ein breit gefächertes Programm zur Information und Weiterbildung im Bereich des schweizerischen Umweltrechts zu bieten. Ab 2018 erläutern Exponenten der VUR in der «Schweizer Gemeinde» regelmässig Gerichtsent-scheide zu Fragen des Umweltrechts.

Weitere Informationen unter:
www.vur-ade.ch



Das projektierte Kleinwasserkraftwerk Gonerliwasser im Obergoms fand kein Gehör vor Bundesgericht. Der Eingriff in die Landschaft sei zu gross, urteilten die höchsten Schweizer Richter.

Bild: EnAlpin

Anzeige

DIE GRAFFITISCHUTZ-SPEZIALISTEN

www.desax.ch

DESAX AG

Ernetschwilstr. 25
8737 Gommiswald
T 055 285 30 85

DESAX AG

Felsenastr. 17
3004 Bern
T 031 552 04 55

DESAX AG

Ch. Mont-de-Faux 2
1023 Crissier
T 021 635 95 55

Graffitischutz
Betonschutz
Desax Betonkosmetik
Betongestaltung
Betonreinigung


DESAX
Schöne Betonflächen

Schweizer Fahrende: So funktioniert der Vorzeigeplatz

Klare Regeln, die auch mal gebogen werden können: Das ist einer der Erfolgsfaktoren des Durchgangs- und Standplatzes im Aarauer Schachen. Er ist ganzjährig offen, Schweizer Fahrenden vorbehalten und funktioniert seit 2012.



Der Durchgangs- und Standplatz im Schachen bei Aarau ist ganzjährig geöffnet und bietet Platz für rund 15 Wohnwagen. Dass hier zweimal pro Woche ein Auto der Stadtpolizei vorfährt, ist bei den Fahrenden akzeptiert.

Bilder: Barbara Spycher

Ein gekieserter Platz mit einem Toilettenhäuschen aus Blech: Das ist der Vorzeigeplatz für Fahrende in der Schweiz. Er liegt am Rande der Stadt Aarau, an der Kantonsstrasse nach Solothurn, gleich neben einer Wiese und einem Wäldchen, dem Aarauer Schachen. 13 Wohnwagen und einige Autos stehen an diesem Vormittag drauf, ein paar Frauen und Kinder sitzen auf Klappstühlen unter den Vorzelten und plaudern.

Die Polizei als Platzwart

Von Hans Umbricht, der in Polizeiuniform mit dem Polizeiauto vorfährt, lassen sie sich nicht aus der Ruhe bringen. Man ist die Polizei hier gewohnt: Sie ist zuständig für den Betrieb des Platzes. Wer auf den Platz möchte, muss sich auf dem Polizeiposten anmelden. Zweimal pro Woche fährt eine Patrouille vorbei und kontrolliert, ob alle Anwesenden angemeldet sind und niemand länger bleibt als abgemacht. «Anfangs», erzählt Polizist Hans Umbricht, «haben sich die Fahrenden schon daran gestört, von der Polizei empfangen und kontrolliert zu

werden.» Er habe ihnen erklärt, dass sie nicht in ihrer Funktion als Polizisten auftreten, sondern als Platzwarte, und mittlerweile sei das höchstens noch bei Fahrenden ein Thema, die zum ersten Mal auf dem Aarauer Platz haltmachen.

«Wenn es funktioniert, ist es gut»

Die meisten Fahrenden aber kommen regelmässig in den Aarauer Schachen. So auch Cindy Moser, eine Frau, die gerade mit ihrem Hündchen von einem Spaziergang im nahen Wald zurückkommt. Vor zwei Tagen ist sie mit ihrer jenseitigen Familie aus Zürich angereist und war froh, dass der Platz noch leer war. Reservieren kann man nicht. Sie mussten sich dann aufteilen, denn sie waren mit 50 Wohnwagen unterwegs, und im Aarauer Schachen hats nur Platz für deren 15. Während ihr Mann heute bei der Arbeit ist – «er macht mit Alteisens, wie alle in der Familie» –, schaut sie zu Hause zu den Kindern. Ihr Zuhause, das ist im Winter eine Wohnung im Kanton Luzern und nun für rund einen Monat der Aarauer Schachen. Wo's danach

weitergeht, das weiss sie noch nicht. Es sei nicht einfach, denn es gebe nicht genug Plätze. Im Aarauer Schachen ist sie gern: «Es ist ein schöner Platz.»

Hans Umbricht kennt sie von ihren Aufenthalten im Schachen, und sie sagt: «Er ist lieb – und wir sind lieb.» Dann lacht sie. Und doch dürfte sie damit einen Punkt angesprochen haben, der nicht unwesentlich ist. Hans Umbrichts Motto ist: «Wie man in den Wald ruft, so schallt es heraus.» Sein Auftreten ist freundlich, er ist menschlich und lässt mit sich reden. Als die Fahrenden bei der Eröffnung des Platzes beispielsweise wünschten, selber bestimmen zu können, wo sie ihre Wohnwagen abstellen, sagte Umbricht: «Wir versuchen es. Wenn es funktioniert, ist es gut, sonst verteilen wir fixe Platznummern.» Es hat funktioniert, und damit ist eines von Umbrichts Zielen erreicht: «Wir wollen möglichst wenig mit dem Platz zu tun haben.»

Regeln und Entgegenkommen

Angesprochen auf Erfolgsfaktoren, sagt Umbricht: «Es ist wohl ein Puzzle aus

vielen verschiedenen Faktoren. Sicher braucht es aber klare Regeln, die auch mal gebogen werden können.» Dies dürfe aber nur mit guten Begründungen geschehen, und nur vom Verantwortlichen, damit immer gleich begründet werde. Im Schachen ist er das, als Leiter der Sektion Gewerbe bei der Stadtpolizei. Als beispielsweise ein Fahrender länger als 30 Tage bleiben wollte, weil seine Frau wegen Schwangerschaftskomplikationen im Spital war, gewährte ihm das Umbricht. «So etwas ist für alle nachvollziehbar.»

Kantonale Defizitgarantie

Schweizweit gilt der Platz im Schachen als Vorzeigepplatz. Behörden aus anderen

Einmal im Monat werden die WC-Anlagen von einer Reinigungsfirma geputzt, sonst sind die Benutzerinnen und Benutzer dafür zuständig. Unwesentlich für die Fahrenden, aber relevant für die Gemeinde Aarau: Der Kanton trägt das finanzielle Risiko.

Feuer machen im Grünen

Auch Daniel Huber, der als Präsident der Radgenossenschaft die Schweizer Jenischen und Sinti vertritt, lobt den Aarauer Schachen: «Es ist einer der besten Plätze.» Er sei schön gelegen, nicht eingezäunt, habe zweckmässige Sanitäranlagen, und man dürfe auch Feuer machen. Das sei für die Kultur der Jenischen und Sinti wichtig. Als einzigen Kritik-

sere Probleme als diese gebe es nicht mit dem Fahrenden-Platz in Aarau, sagt Umbricht. Die Polizei habe nie ausrücken müssen, sie hätten nie ein Platzverbot ausgesprochen, und auch Reklamationen von Anwohnern oder Spaziergängern gebe es keine. Jedenfalls nicht, seit der Platz saniert und 2012 als offizieller Durchgangspplatz eröffnet wurde. Schon vorher hätten die Fahrenden viele Jahre auf der Wiese im Schachen haltgemacht, doch damals stand nur ein Toitoy-WC dort. Manche ausländischen Fahrenden hätten Wald und Wiese als Klo benutzt, sagt Umbricht, sodass diese manchmal mit Fäkalien verschmutzt waren. Damals habe es Reklamationen gegeben. Dann wurde ein Häuschen mit Sanitäranlagen gebaut, die Wiese gekiest, und der Platz ist seither Schweizern und Fahrenden mit C-Ausweis vorbehalten. Im nahen Kaiseraugst gibt es dafür einen Platz für ausländische Fahrende. Der Aarauer Schachen wiederum ist mittlerweile im Sommer wie im Winter offen. In der kalten Jahreszeit sind es ganz pragmatische Herausforderungen wie wintertaugliche Wasseranschlüsse, die es zu meistern gilt. Und so lautet Umbrichts Fazit: «Es ist bei den Fahrenden wie bei den Sesshaften: Die einen verhalten sich vorbildlich, andere etwas weniger.»



«Anfangs haben sich die Fahrenden daran gestört, von der Polizei empfangen und kontrolliert zu werden. Mittlerweile ist das kein Thema mehr.»

Hans Umbricht, Leiter der Sektion Gewerbe bei der Stadtpolizei Aarau.

Landesteilen kommen vorbei, lassen sich das einfache Sanitärhäuschen mit Toiletten und Duschen zeigen und das Organisatorische erklären: Bei der Anmeldung erhalten die Fahrenden gegen Bezahlung eines Depots einen Schlüssel für die Eingangsbarriere, die Sanitäranlagen und den Stromanschluss sowie eine Prepaidkarte. Damit werden Strom und Duschen individuell abgerechnet.

punkt erwähnt Huber das Depot von 200 Franken, das für manche Familien zu hoch sei. Umbricht sagt dazu: «Die Depotgebühren sind auf allen Aargauer Plätzen gleich hoch, und man kriegt es ja wieder zurück.» Wenn jemand Ergänzungsleistungen oder IV beziehe, erlasse er das Depot.

Gelegentliche Diskussionen um Tarife und das Vorzeigen der Ausweise: Grös-

Barbara Spycher

Bei der Anmeldung erhalten die Fahrenden gegen Bezahlung eines Depots einen Schlüssel für die Eingangsbarriere, die Sanitäranlagen und den Stromanschluss sowie eine Prepaidkarte. Damit werden Strom und Duschen individuell abgerechnet.

Bilder: Barbara Spycher



In Brügg sind ausländische Fahrende willkommen

Eine Gemeinde im Berner Seeland zeigt, dass es funktionieren kann: Sie eröffnet einen Transitplatz, vorerst auf zwei Jahre befristet, für ausländische Fahrende. Freiwillige aus der Bevölkerung arbeiten in einer Taskforce mit.



Der Transitplatz in Brügg zwischen der Autobahn, einem Wäldchen und einem Industriegebiet aus der Vogelperspektive. Blick in den Bus mit den Waschmaschinen. Auch die Duschen werden von den Romafamilien in einem separaten Wagen mitgeführt. Bilder: zvg/Barbara Spycher

«Seit wir den Transitplatz für ausländische Fahrende eröffnet haben, ist Ruhe.» Das sagt Marc Meichtry, Gemeindepräsident von Brügg bei Biel. Es ist ein bemerkenswerter Satz in einer Zeit, in der sich schweizweit kaum Gemeinden finden, die neue Halteplätze für Fahrende anbieten wollen. Noch schwieriger wird es, wenn es um Plätze für ausländische Fahrende geht, denen ein schlechter Ruf vorausseilt. Doch Marc Meichtry, Gemeindepräsident der 4300-Einwohner-Gemeinde Brügg im Berner Seeland, hat es geschafft, seine Gemeinderatskollegen sowie die Bevölkerung von seinem Konzept zu überzeugen. Sein erstes Fazit – Mitte Mai, nach zwei Wochen Betrieb – fällt positiv aus: «Es ist alles viel einfacher seither.» Denn schon länger machten ausländische Fahrende, insbesondere Romafamilien aus Frankreich, regelmässig in Brügg Halt und liessen

sich auf leer stehenden Brachen oder Feldern nieder.

Das Dossier ist Chefsache, und jede Familie schliesst Vertrag mit Gemeinde

Gemeindepräsident Meichtry erklärte das Dossier zur Chefsache, handelte mit Fahrenden und Landbesitzern Spielregeln aus, und so hatte er immer mal wieder Telefonate und Einsätze deswegen, auch am Wochenende. Seit den Fahrenden ein fixer, offizieller Platz zur Verfügung steht, sei alles geregelter. «Es ist jetzt vergleichbar mit Mietern.» Der Platz sei ideal gelegen, fernab von Wohnhäusern oder Büros, eine Taskforce kümmere sich um den Betrieb, es gebe keine Probleme mehr mit Dreck in der Umgebung. Wobei: Am Vortag habe ein Taskforce-Mitarbeiter im Wäldchen, das an den Fahrenden-Platz angrenzt, zum ersten Mal Fäkalien entdeckt. Man müsse nun allerdings aufpassen mit einer Vor-

urteilung: Der Verursacher könnte auch jemand anderer sein. Trotzdem wurden die Fahrenden auf die Entdeckung hingewiesen und darauf, dass das nicht toleriert wird. So steht es auch im Vertrag, den jede Familie mit der Gemeinde Brügg abschliesst: Die Umgebung darf nicht als Toilette gebraucht werden, Abfälle gehören in die bereitgestellte Abfallmulde, die WC-Anlagen sind täglich zu reinigen, Hausieren ohne Bewilligung ist verboten, mit der Taskforce und Mitarbeitenden in Läden ist ein freundlicher Umgang zu wahren. Diese und weitere Punkte werden von Mitarbeitenden der Taskforce überprüft, die nebst Meichtry, einem weiteren Gemeinderat und dem Finanzverwalter aus zehn Freiwilligen besteht.

Freiwillige aus der Bevölkerung

Dieser Einbezug von Freiwilligen ist eine Besonderheit am Brügger Konzept, und

in den Augen Marc Meichtrys einer der Gründe, wieso es in der Bevölkerung keine Opposition gegen den Platz gab. Denn er versprach den Einwohnerinnen und Einwohnern, dass sie einbezogen würden. Es meldeten sich mehrere Personen, jede hat eine Aufgabe bekommen. Ein pensionierter Betriebsweibel ist zuständig für das Einfordern der Ausweise, eine Frau erkundigt sich regelmässig bei den benachbarten Firmen, ob es Reklamationen gebe, andere sind für das Ablesen von Strom- und Wasserzählern, das Ausstellen der Verträge oder das Kontrollieren der Platzregeln zuständig. «Ohne Freiwillige könnten wir diesen Einsatz nicht leisten», sagt Meichtry.

Mehr Abfall, höherer Preis

Meichtry selber ist der Chef der Taskforce und der Einzige, der den Schlüssel zur Schranke hat, um Fahrende auf den Platz und wieder wegfahren zu lassen. Er kennt einige der Romafamilien, seit er als neu gewählter Gemeindepräsident vor dreieinhalb Jahren zum ersten Mal mit ihnen zu tun hatte. So auch Yves Demestre, Oberhaupt einer Romafamilie aus dem Elsass, die seit der Eröffnung des Platzes dort stationiert ist. Demestre nennt Meichtry «Monsieur Marc» und bietet ihm eine Tasse Kaffee unter seinem Vorzelt an. «Ihr habt neue Stühle und Pflanzen», stellt Meichtry fest. «Die Pflanzen sind von den Frauen, sie wollen es schön haben», entgegnet Demestre und erzählt, er sei soeben Grossvater geworden. «Vier Kilogramm schwer ist die Kleine!» Meichtry gratuliert, fragt nach dem Namen des Kindes und kommt dann auf das grosse Abfallvolumen in den ersten zwei Wochen zu sprechen. «Ihr habt die Mulde in einer Woche gefüllt, wir gingen von zwei Wochen aus. Wir müssen deshalb die Tagesmiete erhöhen, von 15 auf 17 Franken pro Wagen.» Demestre nickt nur.

Plätze für 20 bis 30 Wagen wären ideal

Sie plaudern weiter, irgendwann setzt sich auch Demestres Frau Dolores dazu. Es ist ruhig auf dem Platz, der abgeschirmt zwischen der Autobahn, einem Wäldchen und Industrieanlagen steht und auf dem 20 Wohnwagen und zahlreiche Autos stehen: Ein paar Kinder spielen, zwei Hühner gackern, und aus einem VW-Bus hört man das Drehen von Waschtrommeln. Zwei Waschmaschinen stehen drin, gefüllt mit weissen Bettlaken. Auch Duschen führen die Romafamilien in speziellen Wagen mit. Deshalb reicht ihnen ein Kiesplatz mit Strom- und Wasseranschluss, Abfallmulde und Toilette, so wie hier in Brügg. «Das Einzige, was wir uns wünschen, sind mehr solche

offizielle Plätze in der Schweiz», sagt Demestre. «Für je 20 bis 30 Wohnwagen, das ist ideal.» Angesprochen auf Konflikte wegen Dreck und Abfall, die in Zeitungen immer mal wieder die Runde machen, sagt Demestre: «Auch deshalb sind offizielle Plätze wichtig, denn solche Probleme gibt es viel eher bei Spontan-



«Es ist einfacher, die Bevölkerung ins Boot zu holen, wenn ein Platz nur temporär betrieben wird. Mir schwebt vor, dass diese Aufgabe von verschiedenen Gemeinden im Turnus übernommen wird.»

Marc Meichtry, Gemeindepräsident von Brügg

halten, wo manchmal keine Abfallmulde und keine Toiletten zur Verfügung stehen.» Ausserdem gebe es auch bei den Roma Gute und Schlechte; man dürfe nicht alle in den gleichen Topf werfen.

Bei Vertragsbruch Wegweisung

Auch deshalb setzt Marc Meichtry auf individuelle Verträge inklusive Regeln. «Wenn jemand die Regeln nicht einhält, lösen wir den Vertrag auf und weisen ihn weg.» Und er habe immer deutlich gemacht: «Wenn es nicht funktioniert, brechen wir die Übung ab.» Das hat er auch an einer Infoveranstaltung Ende März gesagt, als die Bevölkerung sich mit der Gemeindebehörde, dem zuständigen Regierungsrat, dem Regierungstatthalter und dem Polizeikommandanten austauschen konnte. Es gab keine Opposition – nur auswärtige Politiker der Jung-SVP versuchten dagegen Stimmung zu machen. Meichtry ist selber ein bisschen erstaunt ob der Akzeptanz und glaubt, dass es an den Versprechen liegt, die Bevölkerung mitmachen zu lassen, den Platz kostendeckend – ohne Steuergelder – und befristet auf zwei Jahre zu betreiben. Es sei einfacher, die Bevölkerung ins Boot zu holen, wenn ein Platz nur temporär betrieben werde. Ihm schwebt vor, dass diese Aufgabe von verschiedenen Gemeinden im Turnus übernommen wird. Wenn in seinem Amtsbezirk jede Gemeinde für zwei Jahre einen Platz für ausländische Fahrende zur Verfügung stellen würde, zum Beispiel auf Industriebrachen, dann treffe es jede Gemeinde nur alle 16 Jahre.

Stiftung plädiert für Dauerlösungen

Simon Röthlisberger, Geschäftsführer der Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende, erachtet solche temporären Angebote allerdings nicht als Parade-, sondern als Übergangslösung. Er lobt das Engagement der Gemeinde Brügg: «Es ist toll, dass sich eine Gemeinde proaktiv

für einen Platz für ausländische Fahrende einsetzt und die Bevölkerung überzeugen kann.» Das trage zur Entspannung der Lage nicht nur in Brügg, sondern im ganzen Berner Seeland bei, wo Plätze für ausländische Fahrende fehlen. Doch grundsätzlich brauche es nicht lediglich Lösungen auf Zeit, sondern in erster Linie gesicherten Lebensraum für Fahrende. Man dürfe nicht vergessen, dass die Realisierung eines solchen Platzes ein Kraftakt sei. «Der Aufwand ist gross, der Kanton sowie Fachleute und die Nutzer selbst müssen mit einbezogen werden.» Die Suche nach Plätzen für Fahrende würde zur Daueraufgabe, falls nur noch temporäre Plätze das Ziel wären. Es müssten fortlaufend neue Standorte gesucht, evaluiert und in Betrieb genommen werden, sagt Röthlisberger. «Es fehlt für Jenische und Sinti schweizweit an 26 Winter- und 41 Durchgangsplätzen für kurze Aufenthalte in den Sommermonaten. Für fahrende Roma aus dem EU-Raum braucht es mindestens rund sechs zusätzliche grosse Plätze. Bund, Kantone und Gemeinden sind aufgefordert, zusammen dauerhafte Lösungen im Sinne von raumplanerisch gesicherten Plätzen zu finden.»

Barbara Spycher

Wenn Fahrende spontan beim Bauern haltmachen

Es braucht nicht nur offizielle Plätze für Fahrende, sondern auch die Möglichkeit, dass sie bei Bauern spontan für einige Wochen haltmachen dürfen. Das funktioniert in vielen Fällen gut, so auch bei Landwirt Markus Glaus.



Markus Glaus aus dem zürcherischen Bäretswil vermietet sein Land seit Jahren temporär an Fahrende.

Bild: Archiv Radgenossenschaft

Sie rufen vorher an. Oder sie fahren mit dem Auto vor, um zu fragen, ob sie ihre Wohnwagen auf seinem Land abstellen dürfen. Sie, das sind immer die gleichen Familien von Jenischen, Sinti, manchmal auch Roma. Er, das ist Landwirt Markus Glaus aus dem zürcherischen Bäretswil. Einer derjenigen Landwirte, die seit Jahren gute Erfahrungen machen mit Fahrenden und ihnen deshalb immer mal wieder für einige Wochen Gastrecht gewähren.

Halten, wo es Arbeit gibt

Das nennt sich spontaner Halt und ist ein wesentlicher Teil der Kultur der Jenischen, Sinti und Roma. Zudem ist es für manche Fahrende die einzige Möglichkeit, in der Schweiz zu reisen, da es nicht genügend offizielle Plätze gibt. «Angesichts des Platzmangels gewinnt der

spontane Halt an Bedeutung», sagt Simon Röthlisberger von der Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende. Es gehe aber nicht um ein Entweder-oder. «Die Möglichkeit des spontanen Halts ist auch als Ergänzung zu offiziellen Plätzen wichtig. Denn dort zu halten, wo es Arbeit gibt, gehört zur fahrenden Lebensweise.» Aus raumplanungsrechtlicher Sicht spreche nichts dagegen, wenn Bauern ihre «Hostet» Jenischen, Sinti und Roma während einiger Wochen im Jahr vermieten und die notwendige Grundinfrastruktur wie Wasser und Toiletten zur Verfügung stellen.

Gemeinden als Verhinderer

National gibt es zwar keine explizite rechtliche Regelung zu solchen Spontanhalten, aber auf der Basis von Raumplanungsgesetz und Bundesgerichtsent-

scheiden hat sich die Praxis durchgesetzt, dass Landwirte ihr Land pro Jahr zweimal vier Wochen Fahrenden zur Verfügung stellen dürfen.

Solche Spontanhalte führen immer mal wieder zu Konflikten, manchmal artet die Situation aus, und davon liest man dann in den Zeitungen. Etwa weil Fahrende länger bleiben, mehr Wohnwagen als abgemacht abstellen oder Dreck und Fäkalien zurücklassen. Manche Gemeinden versuchen deshalb, Spontanhalte zu verhindern. Beispielsweise indem Polizeireglemente so verschärft werden, dass für allfällige Sicherheitskosten die Landbesitzer zur Rechenschaft gezogen werden. «Wir beobachten mit Besorgnis, dass Spontanhalte in verschiedenen Gemeinden eingeschränkt werden», sagt Röthlisberger. «In der Regel funktioniert der spontane Halt sehr gut, viele

Bauern kennen die Fahrenden auf ihrem Land seit Jahren.» Wichtig seien aber klare Abmachungen zwischen Landbesitzern und Nutzenden.

Merkblätter mit praktischen Tipps

Um einen reibungslosen Ablauf von Spontanhalten zu fördern, haben deshalb verschiedene kantonale Bauernverbände sowie die Radgenossenschaft – die Dachorganisation der Schweizer Jenischen und Sinti – Merkblätter erarbeitet mit praktischen Tipps für Landbesitzer. Der Aargauer Bauernverband empfiehlt beispielsweise, vorgängig einen schriftlichen Mietvertrag abzuschliessen und ein Depot einzukassieren. Darauf verzichtet Landwirt Markus Glaus im zürcherischen Bäretswil, aber er hat Platzregeln aufgestellt, die auf zwei A4-Blättern am Scheunentor angeschlagen sind. Der Abfall sei in der bereitgestellten Mulde zu entsorgen, Essensreste auf dem Miststock, und Fahrzeuge gehörten nicht auf die Wiese, steht dort beispielsweise. Als wichtig erachtet er auch den täglichen Kontrollgang über den Platz, «gleich wie ein Platzwart auf einem Campingplatz». 19 Franken pro Übernachtung und Wohnwagen verlangt

Markus Glaus. Darin sind Strom, Wasser, Dusche und WC inbegriffen.

Gute Erfahrungen seit zwölf Jahren

Seit zwölf Jahren beherbergt Glaus Fahrende. Damals fand er, das seien ja «normale Leute», und er wäre an ihrer Stelle auch froh um eine Haltemöglichkeit. Also hat er es mit ihnen probiert. «Es hat immer gut funktioniert», sagt er. Ein einziges Mal habe er in all den Jahren die Polizei gerufen, weil sich Fahrende nicht an seine Regeln halten wollten. Beschwerden von Dritten habe es keine gegeben. Er hole jeweils bei der Gemeinde eine Bewilligung ein, und die Polizei komme gelegentlich vorbei, um zu kontrollieren.

Differenzen wegen der Anzahl Halte

Seit 2015 gibt es zwischen Markus Glaus und dem Gemeinderat von Bäretswil allerdings Differenzen darüber, in welchem Umfang der Landwirt sein Land Fahrenden zur Verfügung stellen darf. Landwirt Glaus würde sein Land gerne dreimal vier Wochen pro Jahr vermieten. Für ihn setzt sich Daniel Huber ein,

Präsident der Radgenossenschaft, welche die Schweizer Jenischen und Sinti vertritt. Er sagt: «Es fehlt an Plätzen, und nun haben wir hier einen Bauern, der keine Probleme mit Jenischen, Sinti oder Roma hat.» Der Gemeinderat hingegen hat die neue Regelung des Kantons, die seit Ende 2017 in Kraft ist, übernommen: «Wir sind froh, dass der Kanton hier Klarheit geschaffen hat», sagt Teodoro Megliola, Gemeindepräsident von Bäretswil. Gastrecht für Jenische, Sinti und Roma gibt es auf dem Hof von Markus Glaus also weiterhin. Aber nur noch acht statt zwölf Wochen pro Jahr.

Barbara Spycher

Anzeige



Die IT-Lösung für Städte und Gemeinden

easy government



nest setzt neue Massstäbe - für Einwohnerdienste, Steuerverwaltungen und den Bereich Gebühren/Werke. Mehr als 480 Städte und Gemeinden vertrauen auf **nest**.

Die Software

- ◆ ermöglicht den elektronischen Austausch mit Bund, Kanton, Gemeinden
- ◆ hilft, Geschäftsfälle via Portal zu erledigen (etwa E-Umzug)
- ◆ macht Papier im Meldewesen überflüssig
- ◆ integriert Systeme anderer Hersteller
- ◆ enthält ein komfortables Dokumentenmanagement inkl. Vertragsmanagement

Eine Software von **innosolv** und **KMS**
www.nest.ch

Die Schulkinder finden den «Klassen-Opa» einfach klasse

Die Gemeinde Kriens (LU) hat ihre «Seniorinnen und Senioren im Klassenzimmer» mit dem Anerkennungspreis für gute Jugendarbeit ausgezeichnet. Wie das Projekt funktioniert, zeigt ein Besuch im Schulzimmer.



Sechs Buben und drei Mädchen stürmen in den Werkraum des Schulhauses Grossfeld 1 in Kriens. «Grüezi Herr Zeder», rufen sie dem 71-Jährigen schon von der Türe aus zu, noch bevor sie ihre Werklehrerin Rita Gut begrüßen. Beat Zeder macht beim Projekt «Seniorinnen und Senioren im Klassenzimmer» mit. Aktuell unterstützt er eine fünfte Primar-klasse alle zwei Wochen am Dienstag-nachmittag im Fach Werken. Für den

gelernten Werkzeugmacher ist das ein perfekter Einsatzort, wie sich bald zeigen wird.

Anerkennung und Wertschätzung

Seit 2005 stehen Seniorinnen und Senioren regelmässig in den Klassenzimmern der Volksschule Kriens im Einsatz. Aktuell bereichern 22 «Klassen-Omas» und «Klassen-Opas» den Schulalltag mit ihrem Wissen und ihrer Lebenserfah-

rung. Meist alle zwei Wochen (manchmal auch wöchentlich) besuchen sie dieselbe Klasse während zwei bis vier Lektionen in Fächern wie Mathematik, Deutsch, Natur-Mensch-Gesellschaft, Turnen oder eben Werken, wie Beat Zeder. Dabei profitieren alle: Für die Senioren ist der Einsatz eine sinnstiftende Tätigkeit, für die Lehrpersonen eine Entlastung und für die Kinder eine Bereicherung. Im letzten Herbst wurde den Krienser Seniorinnen

und Senioren im Klassenzimmer eine besondere Ehre zuteil. Die Gemeinde überreichte ihnen den mit 3000 Franken dotierten Anerkennungspreis für gute Jugendarbeit. Beat Zeder freute sich über das positive Echo in den Medien. «Und natürlich ist der Preis eine schöne Wertschätzung für unsere Arbeit – auch wenn ich persönlich erst seit drei Jahren dabei bin.»



Der Kontakt zwischen den Lernenden und dem Senior Beat Zeder ist herzlich und respektvoll.

Bild: Astrid Bossert Meier

Mit Kombizange an den Milchzahn

Inzwischen sind alle Schülerinnen und Schüler im Werkraum eingetroffen. Lehrerin Rita Gut beginnt den Nachmittag mit einem kleinen Spiel. Jedes Kind soll das auf einem Bild abgedruckte Werkzeug aus dem Schrank holen. Gemeinsam versuchen die Fünftklässler, dem Werkzeug den korrekten Namen zu geben. Von der Beisszange über die Raspel oder Feile bis zur Kombizange. Auf die-

sem Gebiet ist Senior Beat Zeder Spezialist. Schliesslich ist er gelernter Werkzeugmacher. Er erklärt den Kindern den Unterschied zwischen Raspel und Feile und erzählt, dass ihm sein Vater die lockeren Zähne jeweils mit einer Kombizange ausgezogen habe. Die Zahn-Geschichte fasziniert die Kinder, den Begriff «Kombizange» werden sie wohl nicht mehr so schnell vergessen.

Kaum eine freie Minute

Nach dem gemeinsamen Einstieg arbeiten die Kinder an ihren Projekten weiter. Einige stellen den Küchenrollenhalter fertig, andere haben bereits den neuen Auftrag in Angriff genommen, die Herstellung eines Pingpongschlägers. Obwohl nur die Halbklassse im Werkraum ist, bleibt Beat Zeder kaum eine freie Minute. Hier hilft er einer Schülerin, die Feile richtig zu führen. Dort erklärt er einem Schüler, weshalb er erst mit dem grobkörnigen Schleifpapier beginnen und dann stets ein Feineres verwenden soll. Ganz nebenbei fragt er die Kinder immer wieder, wie denn das Werkzeug heisst das sie gerade in den Händen halten würden.

Er hilft und hat Zeit

Die Atmosphäre ist locker. Die Schülerinnen und Schüler begegnen dem Senioren jedoch mit Respekt. Und es ist offensichtlich, dass sie seine Anwesenheit schätzen. «Er hilft uns, und dann kommen wir schneller vorwärts», sagt Aldrin (11). Sein Schulkamerad Ibrahim (12) ist derselben Meinung: «Frau Gut kann nicht alles machen. Dann hilft uns Herr Zeder, das ist sehr nett.» Yael (10) findet es «megacool», den Senioren im Klassenzimmer zu haben. «Er erklärt viel, auch bei den Maschinen. Zum Beispiel hat er mir gesagt, dass man die Haare zusammenbinden soll, damit sie nicht in die Maschine geraten.» Und Zacharias (11) hat dank Beat Zeder sogar seine Einstellung zum Fach Werken revidiert. «Früher mochte ich es gar nicht. Doch jetzt habe ich Freude daran. Herr Zeder hat immer Zeit für uns und hilft uns gern.»

Wie die Jungen ticken

Beat Zeder hat in einem Zeitungsartikel über das Projekt «Senioren im Klassenzimmer» gelesen. Die Idee begeisterte ihn, und kurzerhand meldete er sich bei der Schulleiterin. Seither steht er im Einsatz. «Es ist wirklich eine Win-win-Situation», sagt er. «Ich lerne, wie die Jungen ticken und was sie beschäftigt. Und gleichzeitig kann ich ihnen etwas mit auf den Lebensweg geben.» Werklehrerin Rita Gut empfindet die Mitarbeit des Se-

niors als Entlastung. «Wir können individueller arbeiten, und wir haben mehr Zeit, den Kindern Sachen zu erklären oder zu helfen.» Dazu komme, dass Beat Zeder als ehemaliger Handwerker Spannendes aus der Berufswelt zu erzählen wisse. «Auch das ist ein Gewinn.»

Arbeit im «Ameisenhaufen»

Doch es gibt auch Herausforderungen. Anfänglich war die Lautstärke im Werkraum für Beat Zeder manchmal grenzwertig. Er hat den Kindern gesagt, dass ihm der Einsatz im Klassenzimmer keinen Spass mache, wenn es so laut sei. Tatsächlich habe sich die Situation verbessert. «Ich will die Klasse nicht verändern. Aber ich versuche, etwas Ruhe einzubringen, damit sich die Kinder bei der Arbeit besser konzentrieren können.» Schulleiterin Christa Scherer kennt diese Thematik. «Eine der grössten Herausforderungen für Senioren ist, dass es im Klassenzimmer oft lebhaft, manchmal halt auch etwas laut zu und her geht. Das kann anstrengend sein.» In einem Kennenlerngespräch bereitet sie neue Seniorinnen und Senioren darauf vor, erklärt ihnen die Bedürfnisse der Schule und versucht, den bestmöglichen Einsatzort für die Person zu finden. Auf der anderen Seite bittet sie auch die Lehrpersonen um etwas Rücksichtnahme, wenn Senioren nicht mehr so schnell sind, vielleicht nicht mehr so gut hören oder auch mal was vergessen. «Es braucht einfach gegenseitiges Verständnis, und dann sind die Senioren im Klassenzimmer wirklich eine Bereicherung.»

Die Ruhe nach dem Sturm

Schon sind die zwei Werkstunden vorüber. Kurz vor drei Uhr gehts ans Aufräumen. Jedes Kind hat ein Ämtli, bald ist der Werkraum wieder sauber. Die Fünftklässler verabschieden sich mit Handschlag von «ihrem» Senior und von der Lehrerin. Dann ist es plötzlich ganz ruhig im Raum. Ist Beat Zeder zufrieden mit dem Nachmittag? «Würde es mir nicht gefallen, wäre ich nicht da», antwortet er augenzwinkernd und mit einem Lächeln auf den Lippen.

Astrid Bossert Meier

Finanzierung als Herausforderung

Kriens ist eine von 37 Gemeinden im Kanton Luzern, die bei «Seniorinnen und Senioren im Klassenzimmer» mitmachen. Finanziert wird das Projekt je zur Hälfte von der Dienststelle Volksschulbildung und von Pro Senectute.

Was verlangen Sie von Seniorinnen und Senioren, die beim Projekt mitmachen wollen?

Graziella Bättig, Projektleiterin «Seniorinnen und Senioren im Klassenzimmer» bei Pro Senectute Kanton Luzern: Es sind keine speziellen pädagogischen Vorkenntnisse nötig, denn die Verantwortung für den Unterricht und für die Kinder bleibt jederzeit bei der Lehrperson. Seniorinnen und Senioren unterrichten die Lernenden also nie alleine, sondern sie sind eine Ergänzung und Entlastung.

Gibt es ein Minimalalter oder eine Altersguillotine?

Bättig: Das Angebot steht Seniorinnen und Senioren offen, sobald sie das AHV-Alter erreicht haben. Nach oben gibt es keine Begrenzung. Der älteste aktive Senior ist 89 Jahre alt und hat einen Riesenspass an seinen Einsätzen.

Was ist aus Sicht von Pro Senectute die grösste Herausforderung am Projekt «Seniorinnen im Klassenzimmer»?

Bättig: Schwierigkeiten in den Teams gibt es sehr selten. Was uns etwas Sorge bereitet, ist das deutliche Stadt-Land-Gefälle im Kanton Luzern. In Stadtnähe haben wir mehr Seniorinnen und Senioren als Lehrpersonen. Auf dem Land jedoch gelingt es uns fast nicht, die Plätze an den Schulen zu vergeben. Die Gründe dafür konnten wir noch nicht abschliessend erörtern. Die grösste Herausforderung ist – wie bei vielen anderen tollen Projekten – die Finanzierung. Wir betreuen rund 240 Teams in 37 Gemeinden. Das ist sehr aufwendig. Ein Ausbau des Angebots ist aufgrund der fehlenden finanziellen Mittel momentan leider nicht möglich.

Astrid Bossert Meier

Eine Idee – viele Varianten

In zwölf Kantonen existiert das Projekt Seniorinnen und Senioren im Klassenzimmer: Aargau, Basel, Bern, Graubünden, Luzern, Nidwalden, Obwalden, Schaffhausen, Solothurn, Thurgau, Zug und Zürich. Die Idee ist überall ähnlich, die Projekte laufen aber teilweise unter anderen Bezeichnungen wie beispielsweise «win3» im Kanton Bern oder «Generationen im Klassenzimmer» im Kanton Zürich. Die Seniorinnen und Senioren arbeiten grundsätzlich freiwillig, erhalten jedoch teilweise Spesenentschädigung, Vergünstigungen bei Pro-Senectute-Angeboten oder werden zu Dankeschön-Anlässen eingeladen.

Auch die Finanzierung des Angebots ist kantonal unterschiedlich geregelt. Im Kanton Luzern (rund 240 Freiwillige) beispielsweise übernehmen Pro Senectute und die Dienststelle Volksschulbildung je die Hälfte der Kosten. Für die Schulen fallen keine zusätzlichen Ausgaben an. Im Kanton Zürich (rund 830 Freiwillige) hat Pro Senectute Kanton Zürich mit 90 Schulgemeinden eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen. Je nachdem, ob die Schule die Koordination der Freiwilligen selber leistet oder diese Aufgabe an Pro Senectute delegiert, kommt ein anderer Kostenteiler zur Anwendung. In jedem Fall muss jedoch die Schule mindestens 50 Prozent der anfallenden Kosten übernehmen. Im Kanton Bern (rund 600 Freiwillige) wird das Projekt von der Gesundheits- und Fürsorgedirektion und der Erziehungsdirektion finanziell unterstützt. Die Schulen beteiligen sich pro Freiwilligen und Jahr mit einem Beitrag von 100 Franken. Im Kanton Aargau (rund 500 Freiwillige) bezahlen Schulen für die rund einjährige Aufbauphase pauschal 500 Franken an Pro Senectute Aargau. Anschliessend beteiligen sie sich mit rund 100 Franken pro eingesetzten Senior und Jahr.



Der ehemalige Werkzeugmacher Beat Zeder erklärt einem Schüler den Unterschied zwischen Raspel und Feile.

Bild: Astrid Bossert Meier

VIELSEITIGE ELEKTRONISCHE ZUTRITTSLÖSUNGEN

SYSTEMARCHITEKTUR je nach Anforderung online, offline, funkvernetzt, Cloud-basiert und mobil.

SYSTEMPLATTFORM mit Türbeschlägen und -zylindern, Wandlesern, Spindschlossern, Software, Apps u. v. m.

SYSTEMKOMPONENTEN für Innen- und Aussentüren, automatische Türsysteme, Tore, Aufzüge, Spinde, Möbel, Zufahrten u. v. m.

SALTO
inspiredaccess



SALTO Systems AG
info.ch@saltosystems.com
www.saltosystems.ch

Spezialgebiet: Alleskönner.



Egal ob schaufeln, fräsen, mähen oder kehren – dank starker Hydraulik, zahlreichen Optionen und einer Vielzahl möglicher Anbaugeräte verwandeln sich unsere Radlader in echte Alleskönner! Wir bieten Ihnen das ideale Multitool für jede Herausforderung – sprechen Sie uns noch heute an!

Kontaktieren Sie uns:

www.wackerneuson.ch
verkauf-ch@wackerneuson.com



**WACKER
NEUSON**
all it takes!

01. JUNI BIS 31. JULI 2018
BEIM KAUF EINES AKKU AB ULIB700

+

1 RASION

=

SPAREN BIS ZU CHF 500.-



BIS ZU 5 STD./5000M³ MÄHEN

SCHWEIZER GENERALIMPORTEUR
SORTIMENT UND FACHHÄNDLER: TAMAG.CH

PELELENC

Freiwillige aus aller Welt packen im Naturpark zu

Die Jugendaustauschorganisation SCI hilft Gemeinden bei der Bewältigung von gemeinnützigen Aufgaben, so etwa hilft sie der Organisation «Landschaftskonzept Neckertal» in der Gemeinde Neckertal (SG).



26 Hände aus sieben Nationen sind in der Gemeinde Neckertal (SG) bereit zum Anpacken: Im Juli 2017 findet hier ein zweiwöchiger Einsatz des Service Civil International (SCI Schweiz) statt. Die internationalen Freiwilligen reisen aus aller Welt in die Schweiz: Mit 22 Stunden Reise waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Mexico am längsten unterwegs, nur zwei Stunden brauchten die Teilnehmer aus der Region. Jetzt geht es ums gegenseitige Kennenlernen: «Wie heisst ihr?», «Was habt ihr auf eurer Reise in die Schweiz erlebt?», «Was motiviert euch, am Projekt teilzunehmen?»

In die Fonduetradition eingeweiht

Die Motivationen sind so unterschiedlich wie die Teilnehmer auch. Die Antworten reichen von neue Freunde aus aller Welt kennenlernen und Spass haben am Entdecken neuer Kulturen bis hin zum Wunsch, der Gesellschaft und der Natur etwas zurückzugeben.

Untergebracht waren wir in Wil (SG), wo uns eine Familie in ihrem Heim herzlich willkommen hiess. So waren wir im Dorfleben integriert und erkundeten

unsere Umgebung neugierig. Unsere Gastgeber weihen uns in die Fonduetradition ein, und gemeinsam probierten wir uns durch zehn Schokoladensorten, um die beste zu küren.

Während des Einsatzes unterstützten wir die Organisation «Landschaftskonzept Neckertal», mit der wir tagsüber im Wald arbeiteten. Da nur wenig Sonnenlicht die unteren Schichten in dichten Wäldern erreicht, weisen diese eine geringere Biodiversität auf. Lichte Waldränder hingegen stellen einen besonders wertvollen Lebensraum dar. Um die Wälder zu lichten, schnitten wir Äste, sammelten sie und türmten sie zusammen mit halbierten Baumstämmen zu grossen Haufen.

Unterhaltsarbeiten im Wald, Ausflüge in die Stadt und in die Berge

Auch gruben wir Teiche und Drainagekanäle, angeleitet und begleitet von Mitarbeitern des Projekts «Landschaftskonzept Neckertal». Auch hier mit dem Ziel, vorhandene Lebensräume aufzuwerten. An kalten und nassen Tagen wärmten wir uns am Feuer oder tanzten durch den

Wald, um uns bei Laune zu halten. In dieser Zeit lernten wir viel über Unterhaltsarbeiten eines Waldes sowie über die verschiedenen Möglichkeiten zur Förderung der Artenvielfalt und der Biodiversität. In unserer Freizeit erholten wir uns am Ufer des nahegelegenen Necker, spielten Spiele und erkundeten St. Gallen. Ein Highlight war die Wanderung auf den Säntis mit einem Schwamm im Seealpsee. Für einige Teilnehmer war dies der erste Besuch in der Bergwelt und somit besonders beeindruckend.

Wir besuchten einen lokalen Biobauernhof, da einige der Freiwilligen vorher noch nie die Möglichkeit gehabt hatten, einem Bauern beim Melken zuzusehen – sie kannten die Milch und andere Produkte eines Bauernhofes nur aus dem Supermarkt. Vom Biobauern bezogen wir während des Projekts Milch und Eier. Der Landwirt erklärte uns den Unterschied zwischen konventionellen und biologischen Betrieben, die Wichtigkeit von Biodiversität auf dem Bauernhof sowie den respektvollen Umgang mit dem Land und den Tieren.



Noch heute, beinahe ein Jahr nach dem SCI-Einsatz, bestehen die Freundschaften weiter. Viel dazugelernt, neue Freunde gefunden, aus dem Alltag ausgebrochen, der Gesellschaft und der Natur etwas zurückgegeben: Das SCI Workcamp hat all diese Erwartungen erfüllt.

Jona Dagan, SCI Schweiz

Der Service Civil International SCI

Der SCI Schweiz organisiert seit 1920 internationale Freiwilligeneinsätze. Er bietet Einsatzmöglichkeiten auf der ganzen Welt an, vom zweiwöchigen Workcamp bis zum einjährigen Langzeiteinsatz, Sprachkurs oder Berufspraktikum. Umgekehrt kommen Freiwillige aus anderen Ländern in die Schweiz, um gemeinnützige Projekte durch Freiwilligenarbeit zu unterstützen.

www.scich.org



Teiche und Drainagekanäle graben, dunkle Stellen in den Wäldern lichten: Unter der Anleitung der Organisation «Landschaftskonzept Neckertal» leisteten die Freiwilligen des Service Civil International (SCI) im letzten Sommer einen zweiwöchigen Einsatz zugunsten der Biodiversität. Auch Sport, Spass, Kulinarisches und Kultur kamen nicht zu kurz.

Bilder: SCI

Freiwillige bieten Kindern aus Asylzentren ein Kreativprojekt

Der SCI setzt sich für Frieden zwischen den Nationen ein. Der erste Einsatz wurde kurz nach dem ersten Weltkrieg von einem Schweizer in Verdun (F) organisiert. In der Schweiz kommen etwa Kinder von Asylsuchenden zum Zug.



Gebastelte Kunstwerke aus dem Kulturprojekt Dynamo, das diesen Frühling stattgefunden hat.

Bilder: Melissa Ettlér

«An einem kalten Februartag im Slackline-Training in Zürich traf ich Marc-André, den damaligen Koordinator des Kreativprojekts im «Dynamo». Er fragte mich, ob ich das Kreativprojekt dieses Jahr organisieren möchte, ich war sofort interessiert. Bereits am nächsten Tag sass ich mit ihm in der «Chuchi am Wasser». Er erzählte mir vom SCI Schweiz, den Asylzentren AOZ und ORS, davon, dass es in früheren Jahren so ausgesehen hatte, als würden zu wenig Kinder am Kreativprojekt mitmachen, obwohl dann trotzdem 30 Kinder dabei waren. Der SCI Schweiz unterstützt das Projekt durch Koordination, Promotion und Medienarbeit. Die «Chuchi am Wasser» kocht, und das Jugendzentrum Dynamo stellt die Räume zur Verfügung. Ich war hochmotiviert, mich durchzuschlagen, aber auch ein bisschen unsicher, wo und wie ich mit der Organisation anfangen sollte. Die ersten E-Mails von interessierten Freiwilligen kamen bereits am nächsten Tag, und es brauchte nicht viel Überredungskunst, um einige meiner Freunde dabeizuhaben. Die Telefonanrufe an die Durchgangszentren, Notunterkünfte und Bundesasylzentren erinnerten mich daran, warum ich nicht das KV gemacht hatte – das Telefonieren ist nicht mein Lieblingsjob. Ich kreierte Exceltabellen mit Kontaktangaben, traf den Projektverantwortlichen des SCI und organisierte das erste Treffen mit den neun freiwilligen Helferinnen und Helfern.

Wir merkten schnell, dass wir das Kreativprojekt auf drei Tage kürzen mussten, da die meisten Freiwilligen nicht länger freinehmen konnten. Studentinnen, Lehrer, Pflegefachpersonen, Theaterschaffende, Tänzerinnen und Tänzer und Softwareentwickler brachten ihre Erfahrungen mit Kindern in die Gruppe ein. Wir bildeten unterschiedliche Gruppen: Einige boten Bastel-Aktivitäten, andere boten Theater, Tanz und Spiele an. Die Leitung des Asylzentrums Juch war begeistert von unserem Projekt und hat uns super unterstützt. So wurde der Transport der Kinder organisiert, was sehr geholfen hat. Kinder aus anderen Zentren durften zum Teil nicht oder nur an einem Tag teilnehmen, weil die Eltern die Kinder nicht jedes Mal bringen konnten. Alle AOZ, also die staatlich organisierten Zentren, waren sehr schnell im Antworten.

Zu Beginn des Kreativprojekts ging vieles schneller als erwartet. Wir lernten die Kinder rasch kennen und wussten bald, wie wir eines von ihnen in ein Spiel einbeziehen konnten. Die Kinder mochten uns, was durch geschenkte Bilder, Umarmungen und enthusiastische «bis Morgen!»-Rufe am Ende jedes Tages ausgedrückt wurde. Die Kommunikation zwischen den Kindern war faszinierend. Alle möglichen Sprachen wurden gemischt und ausprobiert, Gestik, Mimik und Körperkontakt wurden eingesetzt, um zu zeigen, was sie voneinander wollten. Manchmal führte dies auch zu Konflikten.

Am Abend waren wir Freiwilligen mehr «ausgepowert» als die Kinder. Eine Programmanpassung mit ein bisschen mehr Bastelzeit, dafür weniger aufgedrehtes Spielen und dazu die Routine der gleichen Spiele führten dann zu einem wesentlich ruhigeren Folgetag. Die Arbeit im Freiwilligenteam war super. Alle machten, was gerade nötig war, sei es, in der Küche zu helfen, aufgedrehte Kinder zu beruhigen, den Bastelraum aufzuräumen oder die letzten Besorgungen zu machen. Viele der Freiwilligen sind interessiert, an einem weiteren Projekt mitzuwirken. Wir alle haben die Kinder ins Herz geschlossen und hoffen, dass sie bald ein permanentes zu Hause finden.»

Melissa Ettlér, SCI Schweiz

Plattform F für Freiwilligenarbeit im Flüchtlingsbereich

Wer sich in der freiwilligen Flüchtlingsarbeit engagieren oder seine Organisation anderen bekannt machen möchte, wird auf der Plattform Ffündig. Geschaffen wurde die Plattform von einem Verein, der sich zum Ziel gesetzt hat, das Potenzial in der Zivilgesellschaft zum freiwilligen Engagement im Flüchtlingsbereich besser zu nutzen.
www.plattform-f.ch



1300 Feuerwehrkops und rund 85 000 freiwillige Feuerwehrleute stehen rund um die Uhr bereit für Notfälle. Die «Schweizer Gemeinde» war an einer Rekrutierung von Schutz und Rettung Zürich dabei.

Bild: Corinne Aeberhard

Wie lange ist die Feuerwehr noch Traumjob für Freiwillige?

Trotz fortschreitender Professionalisierung wird die Feuerwehrarbeit in der Schweiz weitestgehend von Milizformationen geleistet. Deren Rekrutierung braucht vielerorts Überzeugungsarbeit, auch wenn die freiwillige Feuerwehr immer noch zu den beliebtesten Milizämtern gehört.

Der Beruf der Feuerwehrfrau oder des Feuerwehrmanns nimmt regelmässig eine Topplatzierung in der Liste der angesehensten Berufe ein. So erstaunt es auch kaum, dass die 16 Berufsfeuerwehrkorps der Schweiz zurzeit noch keine Probleme bei der Besetzung ihrer offenen Stellen verzeichnen. Im Gegenteil: Die zahlreichen Bewerberinnen und Bewerber müssen sich einem anspruchsvollen Prüfungsverfahren stellen und werden stark selektioniert. «TV-Sendungen wie Notruf oder Jobtausch führen zu guter Bekanntheit und positivem Image in der Bevölkerung», sagt Patrick Sauzet, Abteilungsleiter Milizfeuerwehr und Zivilschutz der Stadt Zürich.

Hilfsarbeiter neben Professoren in der freiwilligen Feuerwehr

Auch die Milizabteilung von Schutz und Rettung Zürich kennt keinen Mangel an Rekrutinnen und Rekruten. Anfragen von Interessierten erreichen den Administrationschef Jürg Grüter meistens via Anmeldeformular im Internet. Grüter nimmt seinerseits Kontakt mit den Bewerberinnen und Bewerbern auf und

klärt ab, ob deren Interessen eher in Richtung Feuerwehr- oder Sanitätsdienst tendieren. Nach der Konsultation des Strafregisterauszugs werden die Kandidaten zu einem vor gut drei Jahren neu eingeführten Leistungstest eingeladen. Ist der Test bestanden, folgt die Abklärung durch einen Vertrauensarzt: Er soll feststellen, ob die Kandidatin oder der Kandidat für das Tragen eines Atemschutzgerätes tauglich ist. Diese Tauglichkeitsprüfung ist etwas strenger als jene für den üblichen Feuerwehrdienst, da den Feuerwehrleuten körperlich mehr abverlangt wird, wenn sie im Einsatz mit Atemschutz ausgerüstet ganz vorne beim Feuer retten und löschen müssen. Melden können sich Kandidaten im Alter zwischen 18 und 42 Jahren, und so treffen an einem kühlen Oktobermorgen 20 motivierte Rekrutinnen und Rekruten im Areal der Wache Süd von Schutz und Rettung Zürich ein. Das Spektrum der Berufe, welche die zukünftigen Angehörigen der Feuerwehr (AdF) des Milizkorps ausüben, ist breit, wie Beat Jud, stellvertretender Abteilungsleiter Milizfeuerwehr und Zivilschutz Stadt Zürich

weiss: «Wir rekrutieren von Hilfsarbeitern bis zu Professoren aus allen Berufsgruppen neue Feuerwehrleute».

Kraft, Ausdauer und Nerven im Test

Die Karriere in der Feuerwehr oder der Sanität beginnt für alle gleich. Sie müssen sich einem Test stellen, der die mentale und körperliche Belastbarkeit auf die Probe stellt. Wer durchschnittlich sportlich sei, sollte den Test grundsätzlich bestehen, erklärt Jud. Der Test umfasst vier Posten: In einer ersten Herausforderung müssen die Anwärterinnen und Anwärter über eine Leiter auf das Dach eines dreistöckigen Gebäudes hinauf- und wieder hinabsteigen. Dabei tragen sie ein Atemschutzgerät am Rücken, was die Aufgabe erschwert. Beim nächsten Posten müssen die Testteilnehmerinnen und -teilnehmer unter Beweis stellen, dass sie nicht unter Platzangst leiden. Unter Führung eines erfahrenen Feuerwehrmannes von Schutz und Rettung müssen sie im Untergrund des Wachgeländes einen Parcours bewältigen, bei dem es zuweilen sehr eng und völlig dunkel ist. Beim Posten drei wird es richtig sport-



Wer erfolgreich rekrutiert werden will, darf nicht unter Platzangst leiden.

Bild: Corinne Aeberhard



Im Fitnessraum der Zürcher Feuerwache werden Kraft und Beweglichkeit getestet.

Bild: Corinne Aeberhard

lich. Im Fitnessraum der Wache werden Kraft und Beweglichkeit getestet. Beim letzten Posten wird die Ausdauer mit einem Zwölfminutenlauf auf die Probe gestellt. Zur Mittagszeit ist das Testprogramm beendet, und Beat Jud erklärt zufrieden, dass alle bestanden haben.

Fusionen steigern Zahl der Einsätze und strapazieren Arbeitgeber

Nicht überall in der Schweiz haben Rekrutierungen den gleichen Erfolg. «Die Unterschiede bei der Art und Weise, wie rekrutiert wird respektive rekrutiert werden kann, sind zwischen den Kantonen und Regionen sehr gross», weiss der Direktor des Schweizerischen Feuerwehrverbands (SFV), Urs Bächtold. Er verweist auf Strukturen von Gemeinden, welche die Rekrutierung grundsätzlich schwierig machen. Sehr attraktive Wohnlagen beispielsweise und ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Eigenheimen. Die Bevölkerung sei in solchen Gemeinden meist älter und habe das Pensionsalter für den Feuerwehrdienst zum grössten Teil bereits überschritten. Weiter sei in der heutigen Gesellschaft das Freizeitangebot so breit gefächert, dass der aktive Feuerwehrdienst nur mehr eine Möglichkeit unter vielen anderen sei. Vorbei seien die Zeiten, als bereits Grossvater und Vater in der Feuerwehr gewesen seien und deshalb ganz automatisch auch der Sohn Dienst leiste. Aber auch die Entwicklungen in der Feuerwehr selbst würden dazu beitragen, dass sich immer weniger für einen Beitritt begeistern liessen. Bächtold spricht damit die in den letzten Jahrzehnten schweizweit immer mehr stattfindenden gemeindeübergreifenden Fusionen von Feuerwehrorganisationen an. Teilweise sind diesen Fusionen bereits Zusammenschlüsse von überge-

ordneten Gemeindestrukturen vorausgegangen. Die neu entstandenen Feuerwehrorganisationen haben so die Zuständigkeit für ein grösseres Gebiet übernommen, was auch zu mehr Einsätzen geführt hat. Ein Umstand, den Bächtold mit Blick auf die fachlichen Fähigkeiten der Feuerwehrleute positiv wertet. Einsatzerfahrung führe bei jeder Feuerwehrorganisation zu grösserer Effizienz und Schlagkraft. Berufsfeuerwehren zeichnen sich gegenüber Milizorganisationen genau in diesem Punkt aus. Für Milizorganisationen hingegen bedeutet eine grössere Anzahl von Einsätzen nicht nur einen Schritt in Richtung Professionalisierung, sondern auch eine gesteigerte Belastung. Die Feuerwehrleute müssen nebst ihrer Berufsarbeit Tag und Nacht zum Ausrücken bereit sein. In den meisten Feuerwehren beschränkt sich das Ausrücken während des Tages auf eine relativ kleine Gruppe innerhalb der Feuerwehr. Es sind Feuerwehrleute, die in der Einsatzregion arbeiten und zeitgerecht einrücken können. Dies bedingt aber auch, dass die Arbeitgeber die Feuerwehrleute während der Arbeitszeit ausrücken lassen. Bei der zunehmenden Anzahl von Einsätzen in fusionierten Feuerwehrorganisationen kann dieses Verständnis überstrapaziert werden, wie Bächtold aus Erfahrung weiss. Der SFV-Direktor ist selber in der Feuerwehr Burgdorf (BE) als Feuerwehroffizier aktiv und beobachtet auch in der Region Emmental einen wachsenden Missmut bei den Arbeitgebern, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Feuerwehrdienst freizustellen. Wenn sich dann jemand vor die Wahl zwischen Arbeit oder Feuerwehrdienst gestellt sieht, fällt die Wahl zugunsten des existenzsichernden Jobs aus. Bächtold: «Es ist deshalb wichtig,

dass wir von der Feuerwehr das Gespräch mit den Unternehmen suchen, um solche Situationen zu vermeiden.» Seiner Meinung nach ist denn auch der Punkt erreicht, bei dem schweizweit keine grösseren Fusionen mehr stattfinden sollten, damit der Abbau der Personalbestände gestoppt werden kann. «Die Zitrone ist ausgepresst.»

Werkhofmitarbeiter zum Feuerwehrdienst verpflichtet?

Bächtold sieht für die Gemeinden einen wirksamen Weg, ihre Feuerwehren bei Personalproblemen zu unterstützen. Mit der Verpflichtung von Gemeindemitarbeiterinnen und -mitarbeitern zum Feuerwehrdienst könnte erstens eine gewisse Zahl von Rekrutierungen sichergestellt und zweitens auch die Tagesverfügbarkeit im Feuerwehrkorps erhöht werden. Prädestiniert für eine solche Aufgabe im Pflichtenheft wären Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Werkhofs. Sie verfügen in den meisten Fällen über grosse handwerkliche Fähigkeiten, welche gerade auch im Feuerwehrdienst von grossem Nutzen sind. Weiter liegt der Werkhof in vielen Gemeinden nahe beim Feuerwehrmagazin, oder die Lokalitäten sind sogar zusammengelegt. Im Alarmfall ist also ein schnelles Einrücken möglich. In einigen Gemeinden sind gewisse Schlüsselpositionen der Feuerwehren neben- oder sogar hauptamtlich durch Gemeindeangestellte besetzt. Es handelt sich dabei in der Regel um die Position des Kommandanten und/oder jene des Materialwirts. SFV-Direktor Urs Bächtold bestätigt, dass solche «halbprofessionellen» Strukturen in der Feuerwehr zunehmen. Bei den durch Fusionen immer grösser werdenden Feuerwehren stösst das Milizsystem vorab bei Kader- und Schlüsselpositio-

nen zusehends an seine Grenzen. Eine Teilprofessionalisierung bringt allerdings einen höheren finanziellen Aufwand mit sich, den sich nicht alle Gemeinden oder Gemeindeverbände leisten können. Aber auch Gemeinden mit kleinem Budget könnten die Feuerwehr im Bereich Rekrutierung und Personalfindung wirksam unterstützen, meint Bächtold. Etwa indem der Feuerwehrkommandant bei Neuzuzügeranlässen die Organisation vorstellt. Oder indem ein Rekrutenjahr angeboten werde für neu ins Dienstalter eintretende Junge, bei denen die Gefahr bestehe, dass sie Stelle und Wohnort wechselten. Im Rekrutenjahr werden die Neuankömmlinge ans Feuerwehrhandwerk herangeführt, aber noch nicht teuer und aufwendig ausgebildet.

Der Anteil der Frauen steigt

Das «Gesicht» der Feuerwehr ist heute bei Weitem nicht mehr nur männlich. Frauen sind heute mit einem Anteil von zehn Prozent aller Angehörigen der Feuerwehren in der Schweiz vertreten. Über zehn Jahre hinweg hat der gesamte Bestand aller Feuerwehren um über einen Viertel abgenommen, während der Frauenanteil kontinuierlich zunimmt. «Bei den Frauen haben wir tatsächlich noch Potenzial», meint Bächtold. Frauen, insbesondere Mütter, verbringen wesentlich mehr Zeit in ihrer Wohngegend als Männer. Allerdings sind die Möglichkeiten für das jederzeitige Ausrücken gerade von Müttern mit kleinen Kindern beschränkt. Der Kanton Solothurn trägt diesem Umstand sogar gesetzlich Rechnung, indem er Mütter während der Betreuung ihrer Kinder bis zum Alter von 15 Jahren von der Ersatzabgabe befreit.

Thomas Eglauf, Kommandant der Feuerwehr Metzleren-Mariastein (SO), weiss um diese Problematik. Er arbeitet als Berufsfeuerwehrmann bei der Feuerwehr Basel in Schicht, seine Frau arbeitet Teilzeit, die Eltern wechseln sich bei der Kinderbetreuung ab. Da bleibt kein Raum für ein zweites Engagement in der freiwilligen Feuerwehr. Eglauf bedauert zudem, dass die Feuerwehr zwar regelmässig auf der Spitzenposition der Beliebtheit rangiert, die Bereitschaft, sich für ein Milizamt zu engagieren, aber abnimmt. Ganz nach dem Motto «Machen sollen es die anderen»!

In der Feuerwehr Metzleren-Mariastein hat sich das Rekrutierungsproblem mit dem Zusammenschluss temporär etwas entschärft. Die Feuerwehr weist gemäss kantonalen Vorschriften sogar einen Überbestand auf. «Wir können uns hier aber nicht zurücklehnen. Ohne Rekrutierung fehlen uns früher oder später die Leute, insbesondere in den wichtigen Kaderpositionen», gibt Eglauf zu bedenken. Den aussichtsreichsten Weg sieht der Berufsfeuerwehrmann und Kommandant in der persönlichen Ansprache möglicher Interessenten. Diesen Weg hat auch die Feuerwehr von Kerns im Kanton Obwalden gewählt. Kerns verzichtet auf eine Ausschreibung in den Anzeigebältern und führt auch keine Rekrutierungsveranstaltungen durch. Die Rekrutierung in den einzelnen Feuerwehren ist also so unterschiedlich wie ihre Organisationen, Kulturen und auch die Gemeindestrukturen sind. Eine Herausforderung bleibt sie überall in der Schweiz.

Corinne Aeberhard

Wieso Feuerwehr? Ich will direkt an das Feuer gehen.

Anna Zeller ist 25 Jahre alt und eine der beiden Frauen, die sich letzten Oktober dem Rekrutierungstest von Schutz und Rettung der Stadt Zürich gestellt und diesen auch bestanden haben. Die ausgebildete Pflegefachfrau war bereits vor diesem Test in der Feuerwehr Stäfa aktiv. Das Feuerwehrhandwerk und das Tragen eines Atemschutzgerätes waren für sie also nichts Neues. Als Pflegefachfrau wäre sie eigentlich prädestiniert für den Sanitätsdienst. «Das kommt für mich aber nicht infrage. Mich reizt es, direkt ans Feuer zu gehen», sagt die Feuerwehrfrau aus Leidenschaft.

Wieso Feuerwehr? Das neue Umfeld motiviert mich.

Dominique Cartwright ist 20 Jahre alt und von Beruf Koch. Er brachte am Rekrutierungsmorgen noch keinerlei Feuerwehrerfahrung mit. Der Test, bei dem eine Leiter mit Atemschutzgerät bestiegen werden musste, floss ihm ziemlich Respekt ein. Er hat ihn gemeistert, obwohl er unter Höhenangst leidet. Sein Handicap hat ihn schliesslich dann doch dazu bewegen, sich in den Sanitätsdienst einteilen zu lassen. Als grösste Motivation für einen Einstieg in die Feuerwehr nennt Cartwright die Möglichkeit, ein neues Umfeld und neue Kameradinnen und Kameraden kennenzulernen.



Mit dem Atemschutzgerät auf dem Rücken müssen die Anwärter die Leiter hoch und wieder hinunter.

Bild: Corinne Aeberhard

Es braucht ein Orchester von Helfern, damit die Musik spielt

Vom 10. bis zum 12. August finden im Städtchen Lichtensteig (SG) die 30. Jazztage statt. Damit eine Kleinstgemeinde diesen Grossanlass stemmen kann, braucht es die Behörden, das Gewerbe und Hunderte von Freiwilligen.



Mitten in der Altstadt treten die Acts wie hier James Gruntz (2015) auf.

Bild: Sascha Erni

Raphael Gygax ist gut gelaunt, als wir ihn Ende April im Café Huber treffen. In einer Woche wird der neue Präsident des Organisationskomitees (OK) zusammen mit Geni Scherrer, dem Musikdirektor, die Acts der 30. Jazztage Lichtensteig vorstellen. Das OK arbeitet seit Oktober an der Umsetzung dieses Grossanlasses. «Nach den letzten Jazztagen hatten wir einen Monat Pause. Ansonsten haben wir eigentlich das ganze Jahr über viel zu tun», lacht Gygax. Kein Wunder, denn auch dieses Jahr erwartet der Jazzclub bis zu 5000 Musikbegeisterte im «Städtli», womit sich die Bevölkerung für zweieinhalb Tage verdreifachen könnte. Eine Herausforderung nicht nur

für die Organisatoren, sondern auch für die Gemeinde selbst.

Gewinn mit überschaubarem Aufwand

Eine Herausforderung, die die Gemeindeverwaltung aber gerne annimmt, wie Stadtpräsident Mathias Müller betont. Denn Lichtensteig positioniert sich mit seinen vier Museen, Kleintheatern, Galerien und Kulturveranstaltungen generell als kreativer Ort. Durch ihre überregionale Ausstrahlung haben die Jazztage daran einen gewichtigen Anteil, so Müller. Nebst der Aussenwirkung würde der Anlass auch den inneren Zusammenhalt und die Identifikation mit dem Städtli stärken.

Auch die Verwaltung zieht mit

Die Gemeinde unterstützt den Jazzclub entsprechend aktiv bei Planung und Durchführung des Festivals. Sie spricht eine Defizitgarantie über 10 500 Franken, stellt Material und Räume kostenlos zur Verfügung, der Werkhof erfüllt gewisse Arbeiten. Die Verwaltung verzichtet zudem auf die Erhebung von Gebühren und so weit wie möglich auf den Papierkram, damit die Veranstalter den öffentlichen Raum nutzen dürfen – bei kleineren und grösseren Festzelten sowie der Hauptbühne mitten in der historischen Altstadt eine erhebliche Entlastung. Gesamthaft beläuft sich das Jazztage-Budget der politischen Gemeinde Lichten-

steig auf rund 25000 Franken. «Und das Verwaltungsteam führt am Sonntag auf eigene Initiative das Matinee-Zelt», schmunzelt Müller.

Vertrauen in Vereinsarbeit

Der Aufwand bleibe für die Gemeinde überschaubar, denn das Organisationskomitee bringe viel Erfahrung mit. «Und es arbeitet sehr seriös und professionell», ergänzt Mathias Müller. Das liegt sicher auch am langfristigen Engagement des Jazzclubs. So ist beispielsweise Raphael Gygax erst der zweite OK-Präsident. Sein Vorgänger Ueli Mauerhofer hatte ihn über zwei Jahre eingearbeitet, bevor er 2017 seine letzten Jazztage durchführte. Das zwölfköpfige Organisationskomitee erneuert sich stetig, aber langsam, das Know-how und die Kontakte bleiben so erhalten. Und die Kontakte sind, so Gygax, besonders wichtig.

Kleinveranstalter haben es nicht leicht

Seit 1989 ist das Festival gewachsen, ist internationaler und auch jünger geworden. Das mache es nicht immer leicht, die gewünschten Künstlerinnen und Künstler einladen zu können. «Als Kleinveranstalter ist es schwierig, während der Festivalsaison an solche Acts zu kommen,» sagt Gygax. Für 2018 konnte Musikdirektor Geni Scherrer unter anderem den Berner Bluesmusiker Philipp Fankhauser und die Bieler Band Pegasus als Headliner gewinnen, die Jahre zuvor



Das Organisationskomitee der 30. Jazztage Lichtensteig..

Bild: Sascha Erni

standen Acts wie Züri West, Beverley Knight, Seven oder Manfred Mann's Earth Band auf der Bühne. Kein leichtes Unterfangen, das aber dank dem Organisationskomitee gemeistert werden könne, sagt Raphael Gygax. «Ich halte nur die Fäden in der Hand.»

Gewerbe, Gemeinde und Hunderte von Freiwilligen Hand in Hand

Neben dem Booking der Künstlerinnen und Künstler stemmt das Organisationskomitee alle anderen Aspekte einer solchen Veranstaltung: Aufbau und Abbau, Werbung und Marketing, Betreuung der gut 70 Sponsoren und vieles mehr. Das Gesamtbudget bleibt dabei mit rund 580000 Franken überschaubar. Aber ohne die Unterstützung durch das lokale Gewerbe und die Gemeinde gehe es nicht – erst recht nicht ohne Freiwilligen-

engagement, betont Gygax. «Die unglaubliche Anzahl freiwilliger Helferinnen und Helfer ist wirklich einzigartig», sagt auch Müller: Den 28 Aktivmitgliedern des Jazzclubs stehen rund 325 Helfer aus der ganzen Region zur Seite.

Ob Raphael Gygax mit seinen 34 Jahren nicht vielleicht etwas jung für die vielen von ihm genannten «Fäden in der Hand» ist, wollen wir zum Abschluss unseres Gesprächs wissen. Er lacht wieder. «Die Frage habe ich schon oft gehört. Aber dann antworte ich: Wie alt war Ueli Mauerhofer, als er 1989 angefangen hat, und wie alt war er bei seinen letzten Jazztagen vor einem Jahr?»

Sascha Erni

Steffisburg hat fast 2000 Quadratmeter Tücher genäht – die BIGNIK-Decke wächst weiter

Eine Vision wird Realität: Am Pfingstmontag trafen sich die Ostschweizer Künstler Frank und Patrik Riklin mit gut 300 Personen auf dem Dorfplatz von Steffisburg (BE) zu einem Volkspicknick der ganz besonderen Art. Seit der Eröffnung der Art Container Steffisburg 2018 wurde in und um den Container 4 fleis-

sig zugeschnitten, genäht und gemeldet. Das Resultat: Eine 1939 Quadratmeter grosse Picknickdecke, die an Pfingsten den Dorfplatz und seine Umgebung bedeckte. Mithilfe von rund 500 nähwütigen Ausstellungsbesuchenden und 20 helfenden Komplizinnen wurden 277 Module produziert. Für

eine ausgelassene Stimmung beim Mittagessen sorgte das Duo «Zumgugger» (Küsu Gugger und Dave Jutzi). Aktuell weist das in der Ostschweiz stetig wachsende Tuch eine Grösse von 20000 m² auf, was rund vier Fussballfeldern entspricht. Ziel der Vision BIGNIK ist es, bis im Jahr 2053 eine Fläche von 100 Fussballfeldern zu erreichen. Steffisburg hat mit 277 Modulen zehn Prozent beigesteuert.

Mit dem wachsenden Kunstwerk setzt die Region Appenzell-St.Gallen-Bodensee bewusst auf eine neue Art des Standortmarketings unter Einbezug der Bevölkerung. «Pro Einwohner einTuch» lautet die Vision. Ziel sind 252 144 Tücher, exakt so viele wie die Einwohnerzahl der Region.

ke/dla, Bild: David Schweizer



Infos:
www.bignik.ch
www.artcontainer.steffisburg.ch

Soziokulturelle Angebote: ein Handbuch für Gemeinden

Soziokulturelle Angebote haben einen wichtigen Stellenwert in Gemeinden. Doch bei der Unterstützung, Steuerung und Koordination besteht Optimierungspotenzial, wie ein vom Bund unterstütztes Forschungsprojekt zeigt.



Familien- und Gemeinschaftszentren, Jugendtreffs, Quartierarbeit: Diese Einrichtungen werden unter dem Begriffe «soziokulturelle Angebote» zusammengefasst. Sie ermöglichen Begegnung und Austausch.

Bild: Shutterstock

Zahlreiche Gemeinden stehen heute aufgrund demografischer und wirtschaftlicher Wandlungsprozesse vor neuen Herausforderungen. Bevölkerungswachstum, viele Zu- und Wegzüge, Migration, wachsende Mobilität der Bevölkerung, Veränderungen des ehrenamtlichen Engagements und des Freizeitverhaltens sind einige davon. Die Verantwortlichen in den Gemeinden und Verwaltungen sind gefordert, die Quartier-, Freizeit- und Jugendarbeit auf die gegenwärtigen Entwicklungen abzustimmen. Wie dies in den Gemeinden heute gemacht wird und wie der Prozess verbessert und unterstützt werden kann, war Gegenstand eines Forschungsprojektes unter der Leitung der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), Soziale Arbeit.

Die Stiftung Zürcher Gemeinschaftszentren stellt hier die wichtigsten Erkenntnisse aus ihrer Sicht als Praxispartnerin des Projektes vor und zeigt Möglichkeiten der Steuerung und Weiterentwicklung von soziokulturellen Angeboten auf.

Die Rolle der Gemeinde

«Wir wollen den Vereinen nicht dreinreden und müssen auch nicht über alles Bescheid wissen, was läuft. Vieles organisiert sich von selbst.» Solche Aussagen waren im Forschungsprozess des Öfteren zu vernehmen. An dieser Meinung ist nichts auszusetzen, solange alles gut funktioniert. Lösen sich jedoch Vereine wegen fehlendem Nachwuchs auf, stellt die Elterngruppe ihre Aktivitäten ein, entstehen neue Siedlungen mit vielen neuen Einwohnerinnen und Einwohnern

mit entsprechendem Informations- und Integrationsbedarf, stellt dies viele Gemeinden vor neue Herausforderungen. Ohne Freiwillige und ehrenamtlich Tätige sind soziokulturelle Angebote nicht denkbar. Aber auch ehrenamtliche Arbeiten benötigen Unterstützung: Raumkosten, Infrastrukturkosten, Kosten für Werbung und Angebotsinformation, Personal für die Koordinations- oder Vernetzungsarbeit oder für die Arbeit in Treffs. Will eine Gemeinde auf die soziokulturellen Angebote Einfluss nehmen, muss sie sich daran beteiligen – finanziell oder mittels anderer Ressourcen wie etwa Räume und Infrastruktur, Support oder Personal. Gelder der öffentlichen Hand ermöglichen es, längerfristig zu planen, Vorstände zu entlasten, Angebote dem Bedarf entsprechend weiterzuentwickeln und ein grösseres Mass an

Nachhaltigkeit zu garantieren. Die Mitfinanzierung gibt den Gemeinden zudem den entscheidenden Vorteil, an den Entwicklungen beteiligt zu sein und eine aktivere Rolle in der Steuerung zu übernehmen.

Investitionen für Lebensqualität und Standortmarketing

Investitionen lohnen sich, und zwar in vielseitiger Hinsicht. Es liegen zwar keine Statistiken über die Pro-Kopf-Ausgaben im soziokulturellen Bereich vor, jedoch kann davon ausgegangen werden, dass der Output gemessen an den Investitionen hoch ist, insbesondere im Vergleich mit anderen Budgetposten der Gemeinde. Ein soziales Netz, ein attraktives Umfeld und Begegnungsmöglichkeiten für alle verbessern die Lebensqualität. Investitionen in soziokulturelle Angebote ermöglichen es Gemeinden, sich von anderen abzuheben. Nicht nur Faktoren wie Wohnen, Verkehrsanbindung oder der Steuerfuss sind ausschlaggebend für die Attraktivität einer Gemeinde, sondern auch die soziale Einbindung der Bevölkerung und eine vielseitige Freizeitgestaltung. Wer sich mit dem Wohnort identifiziert, ist eher bereit, sich für das Umfeld zu engagieren (und umgekehrt), sei dies in einem Verein, einer Elterngruppe, einem Seniorennetzwerk usw. Engagierte Bewohnerin-

nen und Bewohner sind ein wichtiger Wert für eine Gemeinde, denn ohne freiwilliges Engagement stirbt ein Teil des Dorf- oder Stadtlebens.

Wie werden Mittel effektiv eingesetzt?

Gespräche mit politisch Verantwortlichen und Führungspersonen der Gemeinden haben ergeben, dass soziokulturelle Angebote zwar oft in irgendeiner Form unterstützt, in der Regel aber zu wenig über Wirkungen gesteuert werden. In allen am Projekt beteiligten Gemeinden haben wir Workshops durchgeführt, in denen die Verantwortlichen diskutiert und schlussendlich festgelegt haben, welches die soziokulturellen Angebote in ihrer Gemeinde sind und welche Wirkung sie mit diesen erzielen wollen. Treffpunkte, Gemeinwesenarbeit, Jugendarbeit oder Freizeitanlagen erzielen in verschiedenen Bereichen Nutzen: Die Bevölkerung verwirklicht ihre Ideen und organisiert Aktivitäten und Veranstaltungen selbstständig. Soziale Kontakte werden gepflegt. Der Zusammenhalt, das Gemeinschaftsgefühl und die Identität mit dem Umfeld und mit der Gemeinde werden gestärkt. Informationen über das Gemeindeleben und Angebote sind einfach zugänglich gemacht. Wie gehen Gemeinden am besten vor, um die Mittel möglichst effektiv einzusetzen? Im Idealfall definiert die Ge-

meinde zunächst die erwünschten Ziele und Wirkungen und formuliert eine Strategie. Darauf aufbauend bietet die Gemeinde Vereinen und Organisationen einen Rahmen und Unterstützung an. Die Empfehlung geht dahin, einen guten Mix zwischen Selbstorganisation, Koordination, Steuerung und Unterstützung zu finden und als Gemeinde eine aktive Rolle einzunehmen. Es lohnt sich und erhöht auch die Erfolgchance einer Veränderung, alle Beteiligten ins Boot zu holen und die Interessen der Involvierten zu berücksichtigen.

Fazit

Die Analyse der ZHAW, Soziale Arbeit, und die Zusammenarbeit mit den Gemeinden haben gezeigt, dass soziokulturelle Angebote einen wichtigen Stellenwert haben. Es hat sich aber auch gezeigt, dass es im Bereich der Unterstützung, Steuerung und Koordination Optimierungspotenzial gibt. Dies mit dem Ziel, Ressourcen gezielt einzusetzen, Vorhandenes zu nutzen und auch im Bereich Soziokultur Entwicklungen in den Gemeinden nicht zu verpassen.

*Monika Cajas, Stabsstelle und Projekte,
Sabine Schenk, Geschäftsführerin,
Stiftung Zürcher Gemeinschaftszentren*

Das Forschungsprojekt «Soziokulturelle Angebote: Neue Modelle für Gemeinden im Wandel» geht der Frage nach, wie soziokulturelle Angebote geplant und ausgerichtet werden müssten, damit sie im Interesse der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung einer Gemeinde sind.

Das Projekt wurde vom Institut für Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe des Departements Soziale Arbeit der ZHAW, von der Stiftung Zürcher Gemeinschaftszentren und den drei Partnergemeinden Illnau-Effretikon, Schlieren und Wädenswil im Zeitraum von 2015 bis 2017 durchgeführt und durch Fördermittel der KTI (Kommission für Technologie und Innovation des Bundes) mitfinanziert.

Aus der Forschung ist eine Publikation entstanden, die die Erkenntnisse des Projekts zusammenfasst, die Bedeutung von Gemeinwesenentwicklung und soziokultureller Arbeit aufzeigt und insbesondere Entscheidungsträgerinnen und -träger in Gemeinden und Fachpersonen in den Bereichen Soziales, Gesellschaft, Stadt- und Ortspla-

nung eine Grundlage sowie praktische Anregungen bei der Überprüfung und Entwicklung ihrer Angebote und Strukturen liefert.

Der Fokus des Forschungsprojekts lag insbesondere bei Fragen der Funktion, Entwicklung und Steuerung von Angeboten wie Familienzentren, Jugendtreffs, Quartierarbeit und anderen mehr. Diese Einrichtungen werden unter den Begriffen «soziokulturelle Angebote» und «Soziokultur» zusammengefasst. Soziokulturelle Angebote zeichnen sich durch einen hohen Grad an Beteiligung, Freiwilligenarbeit und Selbstorganisation aus. Angebote werden oft von mehreren öffentlichen wie auch privaten Trägerschaften lanciert, funktionieren ressourcenorientiert, richten sich nach den Ideen und Bedürfnissen der Bevölkerung und ermöglichen Begegnung und Austausch.

Die Stiftung Zürcher Gemeinschaftszentren bietet Beratungsdienstleistungen im Bereich Führung und Entwicklung von soziokulturellen Betrieben an und entwickelt nach Bedarf Tools für die operative Umsetzung. Sie ist Mitheraus-

geberin des Handbuchs «Soziokulturelle Angebote und ihre Bedeutung für Gemeinden im Wandel».

Für den Bezug der Publikation und den Kontakt für Beratungsdienstleistungen:

Stiftung Zürcher Gemeinschaftszentren,
Postfach 7164, 8050 Zürich, www.gz-zh.ch
Monika Cajas, 043 300 60 07,
monika.cajas@gz-zh.ch



«Ich würde das Amt auch heute wieder übernehmen»

Das Amt des Gemeindeammanns oder der Gemeindepräsidentin ist eine Herausforderung. Gefragt sind Führungspersonen, Kommunikatoren und Seelenröster in einem. Ein Rückblick mit Hansueli Bühler aus Stein (AG).



Hansueli Bühler war 24 Jahre lang Gemeindeammann in Stein (AG). Ende 2017 trat er zurück. *Bild: zvg*

Der letzte Teil der Gemeindeversammlung lag nicht mehr in seinen Händen. Denn dieser war seiner Verabschiedung nach 24 Jahren Tätigkeit als Gemeindeammann respektive 28 Jahren als Mitglied im Gemeinderat gewidmet. Hansueli Bühler aus Stein (AG) prägte beinahe während der Hälfte seines Lebens die Gemeindepolitik des 3000-Seelen-Dorfes im mittleren Fricktal. Kein Wunder, wurde er am Schluss der letzten Gemeindeversammlung gebührend gefeiert und verabschiedet. Nun hat er das Amt, das ihn oft tage- und nächtelang beschäftigte, an seinen Nachfolger übergeben. Das Büro im Gemeindehaus ist geräumt. Auf dem Tisch in seinem Wintergarten liegen noch diverse Dossiers von Projekten aus vergangenen Zeiten.

«Ich verlasse den Gemeinderat mit einem lachenden und einem weinenden Auge», sagt Hansueli Bühler, der sein Amt mit viel Herzblut ausübte.

Grössere Anspruchshaltung

Die Rolle des Gemeindeammannes oder Gemeindepräsidenten hat sich gewandelt, stellt Renate Gautschi, Gemeindepräsidentin von Gontenschwil und Präsidentin der Gemeindeammänner-Vereinigung des Kantons Aargau, fest. «Unsere Arbeit ist durch die zunehmende Anzahl an Gesetzen und Vorschriften komplexer geworden.» Ebenfalls verändert habe sich die Gesellschaft und mit ihr die Ansprüche an die Behörden: «Es herrscht eine grosse Anspruchshaltung gegenüber dem Staat. Ich denke, hier haben wir die Spitze mittlerweile erreicht.» Renate Gautschi glaubt zu beobachten, dass wieder ein Umdenken stattfindet – hin zu mehr Pflichtbewusstsein der Bevölkerung für das Allgemeinwohl. Vor allem den jungen Menschen ist nach Ansicht von Gautschi eine gute Zusammenarbeit innerhalb der Gesellschaft wichtiger als auch schon. Hansueli Bühler beobachtete in den letzten Jahren hingegen eine Zunahme der Betroffenheitspolitik im lokalen Bereich. «Die Leute interessieren sich vor allem dann für die Gemeindepolitik, wenn es sie persönlich betrifft. Ansonsten herrscht eher Desinteresse.» Dieses Verhalten wirke sich meist auf den Informationsstand der Bevölkerung aus: Wer nur unregelmässig an den Gemeindeversammlungen teilnimmt, ist lückenhaft über das Leben in der Gemeinde orientiert. Folglich brauche es oft noch Zusatzinformationen zu bestimmten Themen, sagt Bühler.

Gemeindeammann als Kommunikationschef

Im heutigen Kommunikations- und Digitalisierungszeitalter spielt die Kommunikation im Amt eines Gemeindepräsidenten eine immer wichtigere Rolle. «Der Gemeindeammann sollte im Dialog stehen mit der Bevölkerung. Das bedeutet, ihr zuzuhören, sie einzubeziehen und

Verständnis für ihre Anliegen zu zeigen», sagt Marcus Knill, Kommunikationsexperte aus Uhwiesen (ZH) sowie Ombudsmann der Kantonsschule Schaffhausen. Vom Gemeindeammann werde erwartet, dass er im Sinne eines Kommunikationschefs der Öffentlichkeit Red und Antwort steht. «Solche Aufgaben können weder delegiert werden, noch kann man sich davor drücken», betont Marcus Knill und fordert eine verständliche und eindeutige Kommunikation. Auch für Renate Gautschi ist eine transparente Kommunikation auf Gemeindeebene absolut zentral. Gleichzeitig gelte es, die Menschen gezielt zu informieren, sie nicht mit zu vielen Details zu überfordern. «Als Gemeindeoberhaupt darf man sich der Kommunikation mit den Bürgern nicht verschliessen. Wichtig ist ein grundsätzliches Wohlwollen und Vertrauen in die Bevölkerung. Das ist aus meiner Sicht die Basis für eine gute Kommunikation», betont Renate Gautschi.

Kaminfeurgespräche mit der Bevölkerung

Kommunikationsmöglichkeiten zwischen der Gemeindepräsidentin und der Bevölkerung gibt es einige. Dazu gehören zum Beispiel regelmässige Infoabende zu aktuellen Themen aus der Gemeinde. Weiter kann der Gemeindeammann beispielsweise eine Sprechstunde für die Anliegen der Bevölkerung anbieten. Begegnungen mit den Menschen aus dem Ort ermöglichen auch Tage der offenen Türen, Führungen oder ein «Kaminfeurgespräch» mit dem Gemeindeammann, wie es Marcus Knill vorschlägt. «Wichtig ist eine konstante Kommunikation – mit der Bevölkerung wie auch mit den Medien. Nicht erst, wenn es brennt.» Bis Anfang der 90er-Jahre informierte der Gemeinderat von Stein die Bevölkerung vor allem an den Gemeindeversammlungen zweimal jährlich über die aktuellen Themen im Dorf. Bis der Gemeinderat feststellte, dass die Bevölkerung teilweise schlecht über die aktuellen Themen im Dorf informiert war, weil längst nicht alle Stimm-

berechtigten die Gemeindeversammlungen besuchen. «Weil man uns zum Teil auch vorwarf, wir würden zu spät oder zu wenig informieren, sind wir dazu übergegangen, je nach Bedarf zusätzliche Informationsveranstaltungen zu bestimmten Themen durchzuführen und Flugblätter an alle Haushalte zu verschicken, um den Informationsstand der Bevölkerung zu verbessern», erzählt Hansueli Bühler. Weiter wird die Lokalpresse mit zwei Regional- und einer Tageszeitung regelmässig mit Mitteilungen aus dem Gemeindehaus bedient. Und schliesslich erscheint viermal jährlich die Dorfzeitung «Brückenpost» mit Beiträgen über die Bewohner, Vereine und das Dorfleben. «An unseren Gemeinderatssitzungen haben wir das Traktandum Kommunikation eingeführt, bei dem wir uns überlegen, welche Themen wir wie nach aussen hin kommunizieren wollen», sagt Hansueli Bühler.

Am gleichen Strick ziehen

Kommunikation will gelernt sein. Besonders auch der Umgang mit den Medien. Marcus Knill empfiehlt, sich regelmässig in der Kommunikationsarbeit weiterzubilden, damit alle am gleichen Strick ziehen und mit einer Stimme sprechen. «Der Gemeindeammann ist dann wichtig, wenn es drauf ankommt, egal, ob es sich um Freuden- oder um Krisensituationen handelt», erklärt Renate Gautschy. Nicht nur in der Bundespolitik, auch auf lokaler Ebene herrsche vielerorts ein rauer Umgangston. So komme es immer wieder vor, dass gewisse Exponenten in der Gemeindepolitik bewusst angegriffen würden. «Die Leute sind heute emotional sehr belastet. Folglich reagieren sie manchmal auch schnell unsachlich.» Ganz neu ist dieses Verhalten jedoch nicht. «Wenn ich in alten Gemeindeversammlungsprotokollen lese, ging es auch früher manchmal sehr hoch zu und her», sagt die Gemeindepräsidentin.

Gut zuhören

Bei Konflikten sollte der Gemeindeammann die Rolle des Mediators übernehmen,

findet Marcus Knill. Doch, weil er meist mit dem Dorf und seinen Menschen verbunden sei, falle es ihm nicht immer leicht, unabhängig und neutral zu sein, räumt der Kommunikationsberater ein. Damit spricht er Hansueli Bühler aus dem Herzen: «Es war mir stets wichtig, gut zuzuhören und für alle Bewohner des Dorfes ein verständnisvoller Ansprechpartner zu sein. Doch im Laufe der Zeit bin ich sicher etwas dünnhäutiger geworden, das hat mir zumindest meine Frau gesagt.» Trotz allen Herausforderungen ist Renate Gautschy nach wie vor fasziniert von ihrem Amt. «Ich kann Probleme zugunsten der Allgemeinheit lösen. So direkt ist das wohl in keiner anderen Funktion möglich.» Hansueli Bühler bezeichnet das Amt eines Gemeinderats bzw. Gemeindeammanns ebenfalls als sehr reizvoll. «Wir durften im Dorf einiges bewegen und bewirken. Es ist ein attraktives Amt, das ich heute wieder übernehmen würde.»

Ein Leben im Glaskasten

In manchen Gemeinden finden sich nur mit grosser Mühe Freiwillige, die sich für das Amt in der Gemeindeexekutive und insbesondere als Gemeindeammann oder Gemeindepräsidentin zur Verfügung stellen. Das sei schon immer so gewesen, relativiert Renate Gautschy. «Die Leute leben halt nicht gern in einem Glaskasten, wo sie von allen Seiten beobachtet und manchmal kritisiert werden. Wir müssen deshalb wieder einfacher werden. Braucht es wirklich für alles ein neues Gesetz, das wiederum neue Kontrollsysteme mit sich bringt?» Nimmt die Komplexität in der Gemeindepolitik weiter zu, wird man laut Renate Gautschy allerdings nicht darum herumkommen, sich Gedanken über die Schaffung von Teilzeitpensen von Gemeindeammännern zu machen. Was man bereits in einigen Städten kennt, könnte dann ebenfalls in Gemeinden Schule machen. «Ich würde ein solches Modell befürworten, denn so hätte das Gemeindeoberhaupt mehr Zeit, sich um die Materie und die Menschen in seinem Ort zu kümmern.» Hinzu komme, dass heute



Renate Gautschy, Gemeindepräsidentin von Gontenschwil (AG) und Präsidentin der Gemeindeammänner-Vereinigung des Kantons Aargau.

Bild: zvg



Marcus Knill, Kommunikationsexperte aus Uhwiesen sowie Ombudsmann der Kantonsschule Schaffhausen.

Bild: zvg

viele Menschen nicht an ihrem Wohnort, sondern ausserhalb arbeiteten. Dies stelle hohe Anforderungen an die Mobilität und die Arbeitsorganisation.

Fabrice Müller

Infos:

www.rhetorik.ch
www.gav.gemeinden-ag.ch
www.gemeinde-stein.ch

Anzeige



Lust auf mehr?

Abonnieren Sie die «Schweizer Gemeinde» für 90 Franken im Jahr (11 Ausgaben) unter:
www.tinyurl.com/SG-bestellen

Wie Gemeinden ihre Kommunikation verbessern

Im Rahmen eines Pilotprojekts des Instituts für Qualitätsmanagement und Angewandte Betriebswirtschaft der Fachhochschule St. Gallen analysierten vier Gemeinden unter Einbezug der Bevölkerung ihre aktuelle Situation.

Gemeinden stehen im Zeitalter der Digitalisierung vor neuen Herausforderungen, was die Gestaltung ihrer Informations- und Kommunikationspolitik betrifft. Das zeigen auch die Einwohnerbefragungen, die das Institut für Qualitätsmanagement und Angewandte Betriebswirtschaft der Fachhochschule St. Gallen (IQB-FHS) regelmässig durchführt: Die Ausgestaltung der Informations- und Kommunikationspolitik der Gemeinde hat einen zentralen Stellenwert in der Einwohnerzufriedenheit.

Gesamtzufriedenheit leidet unter schlechter Kommunikation

Viele Gemeinden bekunden Probleme mit der Wahrnehmung der Gemeindekommunikation durch die Bevölkerung. Bei der Untersuchung von Zusammenhängen über beinahe 50 Einwohnerbefragungen hinweg wurde festgestellt, dass eine tiefe Bewertung der Informations- und Kommunikationspolitik in der Regel auch einen überdurchschnittlich starken negativen Einfluss auf die Bewertung der anderen Themengebiete und somit auf die Gesamtzufriedenheit mit der Gemeinde hat; es ergibt sich ein sogenannter Hebeleffekt. Aus diesem Grund sowie aufgrund der Nachfrage

aus einzelnen Gemeinden lancierte das IQB-FHS ein Pilotprojekt zur Gestaltung der zukünftigen Information und Kommunikation in Gemeinden. An diesem Projekt beteiligten sich die vier Gemeinden Gachnang (TG), Nottwil (LU), Stein (AG) sowie St. Margrethen (SG).

Vorschläge aus der Bevölkerung und gemeindeübergreifendes Vorgehen

Im Rahmen von Gesprächen mit Gemeindevertretern sowie der Recherche von Fachliteratur stellte sich heraus, dass Gemeinden kommunikativ vor manchen Herausforderungen stehen. Nebst dem allgemeinen Digitalisierungstrend sehen sie sich mit folgenden Entwicklungen konfrontiert:

- **Professionalisierung:** Ein Kommunikationskonzept wird zunehmend als Grundlage für die kommunikative Ausrichtung der Gemeinde angesehen. Gemeinden benötigen ein einheitliches Erscheinungsbild sowie eine sinnvoll abgestimmte Kommunikationspolitik.
- **Standortwettbewerb:** Eine besondere Bedeutung wird, in Zeiten des Standortwettbewerbs, der Imagepflege beimessen. Dies kann nur mithilfe ei-

ner gezielten Information und Kommunikation umgesetzt werden.

- **Komplexität:** Die enorme Vielfaltigkeit der (neuen) Kommunikationskanäle erfordert ein hohes Mass an Koordinationsaufwand. Der zunehmende Einsatz von Social Media führt zudem zu einem Verlust von Kontrollmechanismen.

Basierend auf diesen Entwicklungen entschieden sich die vier Gemeinden, dieses bedeutende Thema aktiv anzugehen. Das Ziel des Pilotprojektes bestand darin, den Gemeinden anhand von konkreten Vorschlägen aus der Bevölkerung wichtige Impulse zu liefern. Des Weiteren sollte durch den gemeindeübergreifenden Projektcharakter der Erfahrungsaustausch mit anderen Gemeinden gestärkt und so die Qualität und Breite der Lösungsvorschläge verbessert werden. Der Projektansatz zeichnet sich dadurch aus, dass er die Innovationskraft der Bevölkerung nutzt sowie gleichzeitig die Dialogkultur und Lernfähigkeit in den vier Gemeinden verbessert.

Mehrstufiger Projektlauf

Am Kick-off-Meeting Ende August 2017 wurde zusammen mit den Gemeinden eine Fallstudie erstellt. Darin wurde fest-

Projektphase	Arbeitsschritt
1. Kick-off-Meeting mit allen projektbeteiligten Gemeinden	<ul style="list-style-type: none"> • Festhalten der Ausgangslage: Aufnahme der IST-Situation im Bereich Informations- und Kommunikationswesen in den einzelnen Gemeinden (insb. Problemfelder/Herausforderungen) • Aufnahme der SOLL-Situation (Bedürfnisse, Projektziel der Gemeinden) • IQB-FHS: Erstellung des Business Cases bzw. der Online-Fallstudie zur Bearbeitung durch die «Crowd» (Bürger der einzelnen Gemeinden), im Nachgang zur Sitzung
2. Vorbereitung Onlineplattform BeeUp	<ul style="list-style-type: none"> • Vorbereitung der digitalen Plattform BeeUp (Case-Generierung, technische Vorbereitungen) • Briefing des Coaches der Online-Fallstudie, der die Crowd-Aktivitäten koordiniert/bewertet • Pretests der Onlineplattform durch das IQB-FHS
3. «Crowd-Aktivierung» in den Gemeinden	<ul style="list-style-type: none"> • Information des Projektvorhabens an die Bevölkerung und weitere Anspruchsgruppen • Aktivierung der Crowd (Bürger) durch verschiedene Kommunikationsgefässe, Ermütigung zur aktiven Teilnahme, ev. Einsetzen von Incentives • Ansprache und Briefing von Projektmultiplikatoren (Vereinsvorsteher, Gemeinderäte, etc.)
4. Ideengenerierung durch die Bevölkerung, Ideenauswertung	<ul style="list-style-type: none"> • Ideeneingabe durch die Crowd zur Verbesserung der Informations- und Kommunikationspolitik • Ideenbewertung und Moderation durch Coaches, Koordination der Lösungsvorschläge • Ideenauswertung, Aufbereitung der erfolgversprechendsten Lösungsvorschläge
5. Abschlussworkshop mit allen projektbeteiligten Gemeinden	<ul style="list-style-type: none"> • Präsentation der Ergebnisse (best ideas) • Diskussion im Plenum, Ableitung von ersten Handlungsansätzen

Vom Kick-off-Meeting im August 2017 bis zum Abschlussworkshop im Mai 2018: Im Zeitalter der Digitalisierung stehen die Gemeinden vor zahlreichen neuen Herausforderungen, was die Gestaltung ihrer Informations- und Kommunikationspolitik betrifft. Grafik: Martina Rieben/Quelle: IQB-FHS

gehalten, auf welche Fragestellungen Anregungen erwünscht sind. Auf der Onlineplattform www.beeup.ch konnten daraufhin Bewohnerinnen und Bewohner zwischen Mitte Januar und Mitte März 2018 Vorschläge zur Gestaltung und Verbesserung der Informations- und Kommunikationspolitik einbringen. Die Bevölkerung erhielt durch die digitale Plattform einen niederschweligen sowie zeit- und ortsunabhängigen Zugang zur freien Meinungsäusserung. Das IQB-FHS stand dabei im interaktiven Austausch mit den Teilnehmenden und moderierte die Vorschläge. Das Projekt orientierte sich am nebenstehenden Informations- und Kommunikationskonzept. Dieses beinhaltet acht Bausteine, die kommunikationstechnisch mit der Gemeindestrategie bzw. den Legislaturzielen abgestimmt werden müssen. Mithilfe des Projekts erhielten die Gemeinden Bevölkerungsinputs für die Bausteine 2, 3, 5 und 6. Die übrigen Bausteine werden in der Folge gemeindeintern unter Berücksichtigung der fachlichen Inputs seitens der Fachhochschule St. Gallen bestimmt. Während zwei Gemeinden bereits über ein Konzept verfügen und das Projekt als Optimierungsmöglichkeit sahen, erhielten die übrigen Gemeinden konkrete Vorschläge, wie ein Konzept systematisch aufgebaut werden kann.

Kontroverse Haltung zu Social Media

Anfang Mai 2018 wurde mit den Gemeindevertretern ein Abschlussworkshop durchgeführt. Im Rahmen eines interaktiven Austausches wurden die Resultate in der Projektgruppe reflektiert. Je Gemeinde ergaben sich teils unterschiedliche, teils gemeinsame Herausforderungen. Folgende exemplarische Erkenntnisse konnten gemeindeübergreifend festgehalten werden:

- **Zentrale Kommunikationskanäle:** Das Mitteilungsblatt stellt auch in Zeiten der Digitalisierung weiterhin das zentrale Informationsinstrument der Bevölkerung dar. In Bezug auf die Wahrnehmung sowie Reichweite erzielen Verbesserungsmaßnahmen in diesem Kommunikationskanal die stärksten Effekte. Die Homepage bildet ebenfalls einen wichtigen Bestandteil. Diese wird jedoch weniger für News konsultiert, sondern eher als gezieltes Instrument eingesetzt (z.B. Reservation SBB-Tageskarten, Nutzung E-Schalter etc.). Gemeindeversammlungen, Gemeinde-Apps sowie Informationsveranstaltungen werden im Verhältnis eher wenig genutzt.
- **Social-Media-Tools:** Der Einsatz von Social Media durch die Gemeinde



Dies sind die acht Bausteine, die kommunikationstechnisch mit der Gemeindestrategie respektive den Legislaturzielen abgestimmt werden müssen. Grafik: Martina Rieben/Quelle: IQB-FHS

wurde in der Bevölkerung kontrovers diskutiert. Während einige z.B. die Vorteile von Push-Nachrichten für Gemeindeveranstaltungen sowie die bessere Integration von jungen Einwohnern sehen, sind andere hinsichtlich der Kosten sowie der Pflege der Kanäle skeptisch. Als prüfenswert stellte sich der Vorschlag heraus, in den Gemeinden Arbeitsgruppen zur Thematik mit der Bevölkerung durchzuführen. Unter Einbezug von Fachexperten könnten so Möglichkeiten und Grenzen von Social Media gemeinsam geprüft werden.

- **Attraktivität von Gemeindeversammlungen:** Viele Gemeinden in der Schweiz leiden unter der geringen Bevölkerungsteilnahme an Gemeindeversammlungen. Im Rahmen des Projekts wurden Vorschläge zur Attraktivitätssteigerung von Gemeindeversammlungen eingebracht. Konkret vorgeschlagen wurden u.a. Redezeitbeschränkungen, Vorstellung von einzelnen Vereinen, Nutzung von elektronischen Abstimmungsmöglichkeiten sowie die Verbesserung der Interaktions- bzw. Partizipationsmöglichkeiten.

Fazit

Das Projekt hat den Gemeinden aufgezeigt, dass die gezielte Gestaltung der Informations- und Kommunikationspolitik ein essenzieller Baustein einer funktionierenden Gemeinde ist. Es besteht insbesondere angesichts der Digitalisierungstendenzen sowie der zunehmenden

den Komplexität im Handling der Kommunikationskanäle noch Handlungsbedarf.

*Daniel Jordan,
Leiter des Kompetenzbereichs Empirische Datenerhebungen sowie Markt- und Organisationsanalysen, IQB-FHS
Adrian Giger,
Projektleiter im Kompetenzbereich Empirische Datenerhebungen sowie Markt- und Organisationsanalysen, IQB-FHS*

Kontaktadresse für weiterführende Informationen zum Pilotprojekt:

daniel.jordan@fhsg.ch, Tel. 071 226 17 63



Die Studienleiter Daniel Jordan (links) und Adrian Giger. Bilder: zvg.

Handle professionell – und sprich darüber

Vorurteile und eine gleichgültige oder gar negative Einstellung gegenüber Gemeinde- und Stadtverwaltungen sind omnipräsent: So das Fazit einer Bachelorarbeit im Auftrag der Luzerner Gemeinden. Sie blieben nicht untätig.



Über 60 Luzerner Gemeinden, in denen 85 Prozent der Bevölkerung leben, beteiligten sich letztes Jahr am ersten «Tag der Luzerner Gemeinden»: Im Bild die Aktionen in Alberswil, Hochdorf und Hildisrieden (v.l.).

Bilder: zvg.

Im Rahmen einer Bachelorarbeit an der Hochschule Luzern hatte der Gemeindegemeinschaftsverband des Kantons Luzern (GSV-LU) im Sommer 2014 klären lassen, welches Image die Gemeinde in der Bevölkerung hat und welche Dienstleistungen mit einer Gemeinde in Zusammenhang gebracht werden. Das Ergebnis war sehr ernüchternd. So musste zur Kenntnis genommen werden, dass ein grosser Teil der Bevölkerung keine oder höchstens eine neutrale Assoziation zum Thema Gemeinden hat. Rund ein Viertel der Befragten war sogar negativ eingestellt. Dabei waren die Mitarbeitenden von Gemeindeverwaltungen durchwegs davon überzeugt, dass die Bevölkerung ein gutes Bild von der Gemeinde hat. Aufgrund dieser Erkenntnis beschloss der GSV-LU, eine Kampagne zu starten mit dem Ziel, der Bevölkerung die vielfältigen Dienstleistungen näherzubringen, aber auch die Mitarbeitenden für ihre Wirkung auf das Image einer Gemeinde zu sensibilisieren.

Zusammen mit der Agentur FelderVogel in Luzern wurde die Kampagne für einen Aktionstag realisiert. Dabei stützte man sich auf die verschiedenen Ansprüche in den Bereichen Soziales, Infrastruktur, Community und Verlässlichkeit, die eine Gemeinde zu erfüllen hat. Aus diesen Ansprüchen wurden Themen herausgearbeitet, aus denen die einzelnen Ge-

meinden Elemente präsentieren konnten. So wurden in verschiedenen Gemeinden Rundgänge zu Infrastrukturthermen (Besichtigung der Wasserversorgung, des Feuerwehrgebäudes, des Gemeindehauses usw.) durchgeführt. Andere Gemeinden zeigten spielerisch die verschiedenen Dienstleistungen einer Gemeinde an einem Glücksrad oder an Marktständen auf. Eine Gemeinde lud zum gemeinsamen Risottoessen und Gesprächen mit Behördenvertretern ein, eine andere nutzte die Möglichkeit, der Bevölkerung den Rohbau des neuen Verwaltungszentrums zu präsentieren.

Für die Bekanntmachung lancierte der GSV-LU eine eigene Webseite (www.wirken-fuer-alle.ch). Zudem wurde ein Kampagnenflier produziert, welcher der Bevölkerung in allen teilnehmenden Gemeinden zugestellt wurde. Auch die Zusammenarbeit mit den lokalen Medien war hervorragend. Dank den Werbemassnahmen konnten am 28. Oktober letzten Jahres schliesslich Tausende von Besuchern zum «Tag der Luzerner Gemeinden» begrüsst werden.

Es galt, ein breites Spektrum an Interessen abzudecken. Unter anderem folgende Gemeinden haben sich für den Aktionstag etwas Besonderes einfallen lassen:

- Hildisrieden: «Leben in Hildisrieden» lautete das Motto des Aktionstages. Die

Gemeinde zeigte ihren Einwohnerinnen und Einwohnern auf, was das Leben in Hildisrieden besonders attraktiv macht. Unter anderem gab es eine Ausstellung von Flugaufnahmen. Die Bevölkerung hatte zudem die Möglichkeit, das digitale Postfach «Peax» einzurichten und bei einer Führung hinter die Kulissen von Schulhaus und Werkhof zu blicken. Gemeindegemeinschaftsbeschreiber René Müller hat Positives zu berichten: «Wir freuten uns über die sehr guten Rückmeldungen aus der Bevölkerung. Wir von der Gemeinde Hildisrieden sind überzeugt, dass der Einblick in alle Sparten unserer Arbeit wichtig ist. Neue Ideen und Kontakte sind entstanden. Wir werten das als Beweis dafür, dass die Kommunikation und die Offenheit gegenüber unseren Einwohnerinnen und Einwohnern nicht nur auf dem Papier existieren, sondern gelebter Alltag sind und bleiben müssen. Die Gemeinde mit ihren Mitarbeitenden und Politikern ist für alle da, als Teil der Gemeinschaft. Das hat der Aktionstag deutlich gezeigt.»

- Hochdorf: Das Rathaus öffnete seine Türen für die Einwohnerinnen und Einwohner. Die Gemeindeverwaltung stellte sich und verschiedene Dienststellen (Bibliothek, Feuerwehr, Jugendanimation, Musikschule und Werkdienst) vor. Am Nachmittag fand eine Talkrunde zum Thema «20 Jahre Braui Hochdorf»

statt. Dabei zogen Vertreter aus Politik und Kultur ein Fazit und wagten einen Ausblick zum Mehrwert des Kulturzentrums Braui für die Gemeinde Hochdorf. Gemeindeschreiber Thomas Bühlmann bilanziert: «Rund 300 Besucherinnen und Besucher nutzten die Möglichkeit, sich das Rathaus von innen anzuschauen. Auch die Diskussionsrunde zur Bedeutung des Kulturzentrums Braui stiess auf reges Interesse. Wir danken

zug durch fast 500 Jahre Baugeschichte. Moderiert wurde der Spaziergang von Stefanie Meier von der Denkmalpflege des Kantons Luzern. Auch das Wasserreservoir Sonnmatt und die Betriebsleitstelle mit Stufenpumpwerk Bühlmatt waren für einen Tag zu besichtigen. Zwei moderne Anlagen, die täglich die Trinkwasserversorgung sicherstellen. Reto Schöpfer, Gemeindeschreiber von Udligenswil, blickt zurück: «Der Tag war für

kostete total 104 000 Franken und wurde von drei Partnern finanziert. Zum einen kamen die Gemeinden mit einem Pauschalbeitrag, abgestuft nach Gemeindegrösse, für rund die Hälfte der Kosten der Kampagne auf. Die andere Hälfte der Aufwendungen wurde durch Sponsoring (private Unternehmen, Kanton Luzern, Verband Luzerner Gemeinden) und durch eine Anschubfinanzierung des GSV-LU finanziert. Die Kampagne war als Einmal-Aktion konzipiert. Um diese über einen längeren Zeitraum laufen zu lassen, wären wesentlich mehr Mittel nötig gewesen. Allerdings haben die Gemeinden aufgrund der Aktion Hinweise erhalten, wie und mit welchen Mitteln einfache Publikumsaktionen durchgeführt werden können. Wir sind überzeugt, dass diese Mittel weiterhin verwendet werden und dass die eine oder andere Gemeinde von sich aus Aktionen für die Bevölkerung durchführt; in Kriens beispielsweise wird dies der Fall sein. An der letztjährigen Aktion beteiligten sich über 60 Gemeinden, in denen über 85 Prozent der Bevölkerung des Kantons Luzern wohnen.



Führung durch den historischen Dorfkern in Udligenswil (linkes Bild), Dialog mit der Bevölkerung in Sempach.



Bilder: zvg.

der Bevölkerung dafür, dass sie einen wertvollen Beitrag zum Gelingen des Aktionstages in Hochdorf leistete.»

- Sempach: Beim Tag der offenen Tür in der Stadtverwaltung gewährte die Verwaltung überraschende Einblicke. So standen der Bevölkerung beispielsweise der Jugendraum, der Werkhof, das Feuerwehrmagazin, die Bibliothek, die Ludothek sowie das schul- und familienergänzende Angebot der Tagesstrukturen für einen Besuch offen. Bei einem Wettbewerb galt es, erworbenes Wissen in Gewinne umzumünzen. Ebenso feierte der Imagefilm der Stadt Sempach Premiere. Stadtschreiberin Corinne Achermann zieht ein positives Fazit: «Die Stimmung war super. Die beteiligten Stellen engagierten sich mit viel Herzblut für die Sache. Wir haben ausschliesslich positive Reaktionen erhalten. Viele Teilnehmende stellten Fragen und nutzten so die Möglichkeit zum Dialog mit den Behörden und verschiedenen beteiligten Stellen. Die Kampagne war ein voller Erfolg. Sie zeigt auf, wie wertvoll die Arbeit der Stadt ist, und dass diese von der Bevölkerung geschätzt wird. Wir können uns gut vorstellen, einen solchen Aktionstag zu wiederholen.»

- Udligenswil: Für die Bevölkerung fand eine Führung durch den historischen Dorfkern mit mehreren Kulturdenkmälern statt. Das ermöglichte einen Streif-

die Gemeindeverwaltung und die Bevölkerung von Udligenswil ein voller Erfolg. Junge und ältere Einwohnerinnen und Einwohner nutzten die Gelegenheit, ihren Wohnort einmal mit etwas anderen Augen zu sehen. Das weckte viel Interesse und stiess einen intensiven Austausch an.»

- Alberswil: Bei der festlichen Einweihung eines im Rahmen von «Alberswil blüht» gemeinsam von Einwohnerinnen und Einwohnern geplanten und gebauten Spielplatzes kamen nicht nur Kinder auf ihre Kosten. Das Projekt steht beispielhaft für Bestrebungen der öffentlichen Hand zugunsten der Lebensqualität für alle Einwohnerinnen und Einwohner, unabhängig ihres Alters. Gemeindeschreiberin Andrea Roos-Wey zieht ein durchwegs positives Fazit: «Der gute Zusammenhalt, der respektvolle Umgang miteinander und die Bereitschaft, sich für die Gemeinschaft zu engagieren, zeichnen das Zusammenleben in Alberswil aus. Das zeigte sich besonders beim gemeinsam geplanten und gebauten Spielplatz. Ich bin überzeugt, dass wir mit diesem Anlass weitere Personen zum Mitwirken in Alberswil motivieren konnten.»

Finanzierung

Die Imagekampagne inklusive Kampagnenmagazin, Grossplakate und Inserate



Guido Solari,
Gemeindeschreiber
Kriens

Die Dachmarke «WIRken»

Die Imagekampagne für Luzerner Städte und Gemeinden steht unter dem Titel WIRken. Damit wurden am Aktionstag folgende Leitsätze ausgedrückt:

- WIRken – Wir leisten mehr als gemeinhin bekannt. Und wir bewirken viel mehr, als oberflächlich betrachtet wahrgenommen wird.
- WIRken – Wir erzielen Wirkung, und das zeigen wir gerne ganz konkret, zum Beispiel anlässlich einer Tour durch das Dorf oder ein Stadtquartier.
- WIRken – Was wir leisten und bewirken, stellen wir gerne zur Diskussion und suchen dafür das Gespräch mit der Bevölkerung.

«Nie gedacht, dass wir so rasch etwas erreichen können»

Der Jugendrat Wohlen (AG) agiert bereits seit zehn Jahren als Verein mit beratender Funktion bei Jugendfragen. Er ermöglicht Jugendlichen und jungen Erwachsenen, sich auf Gemeindeebene politisch einzubringen.



Anliegen direkt bei Lokalpolitikern zu deponieren, ist kein Novum in Wohlen (AG). Bis 2008 hat die Jugendarbeit in Zusammenarbeit mit den Schulen alle zwei Jahre und ab 2012 jährlich eine Jugendsession organisiert, bei der Jugendliche die Möglichkeit hatten, sich politisch einzubringen. An der fünften Jugendsession äusserten die Jugendlichen den Wunsch, feste Strukturen in Form eines Jugendrates zu schaffen, um den Anliegen der Jugendlichen während des ganzen Jahres Nachdruck zu verleihen. Der Gemeinderat arbeitete daraufhin mit Unterstützung des Einwohnerrates ein Konzept aus, worauf die Jugendarbeit Wohlen mithilfe einer Gruppe Jugendlicher den Jugendrat

gründete. Demnach soll der Jugendrat Wohlen dem Gemeinderat in Jugendfragen beistehen und die politische Bildung von Jugendlichen mit diversen Projekten fördern. Zudem ist der Jugendrat für die Organisation der Jugendsession mit jährlich rund 60 Teilnehmenden verantwortlich.

Verschönerungen im Dorf angestossen

Der Jugendrat Wohlen ist als Verein organisiert und zählt zurzeit 16 aktive Mitglieder im Alter zwischen 16 und 18 Jahren. Alle Jugendlichen, die in Wohlen zur Schule gehen, können ab der dritten Oberstufe dem Jugendrat beitreten. Der Jugendrat trifft sich alle drei Wochen zu einer Sitzung, wobei er von einer Person

der Jugendarbeit begleitet wird. Dies sei vor allem in Finanzfragen sehr hilfreich, da das Budget des Jugendrates über die Jugendarbeit und somit über die Gemeinde laufe, sagt Lionel Zingg, Präsident des Jugendrates Wohlen. Für die Umsetzung von verschiedenen Projekten wird dem Jugendrat jährlich ein Beitrag von rund 15 700 Franken zugesprochen. Jugendarbeiterin Carmen Bärtschi vom Verein für Jugend und Freizeit Wohlen meint: «In Wohlen wurden dank der Partizipation von Jugendlichen und dem Jugendrat bereits einige dunkle Winkel verschönert und belebt. Ein Beispiel sind die Sitztreppen am Bachufer der Bünz, welche auf Initiative der Jugendlichen gebaut wurden.» Die Bünz

Wohlen Sitzstufen entlang der Bünz. Sie laden zum Verweilen ein und werden von Jung und Alt rege genutzt. Die erfolgreiche Umsetzung der Sitzstufen motivierte den Jugendrat auch für weitere Projekte. Die Jugendlichen wissen, welche Schritte in Gang gesetzt werden müssen und wie wichtig ein proaktiver Austausch zwischen den relevanten Akteuren ist. «Der Austausch und das Zusammenspiel zwischen dem Jugendrat, der Jugendarbeit, den Schulen und der Gemeinde verläuft in Wohlen ausgezeichnet», findet Lionel Zingg.

An der Jugendsession in Wohlen vom April dieses Jahres.

Bild: Sheil Glasz



Altes Postauto umfunktioniert

Um Jugendlichen einen Rückzugsort zum Diskutieren und Feiern zu bieten, wurde der «Starbus» ins Leben gerufen – ein altes Postauto, ausgestattet mit Küche und Bar, welches seit 2015 in Betrieb ist. Neben jugendkulturellen Projekten wie diesem trägt der Jugendrat auch zur Integration und zur politischen Bildung von Jugendlichen in der Gemeinde bei. Die Mitglieder organisieren Diskussionsrunden für Jugendliche, bei denen das Verständnis für typische Budgetfragen von Gemeinden gestärkt wird. Etwa, wenn es um den Bau eines Schulhauses oder die Abwicklung der Grüngutabfuhr geht. Dass der Jugendrat die Integration der Jugendlichen auf verschiedene Arten fördert, bestätigt auch Paul Bitschnau, Schulleiter der Bezirksschule Wohlen: «Der Jugendrat motiviert Jugendliche, sich politisch aktiv einzubringen. Er stösst Diskussionen an und übernimmt bei der Umsetzung von Projekten eine wichtige Aufgabe». So beispielsweise beim Projekt «Junior Mentoring». Dabei handelt es sich um eine Anlaufstelle für Schülerinnen und Schüler, die einen Schulwechsel hinter sich haben. Durch das Projekt soll das Einleben am neuen Ort erleichtert werden.

Da der Jugendrat sich direkt am Puls der Jugend befindet, weiss er auch, was die Jugend beschäftigt. In einem Jugendrat können Jugendliche Verantwortung übernehmen, verschiedene Fähigkeiten des politischen Alltags erwerben und konkret etwas gemeinsam bewirken. Dadurch fördern Jugendparlamente und Jugendräte einerseits die politische Partizipation und betreiben andererseits Jugendförderung im politischen Bereich. Viele Gemeinden kämpfen heute mit Schwierigkeiten bei der Besetzung von politischen Ämtern. Jugendliche und junge Erwachsene sind in der Politik oft untervertreten. Carmen Bärtschi betont: «Der Jugendrat Wohlen bietet Jugendlichen seit zehn Jahren ideale Partizipationsmöglichkeiten in der Gemeinde. Die Jugendlichen nehmen aktiv an der Lokalpolitik teil, was politische Nachwuchsförderung bedeutet.» Bärtschi findet zudem: «Kinder und Jugendliche sind in ihrer Wahrnehmung und Haltung noch sehr klar und unverblümt. Sie sehen direkt in den Kern des Problems ohne den Schnickschnack rundherum.»

*Sheila Glasz, Mitarbeiterin
Kommunikation Jugendparlamente,
Dachverband Schweizer Jugendparlamente, DSJ*

Infos:

www.youpa.ch
www.jugendrat-wohlen.ch
Dachverband Schweizer Jugendparlamente:
www.dsj.ch

fließt mitten durch Wohlen und hat somit Potenzial als Naherholungsgebiet. Der Jugendrat brachte die Idee ein, den Bach für die Bevölkerung zugänglich zu machen. Die Jugendlichen gingen aktiv auf lokale Politikerinnen und Politiker zu und suchten das Gespräch mit der Bevölkerung. Daraufhin wurde ein Postulat zum Bau von Sitzstufen beim Gemeinderat eingereicht. Der Einwohnerrat stimmte dem Projekt trotz knappen Gemeindefinanzien zu. «Dass wir Jungen durch geeignete Strukturen und gute Zusammenarbeit mit den relevanten Akteuren so schnell etwas erreichen können, hätten wir uns nie erträumen lassen», stellt Zingg rückblickend fest. Heute stehen an drei Standorten in

Ausschreibung für den Demokratiepreis 2018 – kommunale Partizipationsprojekte gesucht

Die Neue Helvetische Gesellschaft (NHG) würdigt mit dem Demokratiepreis 2018 «Werkstätten für Demokratie» freiwillige partizipative Projekte zur Förderung demokratischer Prozesse und der politischen Bildung. Die besten Projekte werden mit Preisen im Gesamtwert von 10 000 Franken ausgezeichnet. Die Ausschreibung für den Demokratiepreis 2018 erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Gemeindeverband (SGV), der sich mit seinem Projekt «in comune»

für die Partizipation in den Gemeinden einsetzt.

Wir bitten Sie, das Preisausschreiben an die entsprechenden Stellen (Fachverantwortliche aus den Bereichen Soziales, Bildung, Integration; Schulleiter und Lehrpersonen) sowie an die Freiwilligenorganisationen und Vereine in Ihrer Gemeinde weiterzuleiten.

Die Projekte sind der NHG bis spätestens am 31. August 2018 einzureichen an jury@nhg.ch.

Fotos sollen das Bewusstsein für Hochwasserrisiken schärfen

Jedes siebte Gebäude der Schweiz ist gefährdet, vier von fünf Gemeinden waren in den letzten 40 Jahren von Überschwemmungen betroffen. Jetzt beugt das Mobiliar Lab mit dem Aufbau einer interaktiven Bilddatenbank vor.



Auf www.überschwemmungsgedächtnis.ch macht das Projekt Fotos von Hochwasserereignissen aus dem ganzen Land öffentlich zugänglich. Bevölkerung und Gemeinden sind aufgerufen, eigene Aufnahmen von Überschwemmungen zur Verfügung zu stellen: Die Datenbank soll dank «Crowdsourcing» weiter wachsen. Auf den Bildern die Folgen des Unwetters im Lütschental (BE) im Jahr 2005. Bilder: Mobiliar Lab

Wenn Bäche, Flüsse und Seen über die Ufer treten, hat das für Gemeinden grössere Folgen, als den meisten von ihnen bewusst ist. Jedes siebte Gebäude der Schweiz ist hochwassergefährdet, und vier von fünf Schweizer Gemeinden waren in den vergangenen 40 Jahren von Überschwemmungen betroffen. Kommt dazu, dass Hochwasser unter den Naturgefahren die kostspieligsten sind. Über zwei Drittel der durch Naturereignisse verursachten Schäden sind nach Erkenntnissen des Mobiliar Labs für Naturrisiken auf Hochwasser zurückzuführen. Das Mobiliar Lab wurde 2013 gegründet und ist eine gemeinsame Forschungsinitiative der Mobiliar Versicherung und des Oeschger-Zentrums für Klimaforschung der Universität Bern.

Risiken auch für Laien verständlich

Einer seiner Forschungsschwerpunkte ist das Schadenpotenzial von Hochwassern. Die Forscherinnen und Forscher wollen nicht nur besser verstehen, wie Hoch-

wasser zustande kommen und wie sie etwa vom Klimawandel beeinflusst werden. Sie suchen auch nach neuen Wegen, die Risiken einem Publikum von Nichtspezialisten verständlich zu machen. So werden zum Beispiel 3-D-Visualisierungen von möglichen Überschwemmungen entwickelt. Und Mitte Mai wurde das «Kollektive Überschwemmungsgedächtnis» lanciert, eine Website mit Bildern von Hochwasserereignisse. Bei ihrem Aufbau hoffen die Forschenden nicht zuletzt auf die Unterstützung durch die Schweizer Gemeinden.

Grundlagen für Planer und Behörden

«Wir verfolgen mit diesem Projekt mehrere Ziele», erklärt Rolf Weingartner, Professor für Hydrologie an der Universität Bern und Co-Leiter des Mobiliar Labs. «Einerseits wollen wir der Bevölkerung die Hochwasserrisiken in Erinnerung rufen, andererseits stellen Überschwemmungsbilder für Fachleute und Behörden eine wichtige Informationsquelle

dar, zum Beispiel für die Beurteilung von Gefahren.» Bestehende Instrumente zur Risikoabschätzung wie Gefahrenkarten seien für Nichtfachleute allzu abstrakt und schwer fassbar, so Weingartner. Um sich die Auswirkungen von Überschwemmungen vorstellen zu können, seien Fotos viel besser geeignet.

Obschon Hochwasser zum Teil grosse Schäden anrichten und den Direktbetroffenen stark zusetzen, gehen sie schnell wieder vergessen. Oft sind sie bereits innerhalb weniger Jahre aus dem Bewusstsein der Bevölkerung verschwunden. Die vom Mobiliar Lab ermittelten Fakten hingegen zeigen, warum ein bewussterer Umgang mit dem Hochwasserrisiko nötig wäre:

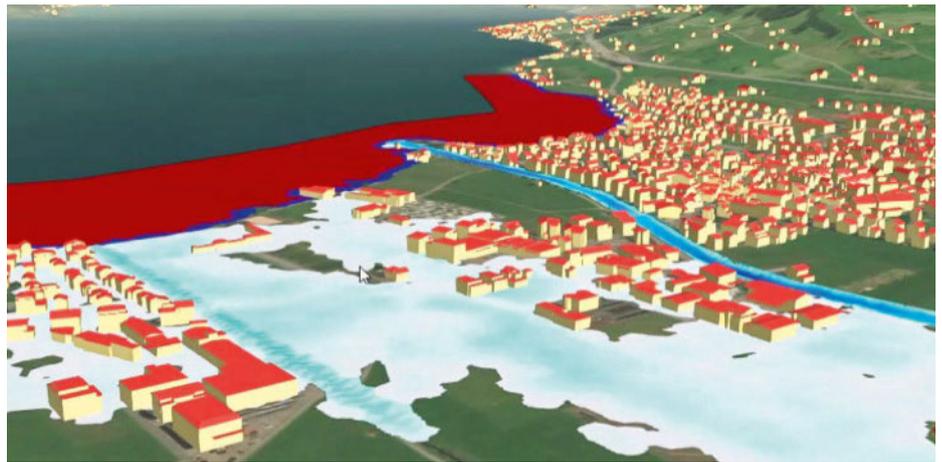
- In der Schweiz befinden sich rund 290 000 Gebäude in Hochwassergefahrengebieten.
- Fast jede siebte Person wohnt in einem gefährdeten Gebäude. Insgesamt stellen diese einen Neuwert von knapp 526 Milliarden Franken dar.

- Das Hochwasserrisiko entwickelt sich über die Zeit sehr dynamisch. Nach der Umsetzung von Hochwasserschutzmassnahmen sinkt das Risiko. Es kann aber in den Folgejahren wieder ansteigen, da durch die Siedlungsentwicklung (z.B. Verdichtung) zusätzliche Personen und Sachwerte gefährdet sein können.

Mit dem «Kollektiven Überschwemmungsgedächtnis» möchte das Mobilair Lab der vergesslichen Schweiz gewissermassen eine Gedächtnisstütze liefern. Auf der Website www.überschwemmungsgedächtnis.ch macht das Projekt Fotos von Hochwasserereignissen aus dem ganzen Land öffentlich zugänglich. Mithilfe der Bevölkerung, die aufgerufen wird, eigene Aufnahmen von Überschwemmungen auf der interaktiven Website zur Verfügung zu stellen, soll die Bildersammlung laufend weiterwachsen. «Wir wären aber auch froh, wenn uns Gemeinden ihre Aufnahmen zur Verfügung stellen würden», erklärt Rouven Sturny, der Projektverantwortliche. «Denn das Überschwemmungsgedächtnis wird umso aussagekräftiger, je mehr Bilder sich online betrachten und vergleichen lassen.»

Schäden sind rasch vergessen

Auf www.überschwemmungsgedächtnis.ch lassen sich Bilder von Hochwasserereignissen mithilfe von intuitiv verständlichen Funktionen sowohl nach Standorten wie nach Zeitpunkt suchen. Dies ist momentan zurück bis ins Jahr 1733 möglich. Das bislang älteste Bild im Überschwemmungsgedächtnis ist ein Stich, der zeigt, wie die Arve in Carouge bei Genf in der Nacht vom 14. auf den 15. September 1733 über die Ufer trat. Dabei riss der Fluss unter anderem eine Brücke mit sich. Aus historischer Sicht interessant sind auch zwei Darstellungen aus Küsnacht am Zürichsee, die zeigen, welche verheerende Schäden der Dorfbach am 8. Juli 1778 anrichtete – und noch einmal auf den Tag genau 100 Jahre später. Wesentlich neuer sind die Fotos aus dem Lütschental im Berner Oberland. Sie zeigen unter anderem, wie die Bahnstrecke nach Grindelwald von der über die Ufer getretenen Lütschine zerstört wurde. Die Starkniederschläge Ende August 2005 führten in vielen Teilen der Schweiz zu grossen Überschwemmungen. Durch das Hochwasser entstand mit rund drei Milliarden Franken der grösste finanzielle Gesamtschaden, den ein einzelnes Naturereignis in den letzten Jahrzehnten in der Schweiz verursacht hat. Doch im öffentlichen Bewusstsein geht auch dieses Grossereignis allmählich vergessen.



3-D-Visualisierungen von möglichen Überschwemmungen erleichtern einem breiten Publikum die Einschätzung von Risiken.
Bilder: Mobilair Lab

So können Behörden die Bürger für Schutzmassnahmen sensibilisieren

Das «Kollektive Überschwemmungsgedächtnis» will nicht nur das Wissen um Hochwassergefahren besser in den Köpfen der Bevölkerung verankern, es liefert auch Entscheidungsgrundlagen für die Hochwasserprävention. Hydrologieprofessor Rolf Weingartner sagt: «Überschwemmungsbilder können beispielsweise lokalen Entscheidungsträgern zur Sensibilisierung für Schutzmassnahmen dienen, etwa, wenn an einer Gemeindeversammlung über ein Schutzprojekt abgestimmt werden soll.» Auch die Wissenschaft kann von der Datenbank profitieren. Anhand der Überschwemmungsbilder können beispielsweise hydrologische Modelle validiert werden, was schliesslich zu besseren Simulationen von Hochwasserereignissen und präziseren Risikoabschätzungen führt.

Wie bei der Hagel-App hofft das Mobilair Lab auf die Bevölkerung

Die auf www.überschwemmungsgedächtnis.ch bereits heute verfügbaren Bilder wurden aus bestehenden Bildbeständen in Archiven und Verwaltungsfachstellen zusammengetragen. Doch

seinen vollen Nutzen kann das Bildarchiv erst entfalten, wenn es über eine grosse Menge von Bildern aus der ganzen Schweiz verfügt. Die Bevölkerung ist deshalb eingeladen, eigene Aufnahmen von Überschwemmungen auf die Webplattform hochzuladen.

Das Mobilair Lab hat bereits in einem anderen Projekt erfolgreich Erfahrungen mit dem sogenannten «Crowdsourcing» von Daten gesammelt. Seit 2015 ist eine zusammen mit MeteoSchweiz entwickelte Hagel-App in Betrieb, über welche die Bevölkerung Hagelereignisse melden kann. Bis heute sind weit über 50 000 solcher Beobachtungen eingegangen, die nun wissenschaftlich ausgewertet werden und unter anderem dazu beitragen sollen, die Hagelwarnungen zu verbessern.

*Kaspar Meuli
Oeschger-Zentrum für Klimaforschung,
Universität Bern*

Kontakt und Infos:

mobilairlab@oeschger.unibe.ch
<http://www.mobilairlab.unibe.ch/>

Dissonanzen bei der Suche nach finanzieller Harmonie

Bis Ende Jahr sollten alle Gemeinden auf die neue Methode der Rechnungslegung HRM2 umgestellt haben. Aktuell ist dies allerdings erst in zwölf Kantonen der Fall. Der «grosse Wurf» ist vor allem ein grosser Brocken.



Mit dem Harmonisierten Rechnungslegungsmodell 2 (HRM2) wird gesamtschweizerisch die Rechnungslegung für die öffentliche Hand modernisiert.

Bild: Shutterstock

Grosse Harmonisierungsbemühungen verlaufen in unserem Land selten besonders harmonisch, das zeigen beispielsweise die Mühen mit der Schulharmonisierung. In der Öffentlichkeit weniger beachtet, aber ebenfalls als umfassende Idee angedacht, ist die Harmonisierung des Rechnungswesens der öffentlichen Hand, kurz HRM2 genannt. Bei den Kantonen ist die Umstellung noch relativ schlank über die Bühne gegangen. Schon 23 der 26 Kantone führen ihre Rechnung aktuell nach den Empfehlungen des HRM2. In zwölf Kantonen haben auch die Gemeinden ihr Rechnungswesen umgestellt: «Es haben nun alle Kantone festgelegt, wie sie die Fachempfehlungen des HRM2 für ihre Rechnungslegung umsetzen oder umzusetzen gedenken. Hingegen haben sich noch nicht alle Kantone auf die Modalitäten der Rechnungslegung geeinigt, die für ihre Gemeinden gelten sollen»,

heisst es in einer Übersicht des Rechnungslegungsgremiums für den öffentlichen Sektor.

Den Doktor machen, heisst es umgangssprachlich, wenn jemand mit einer Arbeit einfach nicht abschliessen kann. Und ganz sicher «gedöckerlet» haben in den letzten Jahren die Rechnungslegungsexperten, die ständig umfangreichere und ausgeklügeltere Regelwerke ausgearbeitet haben. Die Bilanzskandale Anfang der 2000er Jahre haben allerdings gezeigt, dass auch noch so detaillierte und komplexe Regeln nicht vor Trickserien schützen. Im Gegenteil: Weniger ist oft mehr. Wo die Grenze zwischen Erbsenzählerei und Laschheit liegt, ist allerdings ein weites Feld.

Mehr als ein simples «Lifting»

Bei der Rechnungslegung der öffentlichen Verwaltung geht der Trend unzweifelhaft aber noch in Richtung Komplexi-

tät. Mit dem neuen Regelwerk HRM2 war in der Tat ein grosser Wurf beabsichtigt. Die Rechnungslegung der öffentlichen Hand soll deutlich stärker auf eine betriebswirtschaftliche Sicht und auf internationale Rechnungslegungsstandards ausgerichtet werden. Die Experten sind sich einig: HRM2 ist mehr als ein simples «Lifting» des aktuellen Modells HRM1. Beispielsweise wird das System der harmonisierten Abschreibungen auf dem Restbuchwert des Verwaltungsvermögens durch ein Abschreibungssystem nach Lebensdauer der Anlagegüter ersetzt. Auch wird ein komplett neuer Kontenrahmen eingeführt. Dazu kommen neue Instrumente wie die Anlagebuchhaltung, die Geldflussrechnung sowie die ausgebauten Berichterstattungen zur Jahresrechnung.

Für Markus Josi, Berater bei der Zürcher Federas Beratung, stehen drei Punkte im Vordergrund: Der stärkere Einbezug des

betriebswirtschaftlichen Denkens nach dem Prinzip der «true and fair view», die bessere Transparenz durch eine Geldflussrechnung und die Annäherung an die Privatwirtschaft (siehe Box).

Die Nachteile von HRM2 aus Sicht der Betroffenen: Der Aufwand für die Berichterstattung an die Bürger wird für die Gemeinden um einiges komplexer und arbeitsintensiver. Auch an die Buchhaltung und Informatik werden höhere Anforderungen gestellt. Dass das Verwaltungs- und Finanzvermögen nun zu seinem tatsächlichen Wert bilanziert werden muss, bietet ebenfalls einige Knackpunkte. Bei vielen Gemeinden führt dies zu hohen Aufwertungen und zu einer entsprechenden Zunahme des Eigenkapitals. Und das könnte verschiedene Begehrlichkeiten wecken.

Mehr Positives als Negatives

René Küng, Leiter Finanzen und Controlling der Gemeinde Zofingen (BE), bewertet die Erfahrungen mit HRM2 durchwegs positiv. «Der dreistufige Erfolgsausweis zeigt nun ein objektives Bild der Leistungsfähigkeit der Gemeinde. Und durch die klaren Abschreibungsvorschriften wird neu das effektive betriebliche Ergebnis ausgewiesen.» Im alten Modell habe das Ergebnis durch Zusatzabschreibungen schlechter dargestellt werden können, als es effektiv gewesen sei. Auch die Vermögenssituation werde neu objektiver dargestellt, und die Aufwertungsreserven seien transparent sichtbar. «Schade aber, dass die Aufwertung nicht in allen Kantonen gleich gehandhabt wird. Damit leidet die Vergleichbarkeit», bedauert Küng. Doch auch er räumt ein, dass die Rechnungslegung und vor allem die Berichterstattung mit HRM2 komplexer geworden seien: «Es wurden neue Elemente wie die Geldflussrechnung, der Eigenkapitalnachweis, der Rückstellungsspiegel, der Beteiligungs- und Gewährleistungsspiegel und der Anlagespiegel eingeführt. Es handelt sich jedoch um Instrumente, die in der Privatwirtschaft auch gang und gäbe sind.» Küng erachtet diese neuen Elemente in der Berichterstattung als sinnvoll; die Gemeinden seien ja auch gehalten, ihre Dienstleistungen möglichst effizient und kostengünstig zu erbringen: «Den Vorwurf der Milizuntauglichkeit kann ich nicht gelten lassen.»

Positiv äussert sich auch Stefan Christen, Finanzverwalter der Stadt Thun (BE): «Die mit HRM2 gesteckten Ziele konnten erreicht werden, und der Gemeinde steht nun ein modernes und aussagekräftiges Rechnungswesen zur Verfügung.» Das Hauptproblem sei gewesen, dass während der Umstellungsphase

noch laufend Ergänzungen und neue Weisungen vom Kanton gekommen seien. «Sicher sind Arbeiten für die Finanzverwaltung nun zum Teil aufwendiger geworden, umgekehrt stehen aber neu auch mehr Informationen für die finanzielle Führung zur Verfügung.» In Bezug auf die Vergleichbarkeit und die Harmonisierung macht sich aber auch bei Christen Ernüchterung breit. Doch das reiche nicht aus, um HRM2 als Misserfolg zu bezeichnen.

Für Pierre Spielmann, Stadtkassier von Murten (BE), ist der einzige Misserfolg des neuen Modells die Tatsache, dass es nicht gelungen sei, in der Schweiz ein einziges Finanzhaushaltsgesetz durchzusetzen: «Alle Kantone und Gemeinden haben das Gefühl, hier und dort ein besseres Modell zu haben. Dies verunmöglicht eine echte Vergleichbarkeit.»

Murren in Nidwalden

Während viele Kantone das neue System erst kürzlich eingeführt und damit noch erhebliche Mühen haben, wie jüngst etwa der Kanton Bern, haben die Gemeinden des Kantons Nidwalden das neue Rechnungsmodell teilweise bereits vor sechs Jahren eingeführt. Klaus Hess, Geschäftsführer der Nidwaldner Gemeindepräsidentenkonferenz, hat einen deutlich grösseren «Papierkrieg» festgestellt. Budget und Erfolgsrechnung umfassten nun ganze 80 statt 20 Seiten, und so sei es für Stimmbürger schwieriger geworden, den Durchblick zu behalten. Rolf Widmer, Abteilungsleiter Gemeinden im Amt für Gemeinden und Raumordnung des Kantons Bern, sieht es gerade umgekehrt: «Da die neuen Instrumente und Darstellungen aus der Buchführung in der Privatwirtschaft bekannt sind, wird es für Behördenmitglieder in Zukunft einfacher sein, sich in der Rechnung der Gemeinde zurecht zu finden. Möglicherweise kann dies sogar dazu beitragen, dass sich künftig mehr Bürger in den Gemeinden engagieren wollen.» Und Thomas Steiner, Leiter Gemeindefinanzen und Chefstellvertreter im Amt für Gemeinden des Kantons Solothurn, meint gelassen: «Die Welt ist seit der Einführung von HRM1 vor fast 30 Jahren komplexer geworden, und die Rechnungslegung widerspiegelt dies eins zu eins. Mehr Transparenz bedeutet halt auch mehr Informationen.»

Knackpunkt Neubewertung

Grössere Unsicherheiten bestehen in vielen Kantonen und Gemeinden bezüglich der Bewertung des Vermögens zum Einführungszeitpunkt, dem sogenannten Restatement. Nach Thomas Kuoni, stv. Direktor der Finanzver-

waltung der Stadt Zürich und Präsident des Verbands Zürcher Finanzfachleute (VZF), gibt es verschiedene Vorstellungen, zu welchem Wert die Überführung erfolgen sollte. Aus rein fachlicher Sicht sei klar, dass die vorhandenen Positionen zum Einführungszeitpunkt neu bewertet werden müssten. Nur so verdiene HRM2 von Beginn weg das Label «true and fair». Am Ende zähle aber, was politisch machbar sei. Und so werde es viele Kantone und Gemeinden geben, die aus finanzpolitischen Überlegungen auf ein Restatement verzichteten. «Leider.»

Fredy Gilgen

Von HRM1 zu HRM2

Das Harmonisierte Rechnungslegungsmodell 1 (HRM1) ist in den 1970er Jahren von der Finanzdirektorenkonferenz (FDK) für Kantone und Gemeinden entwickelt worden. HRM1 genügt den heutigen Anforderungen aber nicht mehr. Mit dem Harmonisierten Rechnungslegungsmodell 2 (HRM2) wird gesamtschweizerisch die Rechnungslegung für die öffentliche Hand modernisiert. Geplant war also ein grosser Wurf. Die Vorgaben verfolgen das Ziel, die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage von Kantonen und Gemeinden so abzubilden, dass sie den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen und die Rechnungen damit besser vergleichbar sind. Die Rechnungslegung erhält modernere Begriffe, die vermehrt der Privatwirtschaft angepasst werden. So wird die Bestandesrechnung zur Bilanz, die laufende Rechnung zur Erfolgsrechnung und der Voranschlag wird als Budget bezeichnet. Ebenfalls wird die Jahresrechnung mit Anhängen analog der Privatwirtschaft versehen. So wird neu eine Geldflussrechnung geführt und es werden Anlagen-, Rückstellungs-, Beteiligungsspiegel sowie ein Eigenkapitalnachweis in der Rechnung abgedruckt.

Die Umstellung der Finanzberichterstattung auf eine der Privatwirtschaft nahe Rechnungslegung betrifft alle Schweizer Gemeinden und Städte und müsste gemäss Plan bis zum 1. Januar 2019 funktionieren.



Schweizerischer Gemeindeverband
Association des Communes Suisses
Associazione dei Comuni Svizzeri
Associazion da las Vischnancas Svizras

[Startseite](#) | [Impressum](#) | [Datenschutz](#) | [Kontakt](#) | [Druckansicht](#)



Mehr Junge in den Exekutiven

[HOME](#)

[FÜR POLITIKER](#)

[FÜR UNTERNEHMEN](#)

[ZIEL DER KAMPAGNE](#)

[KONTAKT](#)

[PARTNER](#)

sehr gute
Führungsausbildung
10 Grundsätze

... wir sind ein Team
... wir informieren zeitnah



guter Kontakt zur B
ist wichtig



Junge in der Exekutive: tatkräftig, motiviert – und noch zu selten

Der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) setzt sich für die Stärkung des Milizsystems ein. Insbesondere die Jungen sollen motiviert werden, sich in der Gemeindeexekutive zu engagieren. Diese Website wurde in Zusammenarbeit mit Economiesuisse und der «Gruppe junger Gemeinderäte Oberaargau» realisiert. Sie dient als Informationsplattform rund um das Thema Milizsystem. Damit sollen sowohl Politikerinnen und Politiker als auch Unternehmen angesprochen werden. Denn das Schweizer Milizsystem kann nur bestehen, wenn es gelingt, die gute Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Wirtschaft zu bewahren.

Direkteinstieg

- [Testimonials](#)
- [Commitment der Wirtschaft](#)
- [Best practises](#)
- [Erfahrungsberichte](#)
- [Motivationsvideo](#)

milizsystem.ch

Ott, Zollikofen

Selbstfahrende Mäher «Profihopper» von AMAZONE

Mit dem neuen extrastarken PowerCompactor hat AMAZONE die Förder- und Verdichtungsleistung der Profihopper noch einmal deutlich erhöht.

Die selbstfahrenden Mäher gibt es als «zDrive» mit Hebellenkung, als «iDrive» mit Lenkrad und schliesslich als «4WDi». Dieses neue Spitzenmodell von AMAZONE ist mit einem intelligenten Allradantrieb ausgerüstet, welcher sicheres Arbeiten auch am Hang gewährleistet. Dank PowerCompactor wird nicht nur die Arbeitsleistung gesteigert, sondern es werden zugleich die Rüst-

und Nebenzeiten reduziert. In Kombination mit dem Exaktschnittrotor, der hochleistenden Mäh- und Vertikutiereinheit im Frontanbau, werden die neuen Profihopper damit zur idealen Lösung für das staubarme Mähen und Aufnehmen von Gras und Vertikutiergut in einem Arbeitsgang.

Dazu wird die Geräuschentwicklung reduziert, und auch das Mähen bei feuchtem Gras stellt kein Problem dar. Die Profihopper verfügen über eine kompakte Bauweise und einen O-Wendekreis, was präzises Arbeiten bis in

die hinterste Ecke ohne vorheriges Überfahren des Mähgutes erlaubt. Das Power-Compactor-Fördersystem über Schnecken ist unempfindlich. Auch Blechdosen, Pferdekot oder sonstiger Unrat können aufgesammelt werden. Weitere Vorteile bieten der werkzeuglose Messerwechsel und der 40-l-Kraftstofftank, der unterbrechungsfreies Arbeiten erlaubt. Der neue Gelenkrahmen, der die Anforderungen nach EN ISO 5395 erfüllt, gewährleistet schliesslich mehr Sicherheit für den Benutzer.

Die neuen Profihopper von AMAZONE ermöglichen ein nahezu unbegrenztes Einsatzspektrum und damit noch mehr Effizienz. Weitere Informationen und ein auf Ihre Bedürfnisse abgestimmtes Angebot erhalten Sie bei:

Ott
Industriestrasse 49
CH-3052 Zollikofen
Tel. 031 910 30 10
Fax 031 910 30 19
Mail: ott@ott.ch

VERWO AG, Reichenburg und Spreitenbach

HELVETIAbin BY VERWO – RIESIGE AUSWAHL SCHNELL PER KLICK ZUSAMMENGESTELLT



Wussten Sie, dass Sie mit unserem brandneuen Konfigurator den gewünschten Abfallbehälter individuell und bequem online zusammenstellen können? Das funktioniert übrigens auch hervorragend mit Ihrem Handy.

Wie funktioniert der Produktkonfigurator?

Je nach Einsatzart des Behälters stehen verschiedene Grundmo-

delle zur Verfügung – von der Boden- über die Wand- und Pfostenmontage bis hin zum Ascher. Die Modelle sind in den Grössen 20 bis 150 Liter erhältlich. Verschiedene Optionen erlauben es, den Behälter ganz an Ihre Bedürfnisse anzupassen. Abschliessend erhalten Sie eine Zusammenstellung Ihres Abfallbehälters inklusive einer Abbildung des konfigu-

rierten Produktes und der gewählten Optionen.

Für wen eignet sich der HELVETIAbin?

Für Gemeinden, öffentliche Plätze, Bahnhöfe, Schulen, Spitäler, Raststätten, Alters- und Pflegeheime, Eventhallen, die Gastronomie, Sportcenter, Kinos, Gewerbe etc.

Was zeichnet den HELVETIAbin aus?

- + Zeitloser bewährter Designklassiker aus dem Hause VERWO
- + Zweiseitiger Abfalleinwurf garantiert optimalen Benutzerkomfort und minimiert Littering
- + Massive Edelstahlkonstruktion schützt zuverlässig vor Vandalismus und Rost

Interessiert? Dann konfigurieren Sie Ihren eigenen HELVETIAbin unter verwo.com/konfigurator, und wir erstellen Ihnen eine persönliche Offerte. Nutzen Sie die Gelegenheit, um am VERWO-Wettbewerb teilzunehmen. Und so funktioniert: Schreiben Sie in der Rubrik Notiz Schweizer Gemeinde Ausgabe 6/2018. Wir verlosen unter den Teilnehmenden einen Abfallbehälter nach Wahl.

Bei Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

VERWO AG
T +41 55 415 84 48
M +41 77 488 19 16
F +41 55 415 84 85
www.verwo.com
b.gsell@verwo.com

Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften – Life Sciences und Facility Management

Zertifikatslehrgang (CAS) Natur im Siedlungsraum

In Städten und Agglomerationen ist das Potenzial für die Biodiversität enorm!

Sie lernen in diesem CAS:

- ökologisch wertvolle Lebensräume und attraktive Stadtlanschaften zu gestalten
- Ecological Cities lebendige Vielfalt zu verleihen
- einzelne Gebäude, Gärten, Quartiere und Städte bezüglich Artenvielfalt ideal zu konzipieren, zu vernetzen und zu pflegen

- wichtigen Bestäubern wie Wildbienen, Schmetterlingen und Käfern dauerhaft Lebensraum anzubieten

Der CAS richtet sich an Fachkräfte aus den Bereichen Ökologie- und Planungsbüros, Raum- und Stadtplanung, Architektur, Landschaftsarchitektur, Gartenbau, Natur- und Umweltschutz, Geografie, Immobilienverwaltung und Verwaltungen. Dieser CAS wird vom BAFU unterstützt.

Veranstalter: ZHAW Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften – Life Sciences und Facility Management in Kooperation mit der hepia Haute école du paysage, d'ingénierie et d'architecture.

www.zhaw.ch/iunr/naturimsiedlungsraum
 Start: 21.9.2018
 Orte: Zürich und Wädenswil, Exkursionen in die ganze Schweiz
 Kurstage: 25 plus Selbststudium



Abfall | Ordures

abfallhai®
Einfälle für Abfälle



ANTA SWISS AG
Telefon 044 818 84 84
abfallhai.ch / info@abfallhai.ch

CSC | DÉCHETS SA

Ecotechnologie urbaine

www.csc-dechets.ch



info@csc-dechets.ch



VERWO+
ENTSORGUNGSSYSTEME

verwo.com | +41 55 415 84 42

Abfallentsorgungssysteme



www.gtsm.ch

hunkeler
Hunkeler Systeme

Hunkeler Systeme AG
CH-4806 Wikon
Tel. +41 62 745 77 77
www.hunkeler-systems.com
Massgeschneiderte Entsorgungslösungen

Abwasserrohrsaniierungen



InsaTech AG
Abwasserrohrsaniierungen

044 818 09 09
www.insatech-ag.ch
info@insatech-ag.ch

Archivierung

www.tecnocor.ch
Scannen. Archivieren. Digitalisieren

Adressen

Die Geschäftsstelle des Schweizerischen Gemeindeverbandes verkauft die Post-, E-Mail- und Websiteadressen der Schweizer Gemeinden. Die Adressen sind als Excellisten und als Klebeetiketten erhältlich und können nach Kanton, Sprachregion oder Anzahl Einwohner sortiert werden.



Schweizerischer Gemeindeverband
Laupenstrasse 35
3001 Bern
Tel. 031 380 70 00
verband@chgemeinden.ch
www.chgemeinden.ch

Ausbildung | Formation



School of Management and Law
Institut für Verwaltungs-Management
Bahnhofplatz 12, Postfach, 8401 Winterthur
Tel. +41 58 934 79 25, Fax +41 58 935 79 25
Mail: info.ivm@zhaw.ch, www.zhaw.ch/ivm

Aussenraum-Gestaltung



www.gtsm.ch

Arbeitsbühnen

SkyAccess

SkyAccess AG
Beratung & Verkauf
von Arbeitshebebühnen
CH-4702 Oensingen



www.skyaccess.ch info@skyaccess.ch
Tel. +41 61 816 60 00 Fax +41 61 816 60 08

WS SKYWORKER®

Arbeitsbühnen-Vermietung

WS-Skyworker AG
Basel - Bern - Luzern
Zürich - Mittelland - Winterthur - Lausanne
Mietervice für die ganze Schweiz
gratis unter 0800 813 813



Hauptsitz:
WS-Skyworker AG Dünnerstrasse 24 4702 Oensingen

ws-skyworker.ch info@ws-skyworker.ch

Arbeitsschutzprodukte



Thomi + Co AG
Rütschelenstrasse 1
Postfach 180
4932 Lotzwil

Telefon
Telefax
Internet
E-Mail

062 919 83 83
062 919 83 60
http://www.thomi.com
info@thomi.ch

Schutzartikel von Kopf bis Fuss:

Arbeitshandschuhe, Schutzbekleidungen, Schutzbrillen, Schutzhelme, Gesichtsschilde, Sicherheitsschuhe, Arbeitsstiefel, Gehörschutzartikel, Atemschutzmasken, Fallschutzartikel

Bewässerungsanlagen

Perrottet & Piller AG



3178 Böisingen
Bewässerungsanlagen
Installation d'arrosages

Tel. 031 747 85 44 office@perrottet-piller.ch

Elektrofahrzeuge

MEGA eTRUCK
100% elektrisch - 70 km/h
Nutzlast 620 kg



GRUNDERCO^{ch} Tél. 041 919 99 54

Facility Management/Software

CAMPOS
MACHT IMMO'S MOBIL. ICFM

DAS CAFM-PORTAL

ICFM AG | Birmensdorferstrasse 87 | 8902 Urdorf
www.campos.ch | Tel. 043 344 12 40

Hundetoiletten



BRAVO www.gtsm.ch

SAC-O-MAT
SAC-O-MAT (Schweiz) AG

Längmatt 1
CH-6212 St. Erhard
T 041 925 14 25
F 041 925 14 10
www.sacomat.ch



Lichtplanung | Architektur

Luminum
Lichtplanung im Aussenraum

Luminum GmbH +41 31 765 63 63
Bernweg 101 www.luminum.ch
3254 Messen info@luminum.ch

Markierungen | Signalisationen

Sicherheit auf der ganzen Linie!



Markierungen • Signalisationen

Tel. 0848 22 33 66
Fax 0848 22 33 77

info@morf-ag.ch
www.morf-ag.ch

Franke Water Systems AG
www.franke.ch



Make it Wonderful

FRANKE



Komplett begeistert

funktionelle Möbel
fantastische Spielwelten

eibe AG | Neue Winterthurerstr. 28 | 8304 Wallisellen
Tel. 044 831 15 60 | eibe@eibe.ch
www.eibe.ch

Parkmobiliar

AX Ars Xterna

Parkmobiliar / mobiler urbain
info@ars-xterna.ch
CH-8142 Ulmikon
Tel. 044 222 22 66
Fax 044 222 22 67

Schneeräumung

POWER für Strasse, Schiene und Piste



ZAUGG AG EGGIWIL
Holzmatt, CH-3537 Eggiwil, Tel. ++41 (0)34 491 81 11
info@zaugg-ag.ch, www.zaugg-ag.ch

Kitaland
FAIRMADE FÜR KINDER

Einrichtungen und Spielgeräte für Kita und Kindergarten

Kitaland GmbH, Beitenwil 61b, 3113 Rubigen
Tel. 031 838 11 89
info@kitaland.ch – www.kitaland.ch

Reinigungs- und Hygieneartikel



DELTA Zofingen AG
Reinigungsvlies und -papier, Arbeitsschutzausstattungen (PSA)
4800 Zofingen
Tel. 062 746 04 04 sales@delta-zofingen.ch
Fax 062 746 04 02 www.delta-zofingen.ch

Schwimmbadbau und Technik



beck
schwimmbadbau
ihr planer.

Beck Schwimmbadbau AG
Bürglistrasse 29
CH-8400 Winterthur
Telefon +41 (0)52 224 00 88
mail@beck-schwimmbadbau.ch
www.beck-schwimmbadbau.ch

Spielplatzplanung



www.gtsm.ch

Presscontainer

Ihr Partner für Entsorgungstechnik

Presscontainer, Ballen- und PET-Pressen, Schneckenverdichter, Wiegesysteme.



recytech
ENTSORGUNGSTECHNIK
T 043 255 80 55 recytech.ch

Véhicules électriques

MEGA eTRUCK
100% électrique - 70 km/h
charge utile: 620 kg



GRUNDERCO^{ch} Tél. 022 939 13 30

Sanitäre Anlagen | Installations sanitaires

Waschraumhygiene | Hygiène des locaux sanitaires



CWS-boco Suisse SA

Industriestrasse 20 | 8152 Glattbrugg
Route de Pra de Plan 2 | 1618 Châtel-St-Denis
Tel. 0800 800 297
info@cws-boco.ch | www.cws-boco.ch

Der neue Massstab für die öffentliche Toilette

ELKUCH e CITY

www.elkuch.com CH-Produktion
Tel. +41 79 893 34 05 Montage und Service

Spielplatzeinrichtungen



Magie des Spielens... **bürli**

Bürli Spiel- und Sportgeräte AG, CH-6212 St. Erhard LU
Telefon 041 925 14 00, www.buerliag.com

bimbo[®]
macht spass



Zeitgemässe Spiel- und Pausenplätze.
Planung. Produktion. Unterhalt.

HINNEN Spielplatzgeräte AG - 041 672 91 11 - bimbo.ch

Vitrinen



SYMA-SYSTEM AG
CH-9533 Kirchberg SG | www.syma.ch



Continuous Innovation

Zertifikatslehrgang (CAS) Natur im Siedlungsraum

In Städten und Agglomerationen ist das Potenzial für die Biodiversität enorm. Die Teilnehmenden lernen in diesem CAS der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, ökologisch wertvolle Lebensräume und attraktive Stadtlandschaften zu gestalten, «Ecological Cities» lebendige Vielfalt zu verleihen, einzelne Gebäude, Gärten, Quartiere und Städte bezüglich Artenvielfalt ideal zu konzipieren, zu vernetzen und zu pflegen und wichtigen Bestäubern wie Wildbienen, Schmetterlingen und Käfern dauerhaft Lebensraum anzubieten. Was und wie viel Essen künftig auf unseren Tellern ist, wird in absehbarer Zeit spürbar von diesen Tieren, respektive auch von unserer Arbeit im Siedlungsraum abhängen. Der CAS richtet sich an Fachkräfte aus den Bereichen Ökologie- und Planungsbüros, Raum- und Stadtplanung, Architektur, Landschaftsarchitektur, Gartenbau, Natur- und Umweltschutz, Geografie, Immobilienverwaltung und Verwaltungen. Dieser CAS wird vom Bundesamt für Umwelt unterstützt.

Wann: 21.9.2018 bis 30.9.2019

Wo: Wädenswil und Zürich

Kontakt: 058 934 55 83

Mail: weiterbildung.lsfm@zhaw.ch

Web:

www.zhaw.ch/iunr/naturimsiedlungsraum

Nachhaltige und gesunde

Mittagstische: wie ausschreiben?

Immer mehr Kinder essen über Mittag in der Schule, im Hort oder in der Kita. Die Ansprüche der Gesellschaft sind klar: Die Kinder sollen gesunde Mahlzeiten erhalten. Doch auch die Ökobilanz sollte stimmen, denn die Ernährung verursacht in der Schweiz rund ein Drittel der Umweltbelastung. Nachhaltige Ernährung ist deshalb ein wichtiger Hebel für besseren Klima- und Umweltschutz. Der Kurs zeigt, welches die relevanten ökologischen Kriterien sind und wie sich diese in die Ausschreibung von Verpflegungsdienstleistungen integrieren lassen. SGV-Mitglieder profitieren von einer ermässigten Kursgebühr.

Wann: 26. September 2018

Wo: Zürich

Kontakt: 044 267 44 73

Mail: karin.schweiter@pusch.ch

Web: www.pusch.ch

Praxisseminar:

Führung im Werkhof

Die Teilnehmenden des Praxisseminars kennen die zentralen Aufgaben, die bei der Leitung eines kommunalen Werkhofs für kleine und mittlere Gemeinden anfallen, kennen Instrumente zur Arbeitsplanung, Rapportierung, zur Raum- und Geländeorganisation sowie Methoden zur Festlegung von grundlegenden Standards. Am Beispiel des Werkhofs Aarau (Entsorgung,

Reinigung, baulicher Unterhalt, Fahrzeugunterhalt, Schreinerei, Schlosserei) werden die theoretischen Grundlagen konkret vorgestellt. Sie können daraus Inputs für die eigene Organisation und Leitung des Werkhofs ableiten. Im Kursteil zur Personalführung im Werkhof lernen die Teilnehmenden u.a., wie sie Mitarbeitergespräche erfolgreich führen, wie sie heterogene Teams zusammenwachsen lassen können und wie sie mit ihrer Rolle als Chefin oder Chef des Werkhofs sicher und kompetent umgehen. SGV-Mitglieder profitieren von einem Rabatt von 50 Franken auf den Seminarbeitrag.

Wann: 29. August und 5. September 2018

Wo: Aarau

Kontakt: 031 356 32 42

Mail: info@kommunale-infrastruktur.ch

Web: www.kommunale-infrastruktur.ch

Eröffnungsfeier Swissdidac & Worlddidac Bern 2018

Am 7. November öffnet die nationale und internationale Bildungsplattform Swissdidac & Worlddidac Bern 2018 mit einer Feier ihre Tore. Unter dem Motto «Familienexterne Betreuung und Volksschule» geben hochkarätige Referentinnen und Referenten spannende Einblicke in die familien- und schulgängende Betreuung.

Wann: 7. November 2018

Wo: Bern (Bernexpo)

Web: www.swissdidac-bern.ch

Cérémonie d'ouverture Swissdidac & Worlddidac Berne 2018

Le 7 novembre, la plate-forme de formation nationale et internationale Swissdidac & Worlddidac Berne 2018 ouvre ses portes avec la cérémonie d'ouverture. Sur le thème «Garde des enfants à l'extérieur de la famille et école primaire», des intervenants et intervenantes très en vue donnent un aperçu captivant de l'accueil extrafamilial et parascolaire.

Quand: 7 novembre 2018

Où: Berne (Bernexpo)

Web: www.swissdidac-bern.ch

SKOS-Weiterbildung: Einführung in die öffentliche Sozialhilfe

Die Weiterbildung der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) vermittelt Grundlagen zur Ausgestaltung der Sozialhilfe und zur Umsetzung der SKOS-Richtlinien, zu Verfahrensgrundsätzen und zum Prinzip der Subsidiarität. Insbesondere werden auch die Änderungen der aktuellen Richtlinienrevision erläutert.

Wann: 19. November 2018

Wo: Olten (Hotel Olten)

Kontakt: 031 326 19 19

Mail: admin@skos.ch

Web: www.skos.ch



SCHWEIZER GEMEINDE
COMUNE SVIZZERO
VISCHNANCA SVIZRA
COMMUNE SUISSE

Impressum

55. Jahrgang / Nr. 558 / Juni/juin

Herausgeber/éditeur

Schweizerischer Gemeindeverband
Association des Communes Suisses

Partnerschaften/partenariats

Fachorganisation Kommunale Infrastruktur
Organisation Infrastructures communales
Konferenz der Stadt- und Gemeindeschreiber
Conférence des Secrétaires Municipaux

Verlag und Redaktion/éditions et rédaction

Laupenstrasse 35, Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 380 70 00
www.chgemeinden.ch
www.chcommunes.ch

Denise Lachat (dla), Chefredaktorin
Philippe Blatter (pb), Verantwortlicher Verbands-
kommunikation
Martina Rieben (mr), Layout
info@chgemeinden.ch
Christian Schneider, Redaktion SKSG

Nachdruck

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck nur mit
Genehmigung der Redaktion. Verlinkung erwünscht.

Druck und Spedition/impression et expédition Anzeigenmarketing/marketing des annonces

Stämpfli AG, Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 300 63 82, Fax 031 300 63 90
inserate@staempfli.com

Die nicht autorisierte und ohne gewichtige Eigenleistung erfolgende Bearbeitung und Verwertung von abgedruckten oder in elektronische Datenbanken eingespeisten Inseraten durch Dritte ist unzulässig und wird vom Inserenten untersagt. Dieser überträgt der Werbegesellschaft insbesondere das Recht, nach Rücksprache mit dem Verlag mit geeigneten Mitteln dagegen vorzugehen.

Auflage/tirage (WEMF/REMP 2016/2017)

Verkaufte Auflage/tirage vendu	2441 Ex.
Gratisauflage/tirage gratuit	1149 Ex.
Total/total	3590 Ex.

gedruckt in der
schweiz

ZU VERKAUFEN

«TEMPOHALLE» – TEMPORÄRE DREIFACHHALLE

Sie suchen

- eine temporäre Lösung für Schul- und Vereinssport?
- eine kostengünstige Dreifachhalle?
- einen Raum von 49×26×7 m (L×B×H)?
- eine Garderobenanlage?

Wir bieten

- eine Dreifach-Sporthalle (Unterteilung in drei Einfachhallen möglich) für intensiven Schul- und Vereinssport,
- eine Sporthalle, die zum Bruchteil des Preises einer Standardhalle sehr viele Anforderungen erfüllt,
- eine Holz-Stahl-Konstruktion, die mit einem lichtdurchlässigen Membrandach überdeckt ist,
- 30 Containereinheiten (Standard 6×2,5m).

Die «Tempohalle» ist **ab April 2019 verfügbar**.

Im Auftrag der Stadt Uster ist für Verkauf und Auskünfte zuständig:

Frank Kockelkorn
Berater für Sportbauten
Telefon +41 79 340 10 68
E-Mail kockelkorn@fksportbau.ch

Die Halle kann in Uster nach Voranmeldung besichtigt werden.

Weitere Informationen unter:
www.uster.ch/tempohalle



www.uster.ch

Lucerne University of
Applied Sciences and Arts

**HOCHSCHULE
LUZERN**

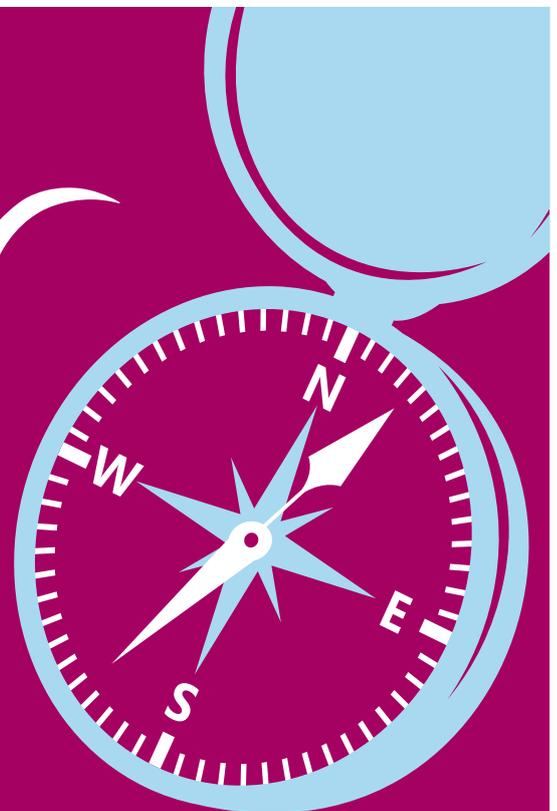
Wirtschaft
FH Zentralschweiz

Sich **nicht** im
Kreis drehen!

Eine **Weiterbildung in Gemeinde-/Stadt-/Regionalentwicklung** am Institut für Betriebs- und Regionalökonomie **IBR** eröffnet Ihnen neue berufliche Perspektiven: Unsere **5 praxisorientierten Angebote** führen zum **Certificate oder Master of Advanced Studies**.

Unsere Freude am Lehren stärkt und fördert Ihre Lust am Lernen. Jetzt orientieren. Mehr dazu unter hslu.ch/ibr-weiterbildung.

IBR. Wir bringen Menschen, Organisationen und Regionen weiter.



**NICHT JEDE WETTERPROGNOSE
IST SO ZUVERLÄSSIG
WIE UNSERE
MITARBEITENDEN.**

